

Stefanie Wahl (Hrsg.)

Die Ereignisse um den
17. Juni 1953 im Bezirk Halle
Schlaglichter

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Vorwort	2
1. Einleitung	4
2. Karte der Ereignisse im Bezirk Halle	18
3. Die Berichte der Deutschen Volkspolizei	19
4. Die Einstellung des Kreistages von Naumburg zu den Juniereignissen	46
5. Ein historischer Tag aus persönlicher Sicht	54
5.1. Die Arbeiter der Industriezentren marschieren	54
Leuna	54
Buna-Schkopau	65
Bitterfeld	73
Bernburg	107
Radegast / Weißandt-Gölzau	115
Thale	116
5.2. In den Städten wird demonstriert	126
Halle	126
Dessau	136
Eisleben	139
Weißenfels	145
Roßlau	151
Freyburg	153
Quedlinburg	154
5.3. Auf dem Lande wird auch gestreikt	158
Forsthaus Tornau	158
Wengelsdorf (Kreis Weißenfels)	178
Coswig	197
Jessen	204
5.4. Haftanstalten	215
„Roter Ochse“ Halle	215
Zuchthaus Torgau	217
Zuchthaus Waldheim	219
Ortsregister	221
Literaturverzeichnis	222

In Abschriften, sofern sie aus Unterlagen von DDR-Behörden sowie der SED oder Blockparteien stammen, wurden orthografische und grammatische Fehler nicht korrigiert. Zitate von Zeitzeugenberichten wurden geglättet und teilweise an die neue Rechtschreibung angepasst.

Vorwort

Wurde vor einigen Jahren über den 17. Juni 1953 gesprochen, stand im Mittelpunkt der Ereignisse meist Berlin und die Demonstration der Bauarbeiter. Am Rande wurden noch die großen Städte, wie z. B. Halle, Magdeburg, Jena und Bitterfeld erwähnt. Erst in letzter Zeit fanden auch die kleineren Orte wieder einen Platz in der Öffentlichkeit. Die Erkenntnis, dass es sich damals vor 50 Jahren um einen breiten Volksaufstand handelte, setzt sich erst langsam wieder durch.

Im Anschluss an die vorangegangene Ausgabe zum Bezirk Magdeburg ist es Ziel der vorliegenden Broschüre, Demonstrationen und Streiks in den kleineren Orten auf dem Gebiet des vormaligen Bezirkes Halle unter Einbeziehung der Gegend um Jessen, welche zum Bezirk Cottbus gehörte, zu benennen. Es handelt sich um zwei eigenständige Publikationen, welche jedoch zahlreiche Gemeinsamkeiten aufweisen. Deshalb finden sich im jeweiligen Vorwort zum Teil ähnliche Hinweise.

Im Vorfeld der Untersuchungen wurden durch die Behörde der Landesbeauftragten zwei Umfragen veranlasst. Im Sommer 1999 wurden folgende Fragen in den Kommunalnachrichten Sachsen-Anhalts veröffentlicht:

- Was ereignete sich im Umfeld des 17. Juni 1953 in Ihrem Ort?
- Wie verhielten sich die Bürger zu den Ereignissen?
- Gibt es Berichte, Fotos oder andere Materialien in Ihrem Archiv?
- Sind Ihnen Personen bekannt, die über diese Ereignisse heute noch berichten können und möchten?
- Gibt es Publikationen? Wenn ja, welche?
- Gibt es eine Gedenktafel und/oder wurden Straße und Plätze nach dem 17. Juni 1953 oder davon Betroffenen benannt?
- Gibt es Arbeitskreise oder Geschichtswerkstätten zu diesem Thema in Ihrem Ort?

Gerade sieben Orte kamen damals der Bitte um Beantwortung nach. Im Januar 2002 wurden mit den gleichen Fragen, ausgeweitet auf ihren Bereich, insgesamt 217 Verwaltungsgemeinschaften und kreisfreie Städte angeschrieben. Ausdrücklich wurde noch einmal auf den bevorstehenden 50. Jahrestag hingewiesen. Diesmal antworteten bis zum Februar 2003 88 der angeschriebenen Behörden. Davon konnten 62 unterschiedlich umfangreiche Hinweise zu Ereignissen geben. In manchen Archiven fanden sich keine Unterlagen, so z. B. in Schafstädt, wo dieser gesamte Zeitraum in der Ortschronik fehlt.

Nach Aussage des Ortschronisten wurden die Akten irgendwann dem Rat des Kreises übersandt.

Hinzu kamen die Berichte zahlreicher Zeitzeugen, die sich im Verlauf des letzten Jahres bei der Landesbeauftragten meldeten. Immer wieder wurde in Gesprächen deutlich, dass es nur eines kleinen Anstoßes bedurfte, und die Erinnerung an diese wichtigen Tage kam zurück. Die Hoffnung auf mehr Freiheit und Demokratie, einen besseren Lebensstandard und nicht zuletzt die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und ihr Zusammenbruch nach der Niederschlagung des Aufstandes vor 50 Jahren haben sich tief eingepägt. Es stellte sich weiter heraus, dass sehr wohl die Menschen in vielen kleinen Orten von den Ereignissen betroffen waren oder sich selbst auf den Weg machten. Als Beispiel soll hier Alfred A. genannt werden, der im Konsum der Gemeinde Zappendorf das Bild von Walter Ulbricht entfernte. Es wird auch an weiteren Stellen berichtet, dass die Bilder unter anderem deshalb abgehängt wurden, weil man der Meinung war: „Die brauchen wir jetzt nicht mehr!“. Wie tief die Enttäuschung war, als die Bilder später wieder aufgehängt wurden, lässt sich aus heutiger Sicht nur erahnen.

Allen, die sich an der Zusammenstellung der Materialien beteiligt und ihre Erinnerungen zur Verfügung gestellt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Stefanie Wahl hat die Berichte zusammengestellt und ihnen eine regionale Ordnung gegeben. Hierfür gebührt ihr großer Dank. Da es zahlreiche weitere Veröffentlichungen zu den Ereignissen im Bezirk Halle und der Region Jessen in diesem Jahr gibt, kommen hier im Unterschied zu der Broschüre über den Bezirk Magdeburg in erster Linie die Zeitzeugen zu Wort. Bezüglich der Ereignisse in der Bezirkshauptstadt Halle wird auf das Buch „Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille!“ von Hans-Peter Löhn verwiesen. Eine Gesamtdarstellung des 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt steht weiterhin aus. Die Herausgeber erhoffen sich, dass das vorliegende Material anderen zu einer Spurensuche vor Ort Mut macht. Dieses könnte eine Aufgabe für Schüler und Lehrer in den einzelnen Städten und Gemeinden sein. Vielleicht wird es dann auch möglich, mit der Bezeichnung von Plätzen und Straßen an die Ereignisse vor 50 Jahren und damit an Mut und Zivilcourage zu erinnern.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

Einleitung

In diesem Sommer gedenkt die Öffentlichkeit in besonderer Weise eines Tages, der 50 Jahre zurückliegt. Solche (runden) Jahrestage werden erfahrungsgemäß mit großen Feierstunden und Gedenkveranstaltungen begangen, bei denen oft der eigentliche Anlass recht weit in den Hintergrund tritt. Schicksale und Biographien werden in Veranstaltungstaktzeiten gepresst, in denen präsentiert wird, was spektakulär oder zeitgemäß ist. Geschichte unterliegt hier dem Prinzip der Portionierung und muss notwendigerweise große, wichtige Bereiche ausklammern.

Neben diesem Tagesgeschäft mit den Geschichtsdaten entsteht jedoch in diesem Jahr auch die Möglichkeit der Erinnerung. Man betrachtet den Lauf der Geschichte, hält für einen Moment inne und blickt zurück. Menschen erzählen aus ihrer Jugend, von ihren Idealen und ihrem Protest gegen das SED-Regime, das nun seinerseits schon 14 Jahre Geschichte ist. Dieses Innehalten und Zuhören, die Fragen nach einem Tag der Zivilcourage und des Protestes gegen Bevormundung und Unfreiheit, haben ein vielfältiges Material entstehen lassen.

Der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Edda Ahrberg, sei an dieser Stelle besonders gedankt. Ihrem Engagement und ihrer Ausdauer ist diese Dokumentation einer flächendeckenden Aufstandsbewegung im ehemaligen Bezirk Halle zu verdanken. Obwohl sich die historische Forschung in den letzten Jahren durchaus nicht nur auf Berlin beschränkt hat, sondern ebenso die aufstandsstarke mitteldeutsche Region in den Blick nahm, blieben die kleineren Städte und Gemeinden doch weitgehend unberücksichtigt. Dass neben Halle und Bitterfeld kleinere Proteste und Demonstrationen fast flächendeckend zu verzeichnen waren, ergibt sich aus der aufwendigen Recherche der Landesbeauftragten. Das in Archiven und Stadtchroniken gesammelte Material zeugt von einer Aufstandsbewegung, die neben der ökonomischen vor allem die politische Dimension des Protestes dokumentiert. Es streikten nicht nur die Industriearbeiter in Leuna und Bitterfeld, sondern auch Selbständige und Bauern. Der Blick auf diesen Tag wird durch die vorliegenden Berichte um die Dimension einer „Geschichte von unten“ für die Region des Bezirkes Halle erweitert. Das streikauslösende Moment der Normerhöhung und die daraus resultierende Forderung nach höheren Löhnen geht von Beginn der Streikbewegung an Hand in Hand mit der Forderung nach demokratischen Strukturen, nach Pluralismus und freier Meinungsäußerung und der Einheit Deutschlands.

Die vorliegende Materialsammlung dokumentiert in beeindruckender Weise die Geschichte des 17. Juni 1953. Eine Geschichte – und davon zeugen die Berichte, Erzählungen und Schicksale vor allen Dingen – die bis heute andauert; die die Protagonisten und heutigen Zeitzeugen dieses Tages immer begleitet hat. Einem Mosaik gleich setzt sich hier aus den einzelnen Berichten ein Bild zusammen, das die beiden bestimmenden Momente dieses 17. Juni 1953 abbildet: Die Kraft, die Ideale und den Protest der Aufständischen auf der einen Seite, die Verunsicherung, Irritation der staatlichen Sicherheitskräfte und die brutale Niederschlagung des Volksaufstandes unterstützt durch die sowjetischen Panzer auf der anderen Seite.

Die vorliegende Veröffentlichung versucht, die Proteste des 17. Juni 1953 in ihrer flächendeckenden regionalen Ausbreitung zu dokumentieren. So richtete sich das Augenmerk der Herausgeberinnen hauptsächlich auf bisher weniger bekannte Aufstände in kleineren Städten und Gemeinden. Dass die Demonstrationen in den großen Städten und industriellen Ballungsgebieten besonders stark ausgeprägt waren, sei an dieser Stelle erwähnt und gewürdigt. Die Literaturliste zeigt eindrücklich, dass zahlreiche Publikationen und Forschungsarbeiten seit der Wiedervereinigung 1989 zu diesem Thema entstanden. Neben zahlreichen anderen Publikationen zum Thema wird sich auch die Literaturlage für das Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt in diesem Gedenkjahr um einige Veröffentlichungen erweitern: die Aufstandsbewegung im Industriegebiet Bitterfeld-Wolfen wird mit dem besonderen Augenmerk auf die Zeitzeugen jenes Tages analysiert und die Auswirkungen auf beide deutsche Staaten in ihrer Systemzugehörigkeit in den Blick genommen;¹ eine umfangreiche Studie schildert die gesamte Protestbewegung in der Stadt Halle mit ihren Anfängen und Motiven ebenso wie mit dem genauen Ablauf und der Niederschlagung durch sowjetische Panzer,² und es wird eine gesonderte Analyse zu den Ereignissen im gesamten Land Sachsen-Anhalt vorgelegt, die sowohl die Wahrnehmung durch die Institutionen als auch die besondere der Rolle der Industriebetriebe dokumentiert.³ In diesen Kreis kann

1 Stefanie Wahl / Paul Werner Wagner (Hrsg.) im Auftrag des Wilhelm-Fraenger-Instituts Berlin, Der Bitterfelder Aufstand. Der 17. Juni 1953 und die Deutschlandpolitik. Ereignisse – Zeitzeugen – Analysen, Forum Verlag, Leipzig 2003

2 Hans-Peter Löhn, „Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille“ – Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, „Analysen und Dokumente“ – Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, herausgegeben von der Abteilung Bildung und Forschung, Band 22, Edition Temmen, Bremen, 2003

3 Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.), „... und das Wichtigste ist doch die Einheit“. Der 17. Juni 1953 in den Bezirken Halle und Magdeburg, LIT Verlag, Berlin 2003

und will die vorliegende Sammlung nicht eintreten. Eine weitere Publikation zu den Aufständen und Streiks im ehemaligen Bezirk Magdeburg erscheint ebenfalls in dieser Reihe.⁴

Die hier versammelten Zeugnisse zeichnen ein vorwiegend persönliches, subjektives Bild dieses Tages: Zeitzeugen berichten ihre Erlebnisse, erzählen „ihren“ 17. Juni 1953. Die individuelle Dimension eines historisch so bedeutsamen Tages und seine besondere Dynamik sprechen aus allen Aufzeichnungen. Die Vielzahl der Berichte belegt die These eines flächendeckenden Protestes gegen die herrschende Regierung und ihre Politik. Auch die Aufstände und Forderungen jenseits der Städte und Industriebetriebe sind durch Zeitzeugenberichte belegt. Auch die Beteiligung von Menschen aller Berufsgruppen und Schichten spricht aus den vorliegenden Aussagen. Eine Einschränkung – wie lange in der Geschichtsschreibung durch die Begrifflichkeit „Arbeiteraufstand“ festgeschrieben – auf Arbeiter als Streikende lässt sich nicht aufrechterhalten. Wie oben beschrieben erhoben Bauern, Studenten, Selbständige und Handwerker ihre Stimme ebenfalls gegen das repressive System und stellten ihre Forderungen gemeinsam mit den streikenden Arbeitern.

Für das Verständnis dieses Tages und der politischen Situation im Jahre 1953 muss die Sicht der Streikenden und Demonstranten um die der Staatsgewalt und Sicherheitsorgane der DDR ergänzt werden. Ihre Reaktion auf die Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen wird hier durch die Polizeiberichte der Bezirksdirektion Halle repräsentiert. Die Berichte dokumentieren die Einschätzungen und Handlungsweisen der örtlichen Polizeidienststellen. Diese örtlichen Berichte erlauben es dem Leser, auch in Bezug auf die staatliche Wahrnehmung durch Volkspolizei und Partei so weit wie möglich an die Ereignisse heranzukommen.

I. Kundgebungen im ganzen Land. Ein Tag der Freiheit und der Zivilcourage

Auf dem gesamten Gebiet des ehemaligen Bezirkes Halle legten die Menschen ihre Arbeit am Morgen des 17. Juni 1953 nieder, diskutierten über ihre Lebenssituation, formierten sich zu Demonstrationen und marschierten durch die Betriebe, die Städte und Dörfer. Sie stellten ihre Forderungen nach

⁴ Anne Haertel, Die Ereignisse um den 17. Juni 1953 im Bezirk Magdeburg, Schlaglichter, Reihe „Sachbeiträge“ Nr. 28, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Magdeburg 2003



Bitterfeld (Quelle: Privatbesitz)



Bitterfeld (Quelle: Privatbesitz)



Jessen, Demonstrationzug vor dem „Gasthof zum Adler“ (Foto: Paul Bernharend, Quelle: Zeitgeschichtliches Forum Leipzig)

Propusk für Sperrzeit

Dessauer MZ-Leser hat Passierschein seines Betriebes aufbewahrt

VON MANFRED SUMPFF

Dessau. Ich arbeitete damals im VEB Brauerei Dessau. Da an den Tagen nach dem 17. Juni 1953 abends Ausgangssperre war, bekam ich von der Betriebs- und Parteileitung diesen Passierschein, um abends noch einmal am Arbeitsplatz zu erscheinen. Es musste Sud zum Kochen angesetzt werden. Auf das ausgekochte Getreide warteten am nächsten Morgen die Landwirtschaftsbetriebe. Ich war damals noch jung und irgendwie war es doch etwas, wenn man abends noch einmal auf die „verbotene Straße“ durfte. Erst in späteren Jahren wurde einem bewusst, wie skrupellos die ach so „demokratische Republik“ mit ihren Menschen umgegangen ist.

Dessau, den 24.6.53

Passierschein / Ilponyck

Name: Sumpff Vorname: Manfred

geb. am: 20.2.22 bei: Körsenitz

wohnhaft: Körsenitz Straße: Mühlstraße Nr. 97

DPA und Seriennummer: 28316/48 - D 0906884

ist berechtigt, am 24.6.53 in der Zeit von 22⁰⁰

bis 23.30⁰⁰ folgende Straßen und Plätze zu passieren:

Parteiassistent: Körsenitz Siegel: VEB Brauerei Dessau Betriebsleiter: Chacke

Klare Ansage: Schein für den 24.6.1953 von 22 bis 23.30 Uhr. Regio MZ

Quelle: Mitteldeutsche Zeitung vom 31.8.2002

Befehl Nr. 1

des Kommandanten der Garnison der Stadt und des Kreises
Wittenberg

1. Ab 17. Juni 1953, 15 Uhr, verhängte ich den Ausnahmezustand über die Stadt und den Kreis Wittenberg.
2. Es wird verboten in allen Richtungen Kundgebungen, Versammlungen und Zusammenkünfte abzuhalten.
3. Weiter wird der deutschen Bevölkerung verboten, ab 20 Uhr bis morgens 8 Uhr, in der Stadt und im Kreis auf Straßen und Plätzen sich zu bewegen.
Alle Arbeiter und Angestellte der Eisenbahn sowie der übrigen Werke, die in Schichten arbeiten, nehmen ihre Arbeit zu den bisherigen Arbeitszeiten auf unter Vorzeigen des speziell herausgegebenen Ausweises. Die speziellen Ausweise werden herausgegeben von den zuständigen Werken und Betrieben.
4. Bei Zuwiderhandlungen gegen den herausgegebenen Befehl werden Maßnahmen ergriffen bis zur Anwendung der Waffen.

Wittenberg, den 17. Juni 1953.

**Kommandant der Garnison
der Stadt und des Kreises Wittenberg.**

Befehl Nr. 1 über den Ausnahmezustand in Wittenberg (Quelle: Städtische Sammlungen der Lutherstadt Wittenberg)

Befehl Nr. 2

des Kommandanten der Garnison der Stadt und des Kreises
Wittenberg

Abänderung u. Zusatz zum Befehl Nr. 1 vom 17. Juni 1953

Zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe und Ordnung in der Stadt und im Kreise Wittenberg befehle ich, den bestehenden Ausnahmezustand im Stadt- und Kreisgebiet Wittenberg bis auf weiteres aufrechtzuerhalten.

- 1. Der Ausnahmezustand über das Stadt- und Kreisgebiet Wittenberg bleibt weiterhin in Kraft.**
- 2. Es wird verboten, in allen Richtungen Kundgebungen, Versammlungen und Zusammenkünfte in öffentlichen Gebäuden und Lokalen, auf den Straßen und Plätzen mit mehr als drei Personen abzuhalten.**
- 3. Ab 19. Juni 1953 wird der deutschen Bevölkerung verboten, ab 21 Uhr bis morgens 5 Uhr, in der Stadt und im Kreis auf Straßen und Plätzen sich zu bewegen.**
Arbeiter und Angestellte, die in Schichten arbeiten, nehmen ihre Arbeit zu den bisherigen Arbeitszeiten auf, unter Vorzeigen des speziell herausgegebenen Ausweises. Die Spezialausweise werden von den zuständigen Werken und Betrieben herausgegeben.
- 4. Zuwiderhandlungen gegen den herausgegebenen Befehl werden nach den bestehenden Gesetzen des Ausnahmezustandes bestraft.**

Wittenberg, den 19. Juni 1953

**Kommandant der Garnison
der Stadt und des Kreises Wittenberg.**

Befehl Nr. 2 über den Ausnahmezustand in Wittenberg (Quelle: Städtische Sammlungen der Lutherstadt Wittenberg)

höheren Löhnen, nach Rücknahme der Normerhöhung ebenso wie nach freien und geheimen Wahlen, nach einem vereinten Deutschland, nach der Absetzung der Regierung und Freilassung der politischen Häftlinge. Überliefert sind die Forderungskataloge in den Gerichtsakten der verhafteten Streikführer und in den Zeitzeugenberichten. Das Streikkomitee in Bitterfeld schrieb seine Forderungen auf und gab sie als Telegramm an die Regierung der DDR auf. Das Telegramm wurde angenommen und sein Eingang in Berlin bestätigt.

II. Die Berichte der deutschen Volkspolizei

Die Volkspolizei war zunächst von den Streiks und Demonstrationen völlig überrascht. Über Vorgänge des 16. Juni 1953 in Berlin waren sie offensichtlich nicht bzw. erst in den frühen Morgenstunden des 17. Juni informiert worden. Eine erste Mitteilung an alle Amtsleiter erging um 4.55 Uhr per Fernschreiben von der BDVP Halle. Auch diese bezog sich noch ausschließlich auf Gruppen aus Berlin. Dass auch im Bezirk Halle erste Unruhen und Streiks zu verzeichnen waren, war noch nicht zentral erfasst. Die Beschwerden über diese lückenhafte Information aus Berlin wird in den Berichten dann auch besonders stark hervorgehoben. Die Volkspolizei fühlte sich von der Situation völlig überrumpelt und von der parteipolitischen Führung in Berlin im Stich gelassen. Selbst wenn man das eigene Versagen in den Berichten damit kaschieren wollte, so scheint es doch den Tatsachen zu entsprechen, dass kein funktionierender Informationsfluss von Berlin nach Halle existierte. Nach und nach häuften sich die Meldungen aus den örtlichen Dienststellen über Arbeitsniederlegungen und beginnende Streiks. „Gegen 8.30 Uhr erhielt ich die erste Meldung von Bitterfeld, dass die Arbeiter der Film- und Farbenfabrik Wolfen sich vor den Werkstätten sammelten, die Arbeit zum größten Teil niederlegten und Anstalten machten, die Betriebe zu verlassen.“ (Bericht der BDVP vom 25.6.1953)

Dem nun folgenden Befehl aus Halle, „auf jeden Fall alle wesentlichen Objekte, insbesondere der Volkspolizei, zu sichern und wenn notwendig mit Waffengewalt zu verteidigen“, wurde sehr unterschiedlich Folge geleistet. So lehnten es beispielsweise die Amtsleiter in den Städten Bitterfeld, Merseburg und Eisleben ab, Waffen gegen die Demonstranten einzusetzen. Der Amtsleiter Nossek in Bitterfeld wurde als klassenfeindlich eingestuft, weil er die Volkspolizei entwaffnete, alle Waffen im Panzerschrank einschloss und die Propagandatransparente am gegenüberliegenden Gebäude selbstständig entfernte. Weiterhin wird im Bericht festgestellt: „Aus seinem Dienstzimmer

entfernte Gen. N. das Bild des Genossen Lenin.“ Eine sofortige Entfernung aus dem Polizeidienst war die persönliche Folge für den Bitterfelder Nossek.

Die polizeiliche Bilanz dieses Tages stellen die entsprechenden Tabellen über Todesopfer, Verletzte, Verhaftete lapidar dar.

Für die Volkspolizei, die sich – wie die abgedruckten Dokumente zeigen – durchaus einer eingeschränkten Fehleranalyse unterzog, ergab sich im Fazit dieses Tages jedoch eine Forderung an die Regierung der DDR: „Der Waffenbestand ist zu erweitern, sodass jeder VP.-Angehörige eine Waffe erhält, für deren Pflege er verantwortlich ist und mit der er Schießübungen durchführt, um das Vertrauen zu seiner Waffe für den Ernstfall zu erhalten.“ (Bericht der BDVP vom 28.6.1953)

Der Bericht schließt mit einer Bemerkung zur Kleiderordnung der VP: „Als hemmend im Nahkampf hat sich für die VP.-Angehörigen der Binder herausgestellt. In verschiedenen Fällen benutzten die Provokateure den Binder, um die VP.-Angehörigen zu würgen oder sie sogar daran aufzuhängen.“ (Bericht der BDVP vom 28.6.1953)

Für die Veröffentlichung wurden die ersten schriftlich fixierten Reaktionen der Volkspolizei und die beiden ersten BDVP-Berichte ausgewählt. Spätere Berichte korrigieren und ergänzen die Haltung und Bewertung der Volkspolizei. Zur näheren Beschäftigung und Vertiefung dieses Themas sei an dieser Stelle ausdrücklich auf die Veröffentlichung von Torsten Diedrich und Hans-Hermann Hertle verwiesen.⁵

III. Die Einstellung des Kreistages von Naumburg. Ein Fallbeispiel

Das Protokoll Nr. 9 des Kreistages Naumburg ermöglicht dem Leser einen direkten Eindruck von den Folgen des Aufstandes und von der Aburteilung einzelner Beteiligten. Die außerordentliche Kreistagssitzung beginnt mit einer kurzen Berichterstattung über den 17. Juni und beißt sich dann am Verhalten eines Abgeordneten fest. Obwohl dieser sein Verhalten zu rechtfertigen versucht und seine Unschuld beteuert, wird er kurzerhand und einstimmig aus dem Kreistag ausgeschlossen: „Der Ausschluß wurde einstimmig angenommen und somit der Beweis erbracht, dass der Koll. ... nicht mehr das Vertrauen besitzt. Koll. ... verließ die Sitzung.“ (Protokoll Nr. 9 vom 25. Juni 1953)

⁵ Torsten Diedrich / Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Alarmstufe „Hornisse“. Die geheimen Chef-Berichte der Volkspolizei über den 17. Juni 1953, Metropol-Verlag, Berlin 2003

IV. Ein historischer Tag aus persönlicher Sicht. Zeitzeugen berichten

Über 40 Jahre lang verordnete die DDR die Legende vom „faschistischen Putsch“ und brachte damit jeglichen Austausch über die Erlebnisse dieses Tages zum Verstummen. Das Schweigen sollte bis zum Ende der DDR anhalten. Die Erinnerungen an diesen Tag wurden in dieser Zeit weit weggepackt, viele Jahre vergingen und legten sich über die Erfahrungen, Gefühle und Absichten dieses Tages. Denn selbst in den privaten Nischen der DDR-Gesellschaft wurde über den 17. Juni 1953 kaum gesprochen. Auf den folgenden Seiten erhalten die Menschen, die diesen Tag erlebten, die mit schweren persönlichen Folgen, mit Haft und Flucht für ihren Mut an diesem Tag büßen mussten, Raum für ihre Geschichten und unsere gemeinsame Geschichte.

Um die Reaktion der Partei- und Staatsführung der DDR nicht gänzlich aus dem Blick zu verlieren, werden den Zeitzeugenberichten an einigen Stellen Dokumente und Zeitungsartikel an die Seite gestellt. Sie belegen die umgehend initiierte Propagandawelle gegen die Streikenden des 17. Juni 1953 und die öffentliche Diffamierung der Forderungen und Ziele als „faschistischen Putsch“.

Die Arbeiter der Industriezentren marschieren

Der Beginn der Demonstrationen lag am Morgen des 17. Juni in den großen Betrieben der Region. 20.000 Leunaarbeiter sammelten sich im Werk und stellten ein Neun-Punkte-Programm auf. Wie in den Berichten von Joachim Fiedler und Walter Fuckert dargestellt, forderten auch die Leunaarbeiter neben Lohnerhöhung und Normsenkung die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, die Entfernung aller politischen Spitzel von den Arbeitsplätzen ihres Werkes und den Rücktritt der gesamten Regierung. In einem breiten Demonstrationenzug zogen die Arbeiter gemeinsam mit Anwohnern der Stadt Leuna nach Merseburg. Dort fand gemeinsam mit den Streikenden aus Buna eine Kundgebung auf dem damaligen Friedrich-Engels-Platz (heute Nulandtplatz) statt.

Für die Streikleiter war ihr Engagement folgenreich: Joachim Fiedler wurde am 1.9.1953 in morgens 6.00 Uhr auf dem Weg zur Arbeit verhaftet und zu drei Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. Nach seiner Entlassung am 31.8.1956 bekam er keine Arbeit in Naumburg, wurde von der Staatssicherheit zu Vernehmungen geladen und verließ mit seiner Familie am 7. Oktober 1956 resigniert die DDR. Heute lebt Joachim Fiedler in Ludwigshafen.

Rudolf Werner, 1953 Brigadier im Buna-Werk und 1990 bis 1996 erster demokratisch gewählter Bürgermeister der Gemeinde Schkopau, beteiligte sich an der Besetzung des Gebäudes der Staatssicherheit in Merseburg und einem Forderungskatalog der Belegschaft im Buna-Werk. Er wird nicht verhaftet, tritt nach dem 17. Juni eine Reise an und stellt in seinem Bericht ein bisschen resigniert fest: „Bald waren die Gespräche über die Geschehnisse Tabuthema.“ (Bericht Rudolf Werner)

Der Beginn des Bitterfelder Streiks lag in den Betrieben Chemiekombinat Bitterfeld, Farbenfabrik Wolfen und Filmfabrik Wolfen. Ein hoher Grad an Organisation und Gewaltfreiheit zeichnet diesen Aufstand aus. Die gemeinsame Protestkundgebung fand auf der Binnengärtenwiese in Bitterfeld statt. Die Streikenden besetzten das Rathaus, befreiten die Gefangenen aus dem Bitterfelder Gefängnis und stürmten die ortsansässige Zentrale der Staatssicherheit. Die aufgestellten Forderungen der Kreisstreikleitung Bitterfeld schickten die Streikführer per Telegramm an die Regierung der DDR (Vgl. S. 81, 82, 90 dieser Sammlung) Federführend waren Paul Othma, Horst Sowada und Wilhelm Fiebelkorn. Über das Schicksal des Streikführers Paul Othma ist in dieser Reihe eine eindruckliche Publikation erschienen, die die Folgen dieses Tages für ihn – elfeinhalb Jahre Haft – und seine Familie schildert.⁶

Der Sprecher des Kreisstreikkomitees Wilhelm Fiebelkorn und Horst Sowada können einer Verhaftung entgehen: Sie fliehen gemeinsam am 18. Juni aus Bitterfeld und betreten 10 Tage später, am 28. Juni 1953, Westberliner Boden. Der Bericht der Lehrers Wilhelm Fiebelkorn schildert aus der Sicht der agierenden Streikleitung detailgenau den Ablauf dieses folgenreichen Tages. Seine Erinnerungen hat er 1991 dem Stadtarchiv Bitterfeld zur Verfügung gestellt. Ebenso umfangreich ist der Zeitzeugenbericht der Streikführers Franz Lohfink, 1953 Bäcker in Bitterfeld: Er schloss er sich dem Streik am 17. Juni an, besorgte mit Fiebelkorn aus dem Bitterfelder Rathaus den Stadtfunk für die Kundgebung auf der Binnengärtenwiese und war an der Befreiung der Häftlinge aus dem Bitterfelder Gefängnis beteiligt. Diese Bitterfelder Berichte schildern einen vergleichsweise hohen Grad an Organisation und Disziplin und eine strenge Beachtung der gewaltfreien Demonstration.

6 Heidemarie Schmidt / Paul Werner Wagner (Hrsg.), „... man muß doch mal zu seinem Recht kommen ...“ Paul Othma – Streikführer am 17. Juni 1953 in Bitterfeld, Reihe „Sachbeiträge“, Nr. 17, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Magdeburg 2001

Viele Menschen (Schätzungen gehen von mehr als 30.000 aus) aus den umliegenden Ortschaften nahmen an der Kundgebung teil, wie z. B. die Schließung der Geschäfte in Raguhn an diesem 17. Juni 1953 zeigt.⁷

Eine Besonderheit in der hier vorliegenden Sammlung bildet der Auszug aus einer Schülerarbeit, die uns von der Körber Stiftung zum Abdruck zur Verfügung gestellt wurde. Anne Bendzulla schildert in ihrer Arbeit die Proteste im Eisenhüttenwerk Thale und die persönlichen Folgen – Verhaftung, Prozess, Verurteilung – für die Demonstranten. (Schülerarbeit von Anne Bendzulla)

In den Städten wird demonstriert

In der ehemaligen Bezirkstadt Halle kam es am 17. Juni 1953 zu gewaltigen Demonstrationen und Unruhen, die die ganze Stadt erfassten. Eingang in diese Sammlung fanden zwei Zeitzeugenberichte, die das städtische Aufbegehren schildern, ohne jeden Anspruch auf Repräsentanz. Zu den Abläufen in Halle liegt eine umfangreiche aktuelle Arbeit vor, auf die hier für die eingehende Beschäftigung verwiesen sei.⁸ Der Zeitzeuge Horst Ellmer berichtet für die Stadt Dessau ebenfalls von breiten Protesten: „In allen größeren Betrieben und auf Baustellen Dessaus wurden Protestveranstaltungen vorbereitet.“ (Bericht Horst Ellmer)

Die Arbeiter aus Leuna, Buna und Bitterfeld-Wolfen trugen ihre Streikforderungen aus den Betrieben hinaus in die Öffentlichkeit. Auf öffentlichen Plätzen formulierten sie gemeinsam mit Angestellten, Lehrern, Studenten und Hausfrauen ihre Forderungen. „Die Bevölkerung begrüßte mit viel Beifall die Streikenden und schloss sich der Menschenmenge an. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass die ganze Stadt Eisleben auf den Beinen war.“ (Bericht des Zeitzeugen Ehrhardt Schmidt) So wurden auch die Städte Merseburg, Bitterfeld und Eisleben zu Orten des Aufstands.

Auch auf dem Lande wird gestreikt

Die Proteste am 17. Juni auf dem Lande fanden lange Zeit keinerlei Widerhall in der öffentlichen Beachtung. Dass auch die Bauern und Forstarbeiter ihre Forderungen an diesem Tag verkündeten, belegen die vorliegenden Zeitzeugenberichte.

7 Wahl/Wagner, ...

8 Hans-Peter Löhn, ...

In dem Bericht von Heinz Hildebrandt laufen mehrere, vom 17. Juni beeinflusste Lebensgeschichten zusammen: Seine eigene Teilnahme – gemeinsam mit seiner Frau – an der Kundgebung in Bitterfeld bleibt zunächst ohne direkte Folgen. Ende Juni jedoch ergreift er auf einer Betriebsversammlung für den Kollegen, den verhafteten Waldarbeiter Hermann Richert Partei und sammelt direkt nach seiner Wortmeldung und spontan Geld für die kranke Ehefrau. Das Geld wird über den Lohnbuchhalter an Frau Richert weitergereicht. Gemeinsam mit dem BGL-Vorsitzenden verfasst er ein Schreiben an das Ministerium für Staatssicherheit und bittet um die Freilassung von Hermann Richert. Das Schreiben geht am 13. Juli ein. Mit Beschluss vom 11. Juli 1953 wird das Verfahren gegen Hermann Richert wegen Geringfügigkeit eingestellt. Richert flieht nach seiner Entlassung in den Westen.

Für Heinz Hildebrandt beginnt erst 1954 seine eigene Leidensgeschichte. Er wurde am 11. August 1954 von der Staatssicherheit verhaftet und zu 25 Monaten Haft verurteilt, er wird im September 1955 aufgrund einer allgemeinen Amnestie vorzeitig entlassen. Während seiner Haftzeit lernt er den Landwirt Adolf Grattenauer aus Wengelsdorf kennen.

Die Lebensgeschichte von Adolf Grattenauer nimmt einen besonders tragischen Verlauf. Für den 17. Juni hatte er auf dem VEG Wengelsdorf eine Belegschaftsversammlung einberufen, um einen freiwilligen Ernteeinsatz für den darauf folgenden Sonntag zu verabreden. Dass auf dieser Sitzung nicht über einen Ernteeinsatz, sondern über die Ereignisse in Leuna diskutiert wurde, kann nicht verwundern, betraf die Normerhöhung und die damit einhergehende Lohnsenkung die Bauern doch ebenso wie die Arbeiter. Auf dieser Sitzung sprach Adolf Grattenauer einen Satz, der sein weiteres Leben bestimmte: „Es wird Zeit, dass die Regierung verschwindet, sonst machen wir noch Pleite.“ Dieser Satz sollte der Aufhänger für die am 31.8.1953 erfolgende Verhaftung und die darauf folgende Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten sein. Adolf Grattenauer hat diese Haftstrafe nicht überlebt.

Organisiert von den Bauern aus Rade erlebte Jessen eine außergewöhnliche Demonstration am 17. Juni. Unter der Führung von 4 Bauern, darunter der Zeitzeuge Rudolf Hildebrand, bauten die Streikenden Transparente mit den Aufschriften „Wir fordern freie und geheime Wahlen für alle Deutschen“ und „Beseitigung der SED-Kreisverwaltung“ und trugen sie unter begeisternden Zurufen aus der Jessener Bevölkerung durch den Ort. Die protestierenden Bauern forderten die Freilassung aller politischen Häftlinge. Und was wie ein Wunder klingt wurde wahr: „Nach einiger Zeit kamen tatsächlich die Fahr-

zeuge, beladen mit dem größten Triumph des Tages, den nun befreiten 30 Häftlingen. Sie wurden unter unbeschreiblichem Jubel empfangen.“ (Bericht von Rudolf Hildebrand)

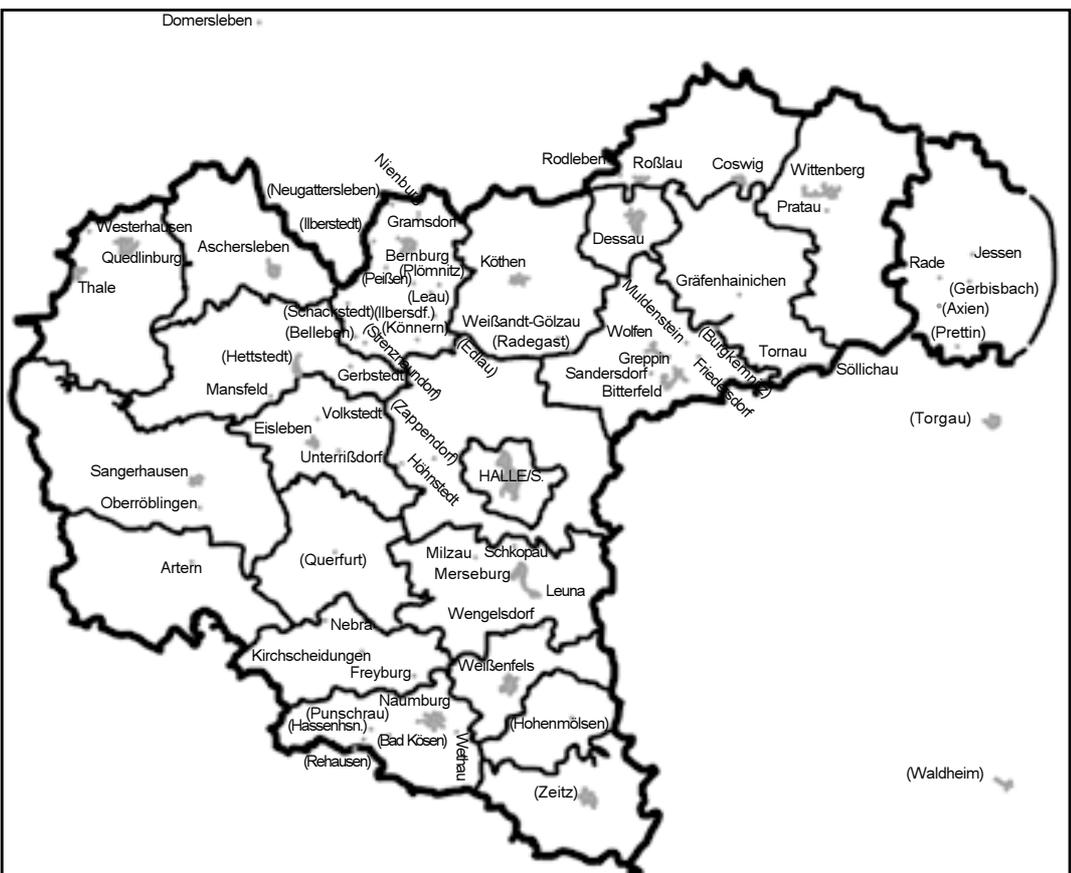
Der 17. Juni in Haftanstalten

Drei Berichte sollten nicht unveröffentlicht bleiben, obwohl sie sich den vorliegenden Kategorien verweigern. Der 17. Juni 1953 war auch in den Haftanstalten spürbar. Die drei Schilderungen aus dem „Roten Ochsen“ in Halle, dem Zuchthaus Waldheim und dem Zuchthaus Torgau legen Zeugnis von den Haftbedingungen ab und beschreiben gleichzeitig die Ahnung des Besonderen an diesem Tag: „Alle Kommandos, die im Gefängnishof arbeiten – die Gärtner, das Kartoffelkommando, die Transportler – werden in die Zellen geschleucht. ‚Schnell! Schnell, noch schneller!‘, überschreit sich der Kommissar“ (Bericht Emil Wulsten aus dem „Roten Ochsen“)

Friedhelm Thiedig, vor seiner Verhaftung Student der Naturwissenschaften in Halle, erlebte den 17. Juni 1953 als politischer Häftling des Zuchthauses Torgau (Sachsen) und Melanie Kollatzsch, 1947 von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, erlebt diesen Tag in der Strafvollzugsanstalt Waldheim (Sachsen): „Der 17. Juni. Zellentüren blieben offen, Essen mit Fleisch und Nachspeise. ... Wir sind sprachlos – was ist los? Der Buschfunk signalisiert: ‚Die Amis kommen!‘“ Am Abend ist die Hoffnung zerstört: „Der Traum, der Ami kommt, wir kommen frei und gehen nach Hause, der war ausgeträumt.“ (Bericht Melanie Kollatzsch)

Für viele Protagonisten und Aufständische des Jahres 1953 hat sich 1989 der Traum vom ungeteilten und demokratischen Deutschland verwirklicht. 36 Jahre dauerte es, bis in der DDR erneut Menschen ihre Stimme zum Protest erhoben und landesweit Demonstrationen stattfanden. Und bis sich nun endlich die politischen Forderungen der Streikenden von 1953 einlösten. Dass nicht alle die deutsche Wiedervereinigung 1989 erleben konnten, sondern auf tragische Weise den Repressalien des SED-Regimes zum Opfer fielen, zeigen auch die vorliegenden Dokumente. Eine einzige Möglichkeit der Genugtuung für die Opfer von damals gibt es heute: Rehabilitierungen. Die in Angst und Flucht durchlittenen Zeiten kann ihnen keiner erstatten. Aber in zahlreichen Gesprächen mit Zeitzeugen zeigt sich immer wieder die immens große Rolle, die eine solche Rehabilitierung spielt: Schwarz auf weiß bestätigen die Gerichtsbescheide, dass sie damals zu unrecht verurteilt wurden und löschen die verhängten Strafen aus dem Strafregister.

2. Karte der Ereignisse im Bezirk Halle



Bezirk Halle und Kreis Jessen (Bezirk Cottbus) 1953 mit allen Orten, aus denen Aktivitäten in dieser Broschüre dargestellt sind. Orte über 10.000 Einwohner (Stand 1953) sind als Flächen dargestellt. Orte über 100.000 Einwohner in VERSALIEN. (Sonstige Kreishauptstädte sowie sonstige in der Broschüre erwähnte Orte sind eingeklammert.)

3. Die Berichte der Deutschen Volkspolizei

Fernschreiben - Fernspruch - Funkspruch

Angestellter	Wohner an	Thema	Zahl	durch wie	Aufgabenummer	Bearb- zeitpunkt:
507	an	16-17	an	16-17	an	17. Juni 19 53
	durch	an	an	an	an	17. Juni 19 53

Abwehler: 24VP 2 8 1 1 0 Halle den 17. Juni 19 53
 An: alle Kreisleiter 906137
 Betrifft: Anweisung des Gen. VP-Inspektors 2 8 3 0 1
 Bzw.:
 1. Die Dienststellenleiter haben sich sofort zu ihrem Dienststellen zu begeben, einschlüssig der Polit-Stellvertreter.
 2. In den Kreisen ist auf irgendwelche Fernschreibgruppen aus Berlin, die versuchen, in gelegentlich als Delegation aufzutreten, Durchsuchung zu stiften. Diese Gruppen sind sofort festzunehmen und den Dienststellen des MfS zu übergeben.
 D.S.

Teil steht über dem Band stehen

Fernschreiben vom 17.6.1953 (Quelle: LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 73, Bl. 137)

000244

Blitz /

Halle, den 19. 6. 1953
21.40 Uhr
BVP Halle, Abt. K
HVGVP Berlin, Hauptabteilung K

Befragt Meldung über festgenommene Personen.
Besucht Blitz-PS Nr. 523 der H dVP, HA K vom 18.6.1953.

Zu 1) = 246 Personen festgenommen

2a) = 1
b) = 102
c) = 143

3) Grossbauern = 5
Werkb. Bauern = 5
Genoss. " = 6
Facharbeiter = 34
Arbeiter = 140
Arbeitslose = 1
Hausfrauen = 1
Handw. u. Händl. (selbst.) = 12
Intelligenz = 1
Studenten = 7
Angestellte = 35

4) SPD = 22 parteilos = 6
LDP = 1
CDU = 1
DDP = 5
NDPD = 1

5) Westberlin = -
"deutshl." = 1

Op-Stabs:

(k) Leiter der Abt. K

B. J. ...
(Bohrendt)
VR-Oberst

Meldung über festgenommene Personen vom 19.6.1953 (Quelle: LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 73, Bl. 244)

20.6.1953

Polit

Friedrich
20.6.53
in all Abt.
Abt. D.
Tunke
in die
Deutsche Demokratische Republik
Ministerium des Innern
Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
- Polit-Verwaltung -

Berlin H 8
GLINER STR. 33 - 35

Befragt 1. Bericht über die Dienstdurchführung sowie besondere Vorkommnisse während des Einsatzes in der Zeit vom 17. - 20.6.53.
Besucht Ohne.

Sie haben sich die Volkspolizisten verhalten?

Während der Zeit des Einsatzes verhielt sich der weitaus grösste Teil der eingesetzten Volkspolizisten diszipliniert und zeigte eine grosse Dienstfreudigkeit. Trotz der hohen Anforderungen, die in diesen Tagen an jeden Einzelnen gestellt wurden, lehnten es viele VP-Angehörige ab, während der gesamten Einsatzzeit zu ruhen. Es gab nur wenig Erscheinungen, wo die eingesetzten Kräfte gegen die Disziplin verstossen. In einer Reihe von Fällen jedoch verhielten sich VP-Angehörige den Demonstranten und Provokateuren gegenüber zurückhaltend und führten die gegebenen Befehle nur mangelhaft aus. Diejenigen Beispiele, wo Volkspolizisten eine klassenfeindliche Einstellung zeigten, werden durch besondere Instruktorbrigaden sowie durch eine Kommission, die mit den heutigen Tage ihre Tätigkeit aufgenommen hat, überprüft.

Solche Beispiele zeigten sich besonders bei nachfolgenden Dienststellen:

BVP Halle
VPKA Halle
VPKA Bitterfeld
VPKA Herzberg
VPKA Eisleben.

Im VPKA Bitterfeld gab der Gen. Amtsleiter, VP-Kdr. N o s s e k, die Anweisung, die vor dem Amt angebrachten Transparente zu entfernen. Vom Gen. VP-Oberst Behrendt, Abt. Leiter K der BVP, wurde er auf sein falsches und nicht richtiges Verhalten hingewiesen. Aus seinem Dienstzimmer entfernte Gen. N. das Bild des Genossen Lenin. Im gesamten Amt war während der Zeit des Überfalles auf das VPKA kein VP-Angehöriger besaffnet. Die Pistolen befanden sich im Panzerschrank. Die Vorkommnisse im VPKA Bitterfeld werden durch eine Instruktorbrigade überprüft.

1. Bericht über die Dienstdurchführung sowie besondere Vorkommnisse vom 20.6.1953 (Quelle: LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 74, Bl. 3-7)

In der VA II Halle, Kleine Steinstrasse, die ebenfalls von den Provokateuren und Demonstranten überfallen wurde, wurde zu spät von der Schutzwaffe Gebrauch gemacht. Der Anstaltsleiter, Gen. VP-Komm. F e l s e n, war nicht in der Lage der Situation Herr zu werden. Die ihm zur Verfügung gestellten Zusatzkräfte, ein Zug des VPKA Halle und der KVP, kamen unter seiner Leitung nicht richtig zum Einsatz. Die Angehörigen der KVP waren mit Karabiner bewaffnet, jedoch nicht in Besitz von Munition. Um die Karabiner nicht in die Hände der Demonstranten und Provokateure fallen zu lassen, schlossen sie dieselben in eine Haftselle ein. Die Vorkommission in der VA II werden durch eine Instrukteurbrigade überprüft.

Do haben Volkspolizisten Waffen weggenommen, Uniform ausgezogen, den Dienst verweigert?

In VPKA E i s l e b e n haben 3 VP-Angehörige aus Angst vor den randolierenden Demonstranten ihre Uniform ausgezogen und Zivilsachen angezogen. Obwohl das bereits am 17.6.55 war, hat sich die Anleihe noch nicht mit diesem Vorkommnis beschäftigt.

Da in Eisleben die UFA II von den Demonstranten und Provokateuren besetzt wurde und eine Reihe VP-Angehöriger ent- waffnet wurden, wird eine Instrukteurbrigade die Vorkommission überprüfen.

In BS der Mifa-Fahrradwerke S a n g e r h a u s e n hat ein VP-Ober, sich durch Drohungen von Provokateuren dazu ver- leiten lassen, seine Schulterstücke von dem Uniformrock zu entfernen.

Der Gen. VP-U.Komm. M [redacted] Polit-Abteilung der BVVP, entnehmen nach eigenen Angaben, als er sich bedroht sah, die Munition aus dem Pistolennagazin und warf diese in einen Kanal. (wird von der Kommission überprüft).

Der VP-M. L [redacted] vom VPKA K o t t e n, welcher z.Zt. bei der WE Wölfen ist, wurde während des Einsatzes als Kraftfahrer eingesetzt. Bei dem Einsatz in Kapon ergab sich, dass die dortigen Arbeiter des Objektes und der Leiter, Herr S t a n g e (Nationalpreisträger), Tränengas-Ampullen gegen unsere VP-Angehörigen warf. Vom sowjetischen Kreiskommandanten wurden die Betroffenen verhaftet, dem VPKA Gröfenhainichen zugeführt und nach einer gewissen Zeit wieder freigelassen. VP-M. L [redacted] erklärte, dass er das nicht versteht und dass er nicht mehr mitmacht. Erst bewirft man uns mit Tränengas- Ampullen und dann lässt man die Betroffenen frei. Er ent- fernte sich daraufhin unerlaubt vom Einsatzort und musste erst zurückgeholt werden.

Waffenverluste.

BVVP Halle	18 Pistolen	(4 wiedergefunden)
VPKA Halle	3 Pistolen	
VPKA Merseburg	9 Pistolen	(1 wiedergefunden in der Toilette des Amtes).
VPKA Eisleben	3 Pistolen	
VPKA Dessau	1 Pistole	
SV Naumburg	1 Gewehrverschluss	

Munitionsverluste.

BVVP Halle	150 Schuss	Pistolennmunition
VPKA Halle	15 Schuss	Pistolennmunition
VPKA Merseburg	71 Schuss	Pistolennmunition (davon 8 zurück)
VPKA Eisleben	52 Schuss	Pistolennmunition
VPKA Dessau	8 Schuss	Pistolennmunition
VPKA Naumburg	3 Schuss	Gewehrmunition

In VP-Revier Merseburg wurden von den Provokateuren aus 3 Karabinern die Gewehrverschluss entnommen.

Wieviel Volkspolizisten wurden verletzt?

BVVP Halle	13 leicht	1 schwer
VPKA Halle	6 leicht	3 schwer
VPKA Eisleben	4 leicht	1 schwer
VPKA Dessau	1 leicht	
VPKA Bitterfeld	2 leicht	
VPKA Naumburg	1 leicht	
VPKA Rosslau	1 leicht	
VPKA Gröfenhainichen	1 leicht	
VPKA Merseburg	4 leicht	3 schwer
WE Wölfen	1 leicht	
insgesamt		34 leicht 8 schwer

In Bezirk Halle wurde kein Volkspolizist getötet.

Wieviel Demonstranten und Provokateure wurden getötet?

VPKA Halle	5 Provokateure (durch Schüsse)
	2 Demonstranten (durch Schüsse)
VPKA Bitterfeld	1 Provokateur beging nach seiner In- haftierung Selbstmord durch Erhängen)
VPKA Rosslau	1 Provokateur (während des Überfalles von durch Herzschiag erlegen).

Wieviel Demonstranten wurden verletzt?

VPKA Halle	19 schwer
VPKA Eisleben	1 schwer (bei Festnahme am 19.6.55)
VPKA Dessau	1 schwer
VPKA Sangerhausen	3 leicht

Politisch-moralischer Zustand.

Der politisch-moralische Zustand zeigt sich zu einem Teil in der guten Einsatzfreudigkeit der VP-Angehörigen während der Einsatz- tage. Der weitaus grösste Teil der VP-Angehörigen hat während dieser Zeit den Dienst diszipliniert versehen.

In VPKA G r ö f e n h a i n i c h e n konnten z.B. 2 VP-Anw. welche erst einen Tag ihren Dienst in der VP versehen, auf Grund ihrer guten Disziplin und Einsatzfreudigkeit vor der Front be- lobigt werden.

Der Gen. VP-Optm. B [REDACTED] ASV in Hühnstedt/Saalkreis, Übernahme mit seinen freiwilligen Helfern den Schutz der Konsum-Verkaufsstelle. Die Verkaufsstelle wurde nachts von Provokateuren angegriffen und beschossen. B. nahm das Feuergefecht auf, erkannte die Täter und konnte sie festnehmen. Bei dem Tátern wurden 3 Pistolen, 1 Karabiner, 1 Feldformsprecher und 1 Taschen gefunden.

In Bereich des VPKA D e s s a u gelang es 2 Angehörigen der Abt. VK ein Fahrzeug mit der Streikleitung Voerkowitz zu stellen und die Insassen festzunehmen.

Im VPKA N a u m b u r g stellten die VP-Angehörigen von Eckartsberga und Bad Kösen an die Leitung des Amtes den Antrag, nicht vor Beendigung des gesamten Einsatzes abgelöst zu werden.

Im VPKA g u e d l i n b u r g hat der Gen. VP-Obrm. Sch [REDACTED] die Kreisleitung der SED mit 5 Mann verteidigt und erfolgreich gehalten.

Im VPKA W i t t e n b e r g stellten sich alle n.St. in Urlaub befindlichen VP-Angehörigen sofort zur Verfügung.

Bei einem Teil der VP-Angehörigen der B D V P, die sich n.St. des Beginns der faschistischen Provokation in Urlaub befanden, war zu verzeichnen, dass sie nicht aus eigener Initiative zur Dienststelle kamen, sondern erst geholt werden mussten.

Der Gen. VP-Inspr. H [REDACTED] (Abt.Leiter F), der ebenfalls Urlaub hatte, kam gleichfalls nicht und gab den Bescheid, dass er erkrankt sei und Fieber hätte. Gen. H [REDACTED] wurde jedoch nach Aussagen eines VP-Angehörigen während der Unruhen auf dem Marktplatz gesehen. (Die Angaben werden noch überprüft).

Während des Einsatzes kam es zu folgenden Disziplinarverstößen:

VPKA Bernburg	1	
VPKA Dessau	2	
VPKA Gräfenhain.	1	(hier handelt es sich um den bereits vorher im Bericht genannten VP-m.
VPKA Nebra	1	
VPKA Köthen	1	(Der VP-mgeh. H [REDACTED] von BSO (Kreisleitung Nebra) befand sich am 19.6.53 abend im angetrunkenen Zustand in der Bahnhofsgaststätte und wurde von dort gegen 22.00 Uhr durch den Amtsleiter abgeholt. Dabei ausserte er sich: "Ihr Lumpen, ihr Stromer, ihr kriegt euer Geld umsonst, der Tag X kommt und wannes in einem Vierteljahr ist, Ethel und Julius Rosenberg waren Atombombenspitzen und für solche Stromer setzen wir uns ein und in Berlin "Griaen wir die Arbeiter niederschlagen."

Welche VP-Dienststellen, Parteihäuser und öffentliche Einrichtungen waren teilweise besetzt und wie lange?

VPKA Halle	Bez. Leitung der SED (nur teilweise)	1 Stunde
	Bez. Rat, SED-Stadtkreis	1 Stunde
	VA II (Kleine Stein-Strasse)	2 Stunden
	Staatsanwaltschaft	1 Stunde
VPKA Morseburg	VPKA, UEA, FDJ-Kreis, DSP, Stadtverw.	je 2 Stunden
	Kreisleitung Buna (SED)	1 Stunde
	Leuna-Werke "Ulbricht", Ter der Jugend	
VPKA "isleben	UEA	2 Stunden
	FDJ-Kreisleitung des Manuf.-Komb. und SED-Kreisleitung des Manuf.-Kombinates je	3 Stunden
VPKA "itterfeld	VPKA, UEA je	1 1/2 Std.
	Kreisleitung der SED, Kreisverwaltung, MFS	2 1/2 - 3
VPKA "uedlinburg	Kulturhaus des BSW Thale	1 1/2 Std.
VPKA "ossau	VPKA, UEA, Kreisleitung der SED, DFD, BG-Hydrorwerke bis zu	1 Stunde
VPKA "eissenfeld	Rathaus	3/4 Std.
	UEA	2 3/4 Std.
	Kreisgericht	3/4 Std.
VPKA Gräfenhainichen	WFD Gräfenhain	12 Stunden

Vorkommis mit Angehörigen der Truppe:

Am 17.6.53, gegen 15.00 Uhr, wurden in Kirchscheidungen an der Flutbrücke die dort stehenden VP-Angehörigen durch den Lokführer des Güterzuges 0633 aufgefordert, den Sowjetstern von ihren Nachhäuschen abzunehmen. Aus Angst vor den kommenden Ereignissen kam der VP-m. B [REDACTED] dieser Aufforderung nach und warf den 50 cm grossen Sowjetstern unter das Nachhäuschen.

Stellv. Leiter der Milit.-Abteilung

(Trinks)
VP.-Oberrat

B e r i c h t

Über die Entstehung und den Verlauf der Provokation am 17. Juni 1953 in Halle/Saale.

1. Beginn und Entwicklung der Provokation.

Der Urheberherd bzw. Ausgangspunkt der Demonstration unter der Leitung der Provokateure war die Waggonfabrik Ammendorf im Stadtgebiet von Halle. Bereits gegen 06.00 Uhr früh, bei Eintreten der Frühlichtung verständeten die Provokateure, unter dem Arbeitern Diskussionsgruppen zu bilden. Als Hauptdiskussionspunkt nahmen sie die administrative Durchführung der Normenerhöhung. Dadurch den NS wurde die BPO sofort in Kenntnis gesetzt und diese versucht durch Agitatoren, die Stimmung der Diskussionsgruppen positiv zu beeinflussen. Gegen 06.30 Uhr gingen Gruppen von Werktätigen durch die einzelnen Betriebsabteilungen und forderten die noch in Arbeit stehenden Werktätigen auf, sich nach der Schmalsparabteilung zu begeben, wo eine BPO-Versammlung abgehalten werden sollte.

Nachdem sich etwa 2000 Werktätige vor dem Verwaltungsgebäude versammelt hatten, traten die Diskussionsredner auf, die Herabsetzung der Normen, der HO-Preise und den Sturz der Regierung forderten. Die Werktätigen wurden aufgefordert, zu streiken. Die Kollegen die die Unsinnigkeit dieses Unternehmens erkannten, wurden an der Weiterarbeit gehindert.

Gegen 10.20 Uhr forderten sich die Werktätigen des Betriebes zu einem Demonstrationsszug in Richtung Stadtmitte Halle. Zuvor hatten Mitglieder der Streikleitung der Waggonfabrik telefonisch und persönlich mit anderen Betrieben wie z.B. Ifa-Karosserie-Werk, Maschinenfabrik Halle, MTS Reparaturwerkstatt usw. Verbindung aufgenommen und zum Streik aufgefordert. Der Demonstrationsszug nahm zahlenmäßig von 2000 auf 6000 Demonstranten zu, indem sich Arbeiter der an der Stalinallee liegenden Betriebe bzw. viel Angehörige kleinbürgerlicher Schichten anschlossen. Die unter den Demonstrationsszug befindlichen Provokateure drangen zum Teil gewalttätig in die Betriebe ein, es gelang ihnen in vielen Fällen mit Terror die Arbeiter zum Verlassen ihrer Betriebe zu zwingen, ein größerer Teil allerdings schloss sich aus eigenen Willen dem Zug an bzw. verließ die Betriebe.

10.25 Uhr wurden die Arbeiter der Grube Ammendorf sowie der MTS-Reparaturwerkstatt aufgefordert, mitzustreiken. Die Demonstranten konnten ungehindert am Objekt der KVP Halle, Stalinallee, vorbeiziehen, da die KVP keine Anweisung zum Eingreifen erhielt bzw. diese untersagt wurde. 11.10 Uhr wurden am Ifa-Karosserie-Werk die Transparente heruntergerissen und die Arbeiter zum mitstreiken aufgefordert. Immer mehr nahm die Demonstration provokatorischen Charakter an, indem sie angebrachte Sichtwerbungen zerstörte, in HO- und Konsumgeschäften eindrang und tätliche Angriffe auf Parteileute und Staatsfunktionäre verübte. 11.40 Uhr erreichte die Demonstration den Thälmannplatz, schwankte in die Clement-Gottwald-Strasse ein und zog vor das Gebäude der Justisverwaltung am Hansa-Ring, welches 12.05 Uhr erreicht wurde.

Bericht über Entstehung und Verlauf der Provokation am 17. Juni 1953 in Halle/Saale vom 25.6.1953 (Quelle: LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 74, Bl. 171-175)

Dort wurden unter Verwüstungen die Freilassung der Häftlinge gefordert, wobei sich ebenfalls tätliche Angriffe auf die Richter verübten. Anschließend bedrohten die Provokateure die Strafanstalt II, Kleine Steinstrasse.

Während ein Teil der Demonstranten sich in Richtung Grosse Steinstrasse weiterbewegten, belagerten vor allem die Provokateure und Verbrecher die SV und versuchten in dieselbe einzudringen.

12.15 Uhr wurde ein Angriff auf die Bezirksleitung der Partei am Marx-Engels-Platz unternommen. Bei Eintreffen des Demonstrationsszuges vor dem Haus der Einheit (Bez. Leitung) wurden die Posten des BPO eingeschoben, das Haupttor verschlossen und der BPO sowie die Genossen des Hauses sogen sich in das Hauptgebäude zurück und schlossen sich Überwiegend in ihren Zimmern ein. Das nächste Ziel der Provokateure war, das Gebäude von Rat des Bezirkes, Willi Lohmann Strasse zu stürmen, was ihnen 13.20 Uhr gelang. Ebenfalls wurde das VPKA Halle/Saale sowie die SV Kirche belagert und versucht, zu stürmen, was ihnen jedoch nicht gelang, da in beiden Fällen von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde. In Halle versuchten die Banditen in erster Linie die Verbrecher und andere Strafgefangene aus den SV-Anstalten sowie Untersuchungsanstalten zu befreien, um aktive Helfer für ihre Pläne zu gewinnen. Um 16.00 Uhr wurde der Ausnahmestand mit der Bekanntgabe der Sperrzeit ab 21.00 Uhr über die Stadt Halle verhängt.

Im Anschluss an diese provokatorische Demonstration sogen die Auführer in einzelnen Gruppen durch die Stadt und gaben die Lösung aus, dass gegen 18.00 Uhr eine Grosskundgebung auf dem Hallmarkt stattfinden solle.

2. Massnahmen der Volkspolizei.

Als Chef der BDVP Halle wurde ich in der Nacht zum 17.6.1953 gegen 02.00 Uhr vom stellv. Chef der DVP, Genosse Generalinspekteur Seifert angerufen, und erhielt den Befehl, eine entsprechende Zahl von Kfz. zur Zentralschule Aschersleben zum sofortigen Transport der dort verweilenden Schüler nach Berlin in Bewegung zu setzen. Ausserdem 100 Pistolen und die mir zur Verfügung stehenden Polizeiknüttel, welche Aufgabe die SS. in Berlin hatte, wurde mir nicht mitgeteilt. Auch in anderer Beziehung wurde mir über die Ereignisse in Berlin nichts mitgeteilt. Gegen 05.00 Uhr erhielt ich nochmals einen Anruf vom Genossen Generalinspekteur Seifert mit dem Befehl, sofort alle Angehörigen der BDVP zur Dienststelle zu rufen sowie anzuweisen, dass alle Amtsleiter und Politvertreter der Ämter sich z. Dienststelle begeben. Ausserdem, dass Personengruppen die aus Berlin kommend Betriebe als Delegierte aufsuchen wollten, sofort festzunehmen und dem MfS zu übergeben seien. Über die Ursachen solcher Massnahmen wurde mir nichts gesagt. Die erhaltenen Anweisungen gab ich an die Dienststellen im Bezirk Halle entsprechend weiter.

Wenige Minuten später rief Genosse Chefinspekteur Grünstein bei mir an, der seinen Unwillen aussprach, dass unsere LKW noch nicht vollständig in Aschersleben angekommen seien. Auch bei dieser Gelegenheit wurde mir nichts über die besonderen Ereignisse in Berlin mitgeteilt. In der von mir durchgeführten Besprechung mit den Abteilungsleitern konnte ich, da ich selbst keine konkrete Kenntnis über die Lage besass, auch keine konkreten Dinge den Offizieren mitteilen, bzw. weitere Massnahmen vorbereiten und festlegen.

Gegen 08.30 Uhr erhielt ich die erste Meldung von Ritterfeld, dass die Arbeiter der Film- und Farbenfabrik Wolfen sich vor den Werkstätten sammelten, die Arbeit zum größten Teil niederlegten und Anstalten machten, die Betriebe zu verlassen.

Von dieser Zeit an bekam ich laufend Mitteilungen über die Entwicklung in Ritterfeld bzw. in anderen Kreisen, so auch in Halle. Die erste Mitteilung über die Entwicklung in der Stadt Halle erhielt ich gegen 10.00 Uhr, dass dort die Arbeiter ebenfalls die Werkstätten verlassen hatten. Gegen 10.20 Uhr traf die Mitteilung ein, dass die Arbeiter eine Demonstration formierten, um von Ammendorf nach Halle zu demonstrieren.

Aufgrund der Kenntnis der Entwicklung in den anderen Kreisen beriet ich mit meinen Stellvertretern über die Möglichkeit von Massnahmen in der Stadt Halle. Wir beschlossen einen Einsatz der Reserve der SEDVP, ca. 200 Mann, auf der Strasse Ammendorf-Halle, um in der Nähe der Gaststätte Rosengarten diese illegale Demonstration zu erschlagen. Gegen 11.00 Uhr eruchten bei mir sechs Vertreter der sowjetischen Behörden, Genosse Oberleutnant Bobrowski, den ich die Lage darlegte und unseren Entschluss mitteilte. Er bat, mit der Verwirklichung des Beschlusses noch zu warten, bis er dem Oberst Rodjonow davon Mitteilung gemacht hätte. Ca. 30-40 Minuten später erhielt ich die telefonische Mitteilung, von Oberst Rodjonow durch Oberleutnant Bobrowski, dass die Volkspolizei gegen die Demonstranten nicht in Erscheinung treten soll und sich zurückhalten.

Inzwischen hatte sich der Demonstrationszug wie unter 1. dargelegt, entwickelt. Es war höchste Eile geboten, wenn schon kein Einsatz gegen die Demonstranten direkt möglich war, jetzt die vorhandenen wichtigsten Objekte zu sichern, da der terroristische Charakter der ganzen faschistischen Aktion offen in Erscheinung trat. Bis dahin waren die Reserven & bewusst von mir zusammengehalten worden, um mit möglichst starken Kräften die Demonstration auseinanderzuschlagen. Ich bin heute davon überzeugt, dass die erzugplante Massnahme bei Durchführung das grösste Unheil von der Stadt Halle abgewendet hätte, denn alle Krfahrungen, zumindest im Bezirk Halle, zeigen, dass Provokateure und Demonstranten bei Anwendung der Waffen das Site suchten bzw. sich auflösten.

Da ich nunmehr über die Reserven verfügen konnte, befahl ich, die wichtigsten Objekte, wie Bezirksleitung, Kreisleitung, Bezirksrat, Elektrizitätswerk Trotha, Zentralpost, die SV II u.a. mit Kintzugsgruppen zu besetzen.

Der Befehl wurde nicht mit der Schnelligkeit durchgeführt, wie es der Situation entsprach, sodass es in allen Fällen bis auf den Bezirksrat den Demonstranten gelang, vor Eintreffen der Volkspolizei an den genannten Objekten zu erscheinen. Erst gegen 12.25 Uhr wurden die ersten zwei Gruppen aus der SEDVP in Marsch gesetzt, während die anderen in Abständen von 5 Minuten einzeln folgten.

Das Gebäude des Rates des Bezirkes konnte von einer Gruppe in Stärke von 1 : 20, die voll mit Pistolen bewaffnet war, noch 5 Minuten vor dem Eintreffen der Provokateure besetzt werden. Es gelang trotzdem nicht, das Eindringen der Provokateure

zu verhindern. Die Ursache ist hier ebenfalls darin zu suchen, dass sich der Genosse Grup, anführer nicht zum Gebrauch der Schusswaffe entschliessen konnte, sondern es vorzog, lieber nicht zu schießen. Seiner Gruppe gingen hierdurch 8 Waffen verloren, die in die Hände der Provokateure fielen. Die zum Eintreffen der Gruppe der Volkspolizei war der Bezirksrat geschützt durch 2 NS(S) Angehörige und 8 RPO-Angehörigen, ohne Pistolen.

Die Bezirksleitung war bis dahin lediglich von NS (O) Angehörigen in Stärke von 3 Genossen und 2 Genossinnen besetzt, welche 3 Pistolen hatten, während 11 Pistolen sich noch im Panzerschrank befanden. Von den Verantwortlichen des Sekretariates wurde keine Anweisung gegeben, diese 11 Pistolen an die Genossen der Bezirksleitung zu verteilen.

Beim Eintreffen dieser Gruppen bei der Bezirksleitung der SED waren die Provokateure bereits eingedrungen, hatten im Erdgeschoss Verhaftungen angerichtet und hatten zum Teil bereits wieder das Objekt verlassen. Der restliche Teil der Provokateure wurde aus dem Haus der Einheit entfernt. Der zweite Angriff der Provokateure auf das Haus der Einheit wurde von den VP-Angehörigen nicht abgewehrt und es gelang den Provokateuren, erneut in das Gebäude einzudringen und dabei mehrere VP-Angehörige zu ent Waffen und niederzuschlagen. Die Ursache ist darin zu suchen, dass die Genossen VP-Angehörigen nicht mit der Waffe in der Hand diesen erneuten Angriff abwehrten.

Von den 2 nächsten Gruppen des VP.-Oberrat I konnte nur noch eine Gruppe (etwa 11 VP.-Angehörige) mit 2 Pistolen bewaffnet durch Übersteigen der Planke bei der Bezirksleitung zur Verstärkung eindringen. Die andere Gruppe zog sich mit dem LKW zurück, wobei der LKW-Kraftfahrer bewegungsunfähig gemacht wurde. Von letzteren 2 Gruppen des Genossen Oberrat Q wurde es durch taktisch unkluges Verhalten nicht möglich, an das Gebäude der SED heranzukommen. Dieser LKW wurde ebenfalls fahrtunfähig gemacht, von den Provokateuren umringt und beim Absteigen von LKW 3 VP.-Angehörigen die Waffen entwendet.

Ein wesentlicher Mangel beim Einsatz dieser Gruppen zum Haus der Einheit bestand darin, dass die Gruppen nicht konzentriert in ihrer Gesamtstärke in Aktion traten, sondern in kurzen Abständen von 5 - 8 Minuten abfahren und sich dann dort so ankamen, obwohl die Anweisung ergangen war, konzentriert in Aktion zu treten.

In der VA II drückten 12.30 Uhr die Massen die Tore ein und drangen in die Räume der Anstaltgebäude bis zu diesem vor. Es wurde die Eingangstür des Anstaltgebäudes eingeschlagen und die Provokateure drangen in den Flur der Verwaltung ein. In der Zwischenzeit war es fast allen VP-Angehörigen gelungen, sich hinter die Glastür in das Zellenhaus zurückzuziehen. Als die Provokateure hier aufbrechen wollten wurde vom Leiter der VA den Provokateuren zugerufen " Zurück oder wir schießen " ! Da dies keinen Erfolg hatte, wurde ein Versuchs von den Genossen Oberr. R abgegeben, der ebenfalls keinen Erfolg hatte. Ein abgeschossener Mischschuss verletzte eine der Personen. Die Provokateure zogen sich unter Mitnahme der Verletzten bis auf den Hof zurück, wo dann eine gewisse Ruhe eintrat.

Gegen 14.30 Uhr wurde dem Leiter der VA II von mehreren Provokateuren in Gegenwart eines Genossen der VP ein Schreiben mit der Unterschrift des Staatsanwaltes Teilf überreicht, aus welchem hervorging, dass sämtliche Gefangenen (Straf- und U-Gefangenen) bis zu 3 Jahren sofort aus der Anstalt zu entfernen seien. Daraufhin versuchte der Leiter der VA II mit dem Bezirksstaatsanwalt telefonisch Rücksprache

zu führen, was aber nicht gelang, da die Leitung gestört war. Aufgrund des von den Provokateuren gestellten Ultimatums "Wenn bis 15.00 Uhr nicht alle Gefangenen entlassen seien, die Leuna- und Buna-Arbeiter zum Generalsturm auf die Anstalt vorgehen würden" wurde von der Anstaltsleitung nicht reagiert. Gegen 15.00 Uhr verstärkte sich plötzlich der Druck und die Provokateure drangen in die Hefe aus Richtung Kleine Steinstrasse und Hansa-Ring ein. Die Genossen, die zur Verstärkung erschienen waren von der KVP, wurden durch den Grossansturm zurückgedrückt, und teilweise entwaffnet, weil es die Angehörigen der KVP keine Munition ausgeben wurde, um den auf das Zellenhaus ansetzenden Sturm abzuschwächen, und um Zeit zu gewinnen, veranlasste der Leiter einige Entlassungen. Der Druck liess sich dadurch nicht nach, sondern im Gegenteil, die Provokateure benutzten den Moment, als die Gefangenen aus dem Zellenhaus durch die Glastür kass, sofort in das Zellenhaus einzudringen. Beim Eindringen der Provokateure in das Zellenhaus versuchten sie der Genossen der KVP die restlichen Waffen zu entreissen, was ihnen aber nicht gelang. Die Waffen wurden im Zellenhaus im Wachtmeisterzimmer eingeschlossen. Ein anderer Teil der Provokateure war in die Verwaltungsräume eingedrungen und zerstörte einen grossen Teil der Inneneinrichtung sowie zahlreiche Akten- und Kartematerial u.a. auch die Telefonanlagen. Nachdem fast alle Gefangenen das Zellenhaus verlassen hatten, trat auch hier von Seiten der Provokateure eine gewisse Ruhe und ein Rückstrom ein.

Wie im Bericht geschildert, traten eine Reihe organisatorischer Schwächen sowie taktisches Verhalten in Erscheinung, welche Ursachen dafür waren, dass die Volkspolizei nicht in der Lage war, den Schutz der Gebäude unserer Partei und Staatsorgane rechtzeitig zu organisieren. Dadurch war es den Provokateuren möglich, zeitweilig dieses Gebäude zu besetzen und dort Verletzungen anzurichten. Ein strenge Untersuchung des Versagens der Staatsmacht, insbesondere der verantwortlichen eingesetzten VP-Offiziere ist eingeleitet, um die notwendigen Schlussfolgerungen aus den gesammelten Erfahrungen und Ergebnissen der Untersuchung zu ziehen.

Komm. Chef der Deutschen Volkspolizei
im Bezirk Halle/Saale

He.
(Kampel)
VP.-Inspekteur

Polit

Ucl

An die
Deutsche Demokratische Republik
Ministerium des Innern
Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei
- Polit-Verwaltung -

Berlin WB
Glinke Str. 33 - 35

Betr.: Verhalten der VP-Angehörigen während der Tage der faschistischen Provokationen.

Durch die Massnahmen unserer Partei und Regierung zur weiteren ständigen Verbesserung der Lebensbedingungen in unserer Republik wurde allen Bürgern der DDR aufgezeigt, dass die Partei und Regierung alle Schritte zur Erreichung der Einheit Deutschlands unternimmt. Die Auslösung des Tages X durch nazistische Agenten und Provokateure des Imperialismus sollte unserer Partei und Regierung eine entscheidende Niederlage zugefügt werden. In diesen ersten Tagen bewies die VP, dass sie treu und ergeben zur Partei, zu ihrer Regierung und zu ihrem geliebten Staatspräsidenten steht.

Das Verhalten der VP-Angehörigen im Bezirk Halle war bis auf einige Ausnahmen gut. Diszipliniert, pflichtbewusst und einsatzfreudig erfüllten sie alle gegebenen Befehle und Anordnungen ihrer Vorgesetzten und bewiesen dadurch, dass die marx-len. Schulung und die Erziehungsarbeit der Partei sich fruchtbringend ausgewirkt haben.

Im VPKA A r t o r n , VP-Revier (B) Kyffhäuserhütte, ordnete der Revierleiter bei Beginn der Demonstration der Werktätigen an, sofort alle Waffen in den Panzerschrank einzuschliessen. Kurze Zeit später erschien dort der Leiter des VPKA, welcher anordnete, die Waffen wieder auszugeben. Dieser Aufforderung wurde sofort nachgekommen.

Im Bereich des VPKA H a l l e war besonders mutiges, unentschiedenes taktisches Verhalten der VP-Angehörigen zu verzeichnen. Gen. VP-Mem. D [redacted] (ABW) organisierte mit seiner freiwilligen Helferguppe den Schutz der wichtigsten Objekte. In der Nacht vom 17./18.6.53 wurde ein freiwilliger Helfer dieser Gruppe vor einer Konsumverteilungsstelle von 2 Personen tödlich angegriffen. Nachdem die Verbrecher 6 Pistolenschüsse auf die Sicherungskräfte abgegeben hatten, ergriffen sie die Flucht.

Verhalten der VP-Angehörigen während der Tage der faschistischen Provokationen vom 26.6.1953 (Quelle: LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 74, Bl. 222-226)

Durch die sofortige Verfolgung konnten diese Elemente gestellt werden. Bei der Durchsuhung ihrer Wohnungen wurden 3 Pistolen, 1 Karabiner, 1 Feschang und 90 Schuss Munition gefunden.

In M e r s b u r g wurden einige Provokateure, welche Plakate und Losungen herunterrissen durch einen VP-Angehorigen, welcher sofort seine Pistole gezogen hatte, gestellt und festgenommen.

Zwei Beispiele von Beteiligung an Demonstrationen ereigneten sich in VPKA M e r s b u r g und VPA (B) L e u n a . In Mersburg war der VP-Oberw. P... zuhause in der Wohnung und schloss sich den Demonstranten an. Vom VPA (B) Leuna schloss sich der VP-Oberw. G... dem Demonstrationzug an, marschierte mit nach Mersburg und drang mit in die UMA Mersburg ein. Weiter verbreitete er verschiedene Geruchte wie: "Die Amerikaner stehen vor der Demarkationslinie und kommen den streikenden Arbeitern zu Hilfe und dass in der UMA Mersburg mit Kinder eingesperrt waren.

Dienstverweigerungen gab es zwei von weiblichen VP-Angehorigen. Die VP-Mm. in L... von VPKA Mersburg gab am 17.6.53 abends ihren Dienstausweis ab und sagte hierzu, dass sie auf keinen Fall weiter ihren Dienst in der VP verrichtet.

In VPKA A r t e r n ausserte sich eine VP-Angehorige: "Wenn mein Urlaub zu Ende ist, komme ich nicht mehr in Uniform zum Dienst, ich will mich nicht verhasen lassen!"

Der VP-Oberw. B... Angehöriger des BS Hydrierwerke, VPKA R o s s l a u, befand sich in Urlaub, der sich dann ebenfalls der Demonstration anschloss.

Verhalten der Offiziere:

Die Genossen Offiziere waren sich ihrer Verantwortung und der Größe ihrer Aufgaben bewusst. Sie handelten pflichtbewusst, die gegebenen Anweisungen und Befehle waren klar und unmissverständlich. In dieser Bewährungsprobe zeigte sich ganz eindeutig, wer bewusst das Ehrenkleid der VP trägt, als Offizier denkt und handelt und damit stets den Untergebenen als Vorbild dient. Desweiteren stellte sich heraus, wer es nicht wert ist, Offizier der VP zu sein.

Durch das mutige und entschlossene Auftreten der Offiziere, besonders in den VPA (B) konnte durch beharrliche Überzeugungsgarbeit ein grosser Teil der Werktätigen vom Streik abgehalten und zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegt werden. (VPA (B) Mansfeld-Kombinat).

Falle von Kollisionsfähigkeit oder Panikstimmungen sind nicht aufgetreten. Ein schlechtes Verhalten in dieser Situation legte der Gen. VP-Komm. N... P-Leiter in VPKA G r e i s a i n i c h e n an den Tag. N. bekam vom Polit-Stellv. den Auftrag, als Leiter einer Einsatzgruppe zum Einsatz zu fahren. N. ausserte sich gegenüber dem Polit-Stellv.: "Fahren Sie doch selber." Nach erfolgter Durchweisung sagte N.: "Sie haben mir überhaupt keinen Befehl zu geben, ich unterstehe dem Einsatzleiter." Während dieser Diskussion war die Einsatzgruppe ohne Offizier zum Einsatz gefahren. Dieses Beispiel steht vereinzelt da und diese Meinung ist die einzige im Bezirk Halle.

Disziplinarfälle im Bezirk Halle in der Zeit vom 16.6. - 22.6.53.

In folgenden VPKA wurden keine Disziplinarstrafen ausgesprochen:

- | | |
|--------------------|-------------------------------|
| 1. Querfurt | 10. VPA (B) Buna |
| 2. Kottstedt | 11. VPA (B) Mansfeld |
| 3. Hohembölsen | 12. VPA (B) SKB Bitterfeld |
| 4. Weissenfels | 13. VPA (B) Farben Wolfen |
| 5. Gräfenhainichen | 14. VPA (D) Film Wolfen |
| 6. Artern | 15. VPA (D) Hydrierwerk Zeitz |
| 7. Borsberg | |
| 8. Naumburg | |
| 9. Zeitz | |

In nachfolgenden VPKA traten insgesamt 39 Disziplinarfälle auf:

VPKA E i s l o b e n

1. VP-Komm. VK SED	Ausstoss aus der VP	wegen Feigheit
2. Matr. T... SED	"	"
3. Matr. K SED	"	"
4. Matr. FM -	Verwarnung	"
5. Hptw. J SED	"	"
6. Hptw. U SED	"	"
7. Hptw. FM -	"	"
8. Hptw. VE -	"	"
9. Hptw. TD -	"	"
10. Hptw. ED SdD	"	"
11. Obw. K SED	"	"

VPKA K e t t e n

1. VP-Matr. BS SdD	3 Tage Arrest	unerbittliches Entfernen von der Diensta... gab seine Waffe aus Hand
2. Wmatr. BS SED	7 " "	Schlagen auf Posten
3. Wmatr. BS SdD	3 " "	Diebstahl von Domsin
4. Wmatr. BS -	5 " "	

VPKA H a l l e

1. VP-Oberw. ABV SED	7 Tage Arrest	wegen Feigheit
2. Wmatr. FM SED	3 " "	Unterschlagung

VPKA D e s s a u

1. VP-Matr. BS SED	Verwarnung	Fernbleiben v. Dienst
2. Wmatr. S FDJ	7 Tage Arrest	Trunkenheit und Entfernen vom Posten
3. Wmatr. SED	Ausstoss aus VP	Zersetzungsarbeit (Rias-Hörer)
4. Wmatr. SED	5 Tage Arrest	"

VPKA Hebra

- 1. VP-Wmstr. BS = Verwarnung Unerlaubtes Entfernen v. Dienst
- 2. Wmstr. BS SED 7 Tage Arrest Trunkenheit im Dienst

VPKA Mersburg

- 1. VP-Obw. S = Ausstoss aus VP Beteiligung an Demonstration
- 2. Wmstr. BS = " " Feigheit
- 3. Uwm. BS = " " " "

VPKA Quedlinburg

- 1. VP-Wmstr. BS - 10 Tage Arrest Verletzung d. Dienstgeheimnis
- 2. Wmstr. SV SED Verwarnung nicht Erscheinen zum Dienst

VPKA Aschersleben

- 1. VP-Iwm. BS - 7 Tage Arrest Pazifistisches Verhalten

VPKA Sangerhausen

- 1. VP-Anw. BS - 5 Tage Arrest Trunkenheit im Dienst

VPKA Bitterfeld

- 1. VP-Obw. TD = 5 Tage Arrest Trunkenheit im Dienst
- 2. VP-Fdr. Amtsleiter fristl.entpfl. wegen Feigheit

VPKA Mittenberg

- 1. VP-Wmstr. BS Verweis Vernachlässigung d. Dienstes

VPA (B) Louisa

- 1. VP-Obw. BS SED Übergabe an MFS Teilnahme an der Demonstration

Die ausgesprochenen Disziplinarstrafen werden sich noch erhöhen, da in einigen Dienststellen gegenständig die Parteileitungen ab mit dem Progen der Disziplin beschäftigen und erst heute die Disziplinarstrafen ausgesprochen werden.

Weitere disziplinarische Bestrafungen werden noch ausgesprochen in

VPKA Bitterfeld	Vorschläge der Instrukteurbrigade
VPKA Eisleben	" "
VPKA Mersburg	" "
VPKA Halle	" "
BDVP Halle	der Auswertungskommission.

In diesen Dienststellen beschäftigen sich s.Zt. noch die Parteileitungen mit dem Vorstößen gegen die Disziplin.

Dem gegenüber steht die grosse Mehrzahl der guten und vorbildlichen Dienstdurchführung.

Im VPA (B) Mansfeld erkannten 10 Genossen die grosse Gefahr eines Prod. Ausfalles, die dadurch entstanden wäre, wenn die Ofen gelöscht wurden. Diese 10 VP-Angehörigen diskutierten unermüdlich mit den Werktätigen und erreichten dadurch, dass die Arbeit weiter ausgeführt wurde. Durch gute Wachsamkeit konnte eine VP-Angehörige eine betriebsfremde Person stellen und dem MFS übergeben.

Weiterhin wurde durch eine VP-Angehörige eine in Fahndung stehende Person gestellt und festgenommen.

Weitere Beispiele ergaben sich im Bezirk in der Verteidigung ihrer Waffen, Fahrzeuge, sonstiger Einrichtungen sowie Mut und Ausdauer bei Festnahmen von Provokateuren. Der Zustand der Disziplin ist mit gut zu bezeichnen. Wenn den Disziplinarfällen der wahrhaft patriotische Einsatz und die treue Pflichterfüllung gegenübergestellt wird, so ist dieser Prozentsatz gering. Dadurch, dass sich einige Genossen entlarvt haben, wurden die Reihen der VP nicht geschwächt, sondern in ihrer Schlagkraft gestärkt.

Parteigruppenversammlungen fanden während der Einsatzzeit in 8 VPKA statt. In diesen Parteigruppenversammlungen wurde das Kommuniqué des ZK der SED, die politische Lage in der DDR und Disziplinarfälle aus der eigenen Dienststelle behandelt.

In allen VPKA wurden täglich Polit-Informationen mit den nachstehend aufgeführten Themen durchgeführt:

- Der Zusammenbruch des faschistischen Abenteuers
- Die Provokateure sind geschlagen sowie
- die augenblickliche politische Lage
- die Vorkommnisse in Berlin sowie im eigenen Dienstbereich.

Meetings wurden aus Anlass der Ermordung des "Hepaeres Rosenbergs in allen Dienststellen durchgeführt und ständige kurze Lageberichte ab 18.6.58 gegeben.

Während der Dauer des Einsatzes wurden bisher 20 Aufnahmeanträge als Kandidat in die SED gestellt.

- 9 VPKA Halle
- 4 VA Coswig
- 2 VPKA Quedlinburg
- 2 VPKA Dessau
- 1 VPKA Naumburg
- 1 VPKA Gräfenhainichen
- 1 VPA (B) Schkopau

Die Arbeit der Parteiorganisationen bzw. des Parteisekretärs und der Parteileitungen konzentrierte sich während des Einsatzes vorwiegend auf die ideologische Überzeugungsarbeit unter den VP-Angeh. Dadurch wurde erreicht, dass die Einsatzstimmung und Kampffreudigkeit und Kampfmoral nicht nachliess und die VP-Angehörigen teilweise über die Geschehnisse im Kreis und im eigenen Dienstbereich informiert waren.

Stellv. Leiter der PA
(T i n k s)
VP-Oberrat

Leiter der Polit-Abteilung
(B r o d e)
VP-Kommandeur

Abschrift eines Kontrollberichts vom 28.6.1953 (Quelle: LHASA MER, BDVP Halle, 19, Nr. 74, Bl. 229VS–233RS):

HV. Deutsche Volkspolizei
Hauptabtlg. Strafvollzug

Halle/S., den 28. Juni 1953.
Az.12.oo.19/53-6. Pei/Zie/Pa

Kontrollbericht

über die durchgeführten informatorischen Kontrollen
im Bereich der Abt.SV. der BDVP. Halle/S.

Dienstauftrag erteilt	:	VP. Insp.,
Kontrollauftrag erteilt	:	" J.,
Kontrollierender	:	VP.-Rat P.,
Kontrollort	:	Bereich der Abt.SV d. BDVP.Halle
Kontrollzeit	:	23. – 29. Juni 1953

I. Feststellung der Fehler und Mängel polizeilicher Arbeit und deren Ursachen bei Provokationen oder Angriffen gegenüber SV-Dienststellen.

A. Situation am 17. Juni 1953 in der Abt.SV. der BDVP.Halle:

Am 17. 6. 53 gegen 6.00 Uhr erfolgte die Alarmierung der VP.-Angehörigen der BDVP.Halle durch die zuständigen Reviere mit dem Hinweis, sofort die Dienststelle aufzusuchen. Trotz der erfolgten Alarmierung wurden den VP.-Angehörigen keine Gründe, die zu dieser Alarmierung führten, bekanntgegeben, sondern, wie vorgesehen, mit der marx.-leninistischen Schulung begonnen. Diese wurde gegen 9.45 Uhr beendet. Dadurch war die Abt.SV bis zu diesem Zeitpunkt unbesetzt. Danach wurden die in Halle wohnenden VP.-Angehörigen nach Hause geschickt, um sich einige persönliche Dinge für einen evtl. Einsatz zu holen. VP.-Rat Z. verblieb in der Abt.SV. und erhielt gegen 10.15 Uhr den Telefonanruf des Genossen VP.-Insp. J., der anwies, für die SV-Objekte sofort erhöhte Sicherungsmaßnahmen anzuordnen. Ein Grund hierfür wurde nicht bekanntgegeben. Unmittelbar danach erfolgte Rücksprache mit dem stellvertr. Chef Allgemein und es wurde ein Blitz-FS. an sämtliche Anstalten gerichtet, worin erhöhte Sicherungsmaßnahmen angeordnet wurden. Weiter wurde angeordnet, sämtliche Gefangenen unter Verschluss zu nehmen, sämtliche Arbeiten einzustellen und auch die Außenkommandos einzuziehen. Außerdem wurden die größeren Anstalten unmittelbar fernmündlich sofort angerufen und ihnen der Inhalt des Blitz-FS. telefonisch voraus mitgeteilt mit dem Zusatz, die VP.-Angehörigen, soweit sie dienstfrei haben oder sich in Urlaub befinden und sofort erreicht werden können, zur Dienststelle zurückzurufen und Waffen auszugeben, sowie jedem Außenstehenden das unrechtmäßige Eindringen in die Anstalt zu verwehren.

Mit dem Leiter der VA.I Halle-Kirchtor wurde telefonisch Rücksprache gehalten und dabei festgestellt, daß er eine gleichlautende Anweisung der HA.SV. bis zu diesem Zeitpunkt nicht erhalten hatte. Er erschien kurz darauf persönlich in der Abt.SV, und es wurden Einzelheiten gegen 11.50 Uhr über die Verteidigung der VA.I Halle-Kirchtor besprochen.

Bis zu diesem Zeitpunkt war hier selbst von Unruhen nichts bekannt. Dagegen kam von Bitterfeld gegen 10.35 Uhr der telefonische Anruf des VP.Komm. Alschner, Leiter des HAL.Bitterfeld, daß die Gefangenen des Arbeitskommandos in der Farbenfabrik Wolfen wegen einer dort stattfindenden Demonstration nicht mehr in das Lager zurückkönnen. Diese Begebenheit wurde dem Genossen VP.Insp. Zaspel sofort persönlich mitgeteilt.

Es wird bemerkt, daß die Leitung der Abt.SV. in den Händen von VP.Rat Z. lag, da VP.Kdr. R. schon vorher krankheitshalber abwesend war. Die Angehörigen der Abteilung SV. wurden sämtlich zum Einsatz gegen die Demonstranten von der Einsatzleitung der BDVP. zusammengefaßt und in der Stadt Halle eingesetzt. Die weiblichen VP.-Angehörigen, der Abt.SV., bis auf 2, wurden zum Füllen von Sandsäcken herangezogen. Ebenfalls wurde der Wagen der Abt.SV. beim Einsatzstab eingesetzt. Die oben erwähnten 2 weiblichen Kräfte wurden ab 17.6.53 gegen 20.00 Uhr zum Fahndungsstab abgestellt. Ein operativer Einsatz der Abt.SV. in den SV.-Objekten war daher weder am 17. noch an den Tagen bis zum 20.6.53 möglich. Die Verbindung zu den Dienststellen hielt VP.Rat Z. nur durch Fernsprecher, soweit es möglich war, aufrecht. Dabei sei bemerkt, daß einige Dienststellen wegen Leitungsstörung zeitweilig nicht erreicht werden konnten, und die übrigen wegen der auf den Leitungen liegenden Chefgespräche nur schwer und nach langer Wartezeit zu erreichen waren.

Der Gen. VP.Kdr. R. war trotz Krankheit ohne Aufforderung in den Mittagsstunden des 17.6.53 bis zum Abend des 18.6.53 in der Abteilung SV anwesend, und hat am 22.6.53 offiziell seinen Dienst in der Abteilung wieder angetreten.

Am 20.6.53 ordnete der Chef der BDVP.Halle, Gen.VP.Insp. Zaspel einen zentral gelenkten Instrukteureinsatz in den Kreisen an, in welchen es den Provokateuren möglich gewesen war, die Kreisämter und die SV-Dienststellen zeitweilig zu besetzen. Hierzu wurden für jedes der vier zu überprüfenden Kreisämter je ein VP.-Offizier der Abteilung SV zugeteilt. Die Instrukteurbrigaden bestanden aus jeweils sieben VP.-Angehörigen der einzelnen Fachabteilungen. Die Instrukteurbrigaden hatten die Aufgabe, die Ursachen für das Versagen der leitenden VP.-Offiziere in diesen Kreisämtern und anderen Dienststellen zu untersuchen.

Von diesem Tage an bis zum 27.6.53 war es trotzdem nicht möglich, Instrukteure der Abt.SV. in die SV-Objekte zu beordern.

Am 23.6.53, gegen 12.00 Uhr, suchte ich die Abteilung SV. der BDVP.Halle auf und nach kurzer Aussprache mit dem Stellvertr.PA. der BDVP.Halle, VP.Kdr. Brede, wurde der Genosse VP.Rat Z. für die Durchführung einer gemeinsamen Kontrolle im Bereich der Abt.SV. nachgeordneten Dienststellen ab 24.6.53, 8.00 Uhr, freigestellt.

B.1.) Aufgesuchte Dienststellen in der Zeit vom 24. bis 27.6.1953:

- UHA. Halle am 23. und 24. 6. 53,
VA.II Halle am 24.6.53,
- UHA. Eisleben, HAL. Volkstedt am 25. 6. 53,
- VA. Naumburg, UHA. Merseburg am 26. 6. 53,
- HAL. Bitterfeld, UHA. Bitterfeld, UHA. Roßlau am 27. 6. 53.

Die Leiter der UHA. Merseburg, UHA. Bitterfeld und HAL. Bitterfeld hatten bereits in den Morgenstunden des 17. 6. 53 selbständig Sicherungsmaßnahmen eingeleitet, als sie von den sich entwickelnden Demonstrationen in der Nähe ihrer Anstalten Kenntnis erhielten. Es wurde festgestellt, daß keine dieser Dienststellen von den VPKÄ. entsprechende Hinweise erhalten haben. Die Anweisung der BDVP.Halle ging erst geraume Zeit später ein. Die UHA.Bitterfeld hat diese Anweisung garnicht erhalten, weil durch die Provokateure das VPKA. Bitterfeld zeitweilig besetzt wurde.

- 2.) In den aufgesuchten Dienststellen wurde festgestellt, daß die von der BDVP.Halle Abt.SV fernschriftlich und von VP.Rat Z. mündlich erteilten Sofortmaßnahmen von den Dienststellenleitern realisiert worden sind. Diese zeigten sich darin, daß keine Dienststelle freiwillig aufgegeben wurde, sondern die Provokateure gezwungen waren, jedes Tor, jede Tür und jedes Gitter, durch das sie einstiegen, zu zerschlagen oder gewaltsam aufzusprengen.
Daß dieses gewaltsame Vordringen organisiert war, ist daraus zu sehen, daß in allen Fällen von den Provokateuren Vorschlaghämmer, Brechstangen und anderes Gerät mitgeführt wurde.
- 3.) Die Zusammenarbeit der Leiter der aufgesuchten Dienststellen mit den Offizieren und Wm. ihrer Dienststelle war zurzeit der Provokationen ohne Beanstandungen. Ganz besonders müssen hier die Leiter der HAL. Volkstedt und HAL. Bitterfeld hervorgehoben werden. Da der Leiter des HAL. Volkstedt, VP.OKomm. K. sich in Urlaub befand, lag die Leitung in den Händen des VP.Mstr. W. Dieser führte, als ihn am 17. 6. 53 die Absichten des Gegners bekannt geworden waren, eine kurze Dienstversammlung durch. Durch seine entschlossene Haltung begeisterte er alle Angehörigen des HAL. Volkstedt. Selbst arbeitsunfähig geschriebene VP.-Angehörige meldeten sich sofort bei ihm, um eingesetzt zu werden. In ähnlicher Form verfuhr der stellvertr. Leiter der VA.Naumburg, VP.Rat B. und der Leiter des HAL.Bitterfeld, VP.-Komm. A. Die Hinweise dieser Offiziere, daß von der Schußwaffe Gebrauch gemacht würde, löste bei allen Genossen den Willen aus, ihre Dienststellen bis zum äußersten zu verteidigen.
- 4.) Im HAL. Bitterfeld und in der VA. Naumburg fanden in Anbetracht der Situation am 17.6.53 Kurzversammlungen statt, in denen der Parteisekretär bzw. der Politstellvertreter die Gründe der Provokation aufzeigten. Auch wurden täglich Politinformationen und persönliche Aussprachen über die neuesten Tagesereignisse durchgeführt. Im HAL.Volkstedt trat weder der Parteisekretär noch die Parteileitung am 17.6.53 und 18.6.53 in Erscheinung.
In der VA.II Halle befand sich der 1. Sekretär, Genossin VP.-Hptwm. G. im Gebäude der Staatsanwaltschaft und nicht in der Anstalt. In den UHA. haben sich die Gruppenorganisatoren an der Verteidigung unmittelbar beteiligt, weil dort nur wenig VP.-Angehörige anwesend waren.
- 5.) Nachfolgend aufgeführte VP.-Angehörige haben eine vorbildliche Haltung gezeigt:
 - a) VP.Mstr. W., Stellvertr. OP des HAL.Volkstedt.
Am Tage des Einsatzes war er der Leiter der Dienststelle. Durch seine entschlossene Haltung gegenüber den Provokateuren und durch seine taktisch richtigen Anordnungen bei der Einteilung der VP.-Angehörigen und bei den Sicherheitsmaßnahmen in der näheren unübersichtlichen Umgebung des Lagers, sowie bei der Rückführung der über 200 Strafgefangenen aus den Schächten durch die demons-

trierende Menge hindurch verhinderte er einen Sturm auf das Lager. Darüber hinaus erreichte er, daß auch die Strafgefangenen innerhalb des Lagers eine vorbildliche Ordnung hielten und es zu keinerlei Meutereien oder Ausschreitungen kam. Gegenüber den vor dem Lager erschienenen Provokateurdelegationen erklärte er unzweideutig, daß keiner von ihnen lebend das Lager betreten würde.
In der am 2.5.6. 53 durchgeführten Mitgliederversammlung wurde spontan aus den Reihen der Genossen heraus der Antrag gestellt, ihn zur Beförderung zum VP.-Offizier der vorgesezten Dienststelle vorzuschlagen.
Seitens der BDVP.Abt.SV wurde bereits der Beförderungsvorschlag weitergegeben.

- b) VP.Komm. A l s c h n e r, Leiter des HAL. Bitterfeld.
Dieser hat trotz ganz geringer Besetzung (vorwiegend weibl. VP.-Angeh.), den mehrfach mit Lkw und Fahrrädern vor dem Lager erschienenen Provokateurgruppen mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß von der Schußwaffe jeder Versuch in das Lager einzudringen, abgewehrt werde. Er hat darüber hinaus taktisch so kluge und richtige Maßnahmen eingeleitet, daß alle Gefangenen von den Arbeitskommandos vollzählig zurückgeführt werden konnten, obwohl diese Gefangenen mitten durch die demonstrierende Menge hindurchgeführt werden mußten. Die Rückführung der Gefangenen aus dem EKB. gestaltete sich besonders kompliziert durch die vielen Einzelkommandos, die zum Teil nicht unmittelbar von VP.-Angehörigen sondern von Angehörigen des Werkes bewacht wurden.
- c) VP.Komm. S t o l z, kommissarisch eingesetzter Leiter der UHA. H a l l e.
Er hat die Anstalt in solch einen Zustand versetzt, daß es Provokateuren unmöglich gewesen wäre, in die Anstalt einzudringen, da der Zugang direkt von der Hauptstraße ausging und die Fenster und das Tor so verbarrackiert wurden, und zwar mit einer Schutzwehr von aufgekippten Tischen.
Die vorsprechenden Delegationen von Provokateuren wies er jedesmal mit dem Hinweis zurück, daß die UHA.Halle nur Häftlinge auf ordnungsgemäßem Wege verlassen. Auch der Drohung, daß sie mit größeren Massen kommen werden, schenkte er kein Gehör.
- d) VP.Rat B., Politstellvertr. der VA. Naumburg, (Leiter der VA.Naumburg VP.Rat Rothmeier, infolge Urlaub nicht anwesend).
Ebenfalls zu erwähnen ist die besonders gute Haltung des VP.Rat B., der am 17.6.53 in Abwesenheit des Leiters der Dienststelle die Organisation des Widerstandes planmäßig veranlaßte.
Durch seine gute politische Überzeugungsarbeit, die er dabei gleicherzeit mit leistete, war die Stimmung am 17.6.53 und den folgenden Tagen in dieser Dienststelle als besonders gut zu bezeichnen und jeder VP.-Angehörige der Dienststelle zeigte besondere Einsatzfreudigkeit durch diese Haltung.

-
- e) VP.Mstr. J., J.-Sachbearbeiter in der UHA, Roßlau.
Dieser hat, nachdem durch den Amtsleiter telefonisch mitgeteilt worden war, daß kein Schießbefehl bestehe, die in die Anstalt bereits eingebrochenen Provokateure unter Anwendung des Polizeiknüppels mehrfach über den Anstaltshof bis zum Gerichtsgebäude zurückgedrängt, und dabei selbst mehrfach Schläge davongetragen. Durch diesen seinen persönlich gezeigten Mut hat er die anderen Genossen mitgerissen, sodaß drei Angriffe abgewehrt werden konnten.
- f) Der VP.Komm. P. zurzeit stellv. Leiter der VA.II Halle zeigte in der ersten Phase der Verteidigung der Anstalt eine vorbildliche Haltung, indem er die VP.-Angehörigen zur Verteidigung anspornte und auch die Schußwaffe in Anwendung brachte, sodaß der erste Angriff abgewehrt werden konnte. In der 2. Phase dagegen unterlag er dem Einfluß des Hauptmanns der KVP. und des Leiters der Abt.S beim VPKA. Halle, die seine Anweisung, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, verurteilten und traf daher z.T. fehlerhafte Anweisungen, durch die es den Provokateuren möglich wurde, in die Anstalt einzudringen, die dann gewaltsam die Zellen öffneten.

Darüberhinaus traten eine weitere Anzahl von VP.-Angehörigen positiv in Erscheinung, die der Abt.P der BDVP.Halle inzwischen zur Belobigung und Prämierung in Vorschlag gebracht worden sind.

Negativ traten u.a. folgende VP.-Angehörige in Erscheinung:

- a) VP.Rat R., VA. Naumburg, der seinen Urlaub in Halle verlebte und nicht seine Dienststelle sofort aufsuchte, sich auch nicht bei der BDVP.Halle Abt.SV, trotz erhaltenen Hinweises, meldete. (S. Anlage).
- b) VP.Komm. C h., J-Leiter und Parteisekretär des HAL. Volkstedt.
Obwohl laut Befehl des Stellvertr. Lagerleiters alle VP.-Angehörigen Waffen empfangen hatten, mußte er erst mehrfach dazu aufgefordert werden. In den ersten Tagen des Einsatzes trat er auch als Parteisekretär nicht in Erscheinung und organisierte keinerlei Agitationseinsätze, die zur weiteren Hebung der Kampfmoral der VP.-Angehörigen dienen konnten.
- c) Genossin VP.Wm. O., VA.II Halle. Aufsichtsdienst.
Diese ließ sich von einem weibl. Häftling nach dem Angriff Zivilkleidung geben und verließ die Anstalt am 17.6.53, ohne sich abzumelden und begab sich nach Bernburg. Hier meldete sie sich krank. Sie wurde bereits aus dem Dienst der VP. entpflichtet.
- d) VP.Hptwm. H. und VP.Obwm. T., HAL. Volkstedt verließen in den Abendstunden des 17.6.53 die Dienststelle ohne Erlaubnis. Sie wurden mit Arrest bestraft.

Weitere wesentliche negative Beispiele in den aufgesuchten Dienststellen sind nicht bekanntgeworden.

- 6.) Die Zusammenarbeit mit den VP.Revieren und den VPKA. war in allen Fällen mangelhaft. Das äußerte sich darin, daß die SV-Dienststellen weder durch die Revierleiter noch durch die OP-Stäbe über den Umfang und den Stand der Provokationen unterrichtet und auf die gemeinsam zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen hingewiesen wurden. Die VPKÄ. leisteten am 17.6.53 keine oder nur geringe Hilfe. Z.B. entsandte das VPKA. Halle nach mehreren Telefonanrufen des VP.Rat Ziemann eine Gruppe von VP.-Angehörigen zur VA.II Halle, als diese bereits von großen Menschenmassen umstellt war. Diese VP.-Angehörigen trafen zu spät ein, um Hilfe leisten zu können und waren außerdem unbewaffnet.
Der zur Unterstützung der VA.II Halle eingesetzte Zug KVP. hatte zwar Waffen, jedoch keine Munition.
Der Abteilungsleiter S des VPKA. Halle, VP. Komm. St. vertrat außerdem die Auffassung, es sei richtig, mit den Provokateuren zu diskutieren, um sie zum Auseinandergehen zu bewegen. Dem Anstaltsleiter machte er Vorwürfe, daß er bereits den ersten Ansturm unter Anwendung der Schußwaffe abgewehrt hatte, weil er die Meinung vertrat, die Massen dadurch nur zu reizen.
Die zur Unterstützung der UHA. Roßlau entsandte Gruppe traf ein, als die Anstalt bereits von den Provokateuren besetzt war. Ein VP.Komm. des VPKA. Dessau (Name unbekannt) war mit einer Gruppe VP.-Angehöriger zur Unterstützung der UHA. Roßlau eingesetzt. Dieser VP.Komm. beteiligte sich nicht an der Verteidigung der Anstalt sondern blieb während der körperlichen Auseinandersetzungen im Zimmer des Anstaltsleiters sitzen. Der von der Wachinheit Wolfen zur Unterstützung des HAL. Bitterfeld eingesetzte Zug wurde ohne Waffen in Marsch gesetzt.
Seitens des VPKA. Merseburg wurden zur Unterstützung der Anstalt lediglich zwei VP.-Angehörige eingesetzt, die, gemessen an der Anzahl der Demonstranten, völlig unzureichend waren.
Das VPKA. Eisleben unterstützte die UHA. trotz mehrmaliger Hilferufe weder am 17.6.53 noch an den nachfolgenden Tagen durch zusätzliche Kräfte.
Die Staatsanwaltschaft hat sich meist so verhalten, daß sie versuchte zu verhandeln und gab den Massen die Zusicherung, es werden weitere Entlassungen vorgenommen.
In den Fällen, wo die Anstalten überfallen worden waren, aber auch in den anderen Dienststellen waren es letzten Endes immer unsere sowjetischen Freunde, die die endgültige Ruhe und Ordnung herstellten.
- 7.) In keinem Falle konnten irgendwelche positiven Maßnahmen der Parteiorganisationen wahrgenommen werden.
- 8a) Nur in einem Falle wurde eine entscheidende Hilfe geleistet durch den Einsatz einer Kompanie von KVP. bei der Räumung des Anstaltsgeländes der VA.II Halle, aber erst nachdem der erste Zug der KVP. zum Teil entwaffnet worden war. Die übrigen Anstalten erhielten die entscheidende Hilfe durchweg von unseren sowjetischen Freunden.
- 8b) Der Politstellvertreter des HAL. Volkstedt organisierte persönlich den Selbstschutz der örtlichen Parteiorganisation, weil diese von sich aus keine diesbezüglichen Schritte unternommen hatte. Aus diesem Grunde wurden täglich ab 21.00 Uhr VP.-Angehörige
-

des HAL. Volkstedt zusammen mit Genossen des Dorfes zum Streifendienst innerhalb von Volkstedt eingesetzt.

Der Leiter der VA. Coswig, VP. ORat Budach, organisierte von sich aus den Einsatz auch für das Stadtgebiet Coswig. Er bildete dieserhalb eine Einsatzleitung, bestehend aus entscheidenden Genossen der Dienststelle, der Ortsparteiorganisation, dem Abschnittsbevollmächtigten und Vertretern der Stadtverwaltung. Sie organisierten gemeinsam die Abwehr gegen feindliche Provokationen und es gelang ihnen, eine sich bildende Demonstration zu zerschlagen und zwar in der Nacht zum 17. zum 18.6.53. Einige dabei erkannte Rädelsführer konnten dabei festgenommen werden und es wurde somit eine Ausweitung des Streiks verhindert.

Nähere Einzelheiten werden durch die BDVP. Halle Abt. SV noch ermittelt.

- 9.) Durchweg war die Stimmung, die Disziplin und Haltung der U.-Häftlinge sowie der einsitzenden Strafgefangenen in Anbetracht der Situation als vorbildlich zu bezeichnen. Aufwiegler im HAL. Volkstedt wurden durch die Gefangenen selber zur Ruhe gebracht.
Im HAL. Bitterfeld sowie beim Arbeitskommando der VA. Naumburg nahmen die Strafgefangenen die sie bewachenden VP.-Angehörigen in ihre Mitte und verteidigten sie sogar gegen persönliche Angriffe, sodaß dieselben sogar im Besitz ihrer Waffen blieben.
- 10.) Meuterei oder Ausbruchsversuche sind nicht festgestellt worden.
- 11.) Wie bereits oben geschildert.
- 12.) Insgesamt wurden 464 Häftlinge am 17.6.53 durch Einflüsse von außen gewaltsam befreit.
- 13.) Durch Selbststellung kehrten 110 Häftlinge zurück, durch Ergreifung 331, 23 stehen noch zur Fahndung.
- 14.) Die durch Provokateure befreiten Häftlinge, die freiwillig zurückkehrten, sind gleich unmittelbar durch die Anstalt dem zuständigen Staatsanwalt zur Entlassung gemeldet worden, da diese sowieso unter den Ministerratsbeschlüssen fielen. Ein Teil der Staatsanwaltschaften sind selber zerstört worden und die Akten vernichtet bzw. beiseite geschafft worden, sodaß zunächst keine Übersicht über alle zur Entlassung anstehenden Gefangenen bestand und sich einzelne Staatsanwälte bei der BDVP. Ref. Strafvollstreckung die Unterlagen beschaffen mußten.
- 15.) Zum größten Teil wurden die Anordnungen der Regierung verwirklicht, zum Teil sind sie noch dabei.
- 16.) Die Anweisung der HA. SV., die Dienststellen mit eigenen Mitteln behelfsmäßig instand zu setzen, bzw. sie mit Häftlingen wieder zu besetzen, erfolgte sofort. Desgleichen erfolgte durch den Leiter der Abt. Int. der BDVP. Halle die Anweisung, die Dienststellen in baulicher Hinsicht, soweit instand zu setzen, daß sie dem Stand vor dem 17.6.53 entsprechen. Auch dieses wurde durch die Leiter der Abt. Int. der VPKA. sofort in Angriff genommen. Alle Dienststellen hatten bereits Kostenanschläge eingereicht und Handwerker hatten mit Instandsetzungsarbeiten begonnen.

Die VA. II Halle wurde durch den Leiter der VA. I Halle, auf Anregung der Abt. SV. wesentlich durch Gestellung eines Arbeitskommandos, Material und Werkzeug unmittelbar nach der Zerstörung der Anstalt unterstützt, sodaß hier die Instandsetzungsarbeiten flüssig vorangehen, ohne wesentliche Ausgaben.

In der UHA. Eisleben brachten sogar die Häftlinge bei ihrer Wiederstellung bzw. in einem Falle bei der Wiederfestnahme Werkzeuge mit, weil sie die Auffassung vertraten, es sei notwendig, daß sie die Anstalt wieder instandsetzen.

Bis zum 1. 7. 53 sind, bis auf die UHA. Eisleben, sämtliche Dienststellen wieder soweit hergestellt, daß sie voll aufnahmefähig sind.

- 17.) Die Pläne, die sich die Dienststellenleiter gestellt haben, sind unterschiedlich, obwohl konkrete Aufgabenstellungen für die nächste Zeit in diesen Plänen enthalten sind. Es wird notwendig sein, daß die Abt. SV der BDVP. Halle aus der Analyse der gesamten Vorkommnisse entsprechende Aufgabenstellungen erarbeitet und den Dienststellen zuleitet.
In allen aufgesuchten Dienststellen erfolgte die Überprüfung der Kampfbereitschaft sowie der Maßnahmen, die der erhöhten Sicherheit dienen.
Aufgrund der Erfahrungen wurde ein weit schärferer Maßstab als bisher angelegt und die Kritik an fehlerhafter oder schlechter Arbeit nicht zurückgehalten. Die Genossen Offiziere und Wachtmeister brachten besonders in bezug auf die Sicherheitsmaßnahmen sehr viel positive Vorschläge, von denen ein Teil sofort verwirklicht werden konnte.
- 18.) In folgenden Dienststellen wurden Dienstversammlungen durchgeführt:
 - a) VA. II Halle
 - b) UHA. Bitterfeld
Anstaltsleiterbesprechung unter Hinzuziehung des Parteisekretärs wurde durchgeführt in:
 - a) UHA. Halle
 - b) VA. Naumburg.
Mitgliederversammlungen wurden durchgeführt in:
 - a) VA. II Halle,
 - b) HAL. Volkstedt,
 - c) „ Bitterfeld,
 - d) UHA. Roßlau.

An diesen Besprechungen bzw. Versammlungen nahmen die Instruktoren VP. Rat P. und VP. Rat Z. teil und ergriffen das Wort zu einigen grundsätzlichen Ausführungen. Insbesondere wurden die positiven und negativen Beispiele der jeweiligen Dienststelle, aber auch der anderen SV-Dienststellen ausgewertet.

Am 26. 6. 53 fand in der BDVP. Halle eine Amtsleitertagung statt, an der gleichzeitig die Leiter der 7 größten Objekte teilnahmen. Der Leiter der Abt. SV, Gen. VP. Kdr. R. betonte hierbei ausdrücklich die Wichtigkeit der SV-Dienststellen und deren Verteidigung gegen Provokateure.

Bei allen Zusammenkünften wurde auf die enge Verbindung der Genossen aus den Anstalten mit den übrigen Organen der Staatsmacht, der Partei, den Massenorganisationen und dem übrigen Teil der Bevölkerung hingewiesen. Für die weitere Steigerung der revolutionären Wachsamkeit, die Organisierung einer Luftbeobachtung, weitere Vervollkommnung des Brandschutzes und der intensiven Waffenpflege wurden konkrete Hinweise gegeben. Insbesondere wurden die Lehren, die unsere sowjetischen Freunde in den Tagen der gemeinsamen Arbeit den Dienststellen auf dem Gebiete der Politschulung und Politinformation sowie Waffenpflege gegeben hatten, ausgewertet, damit sie in allen SV-Dienststellen Allgemeingut werden.

19.) Die vorbildlich aufgetretenen U.- und Strafgefangenen sind anweisungsgemäß bereits der HA.SV. namentlich gemeldet worden.

II. Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit:

In den entscheidenden Stunden und Tagen waren weder der Leiter der Abt.SV noch dessen unmittelbare Mitarbeiter in der Lage, infolge anderweitigen Einsatzes den nachgeordneten SV-Dienststellen persönliche Anleitung zu geben. Durch die Abstellung aller Kräfte des Referates Strafvollstreckung zum operativen Einsatz war es nicht möglich, daß die Staatsanwälte die Unterlagen für die Bearbeitung der Entlassungsverfügungen gemäß des Ministerratsbeschlusses sofort und laufend erhielten, sodaß sich einige Verzögerungen ergaben. Dagegen war die Unterstützung durch die Einsatzleitung der BDVP.Halle bei der Zustellung der eingehenden Entlassungsverfügungen einwandfrei. Es wurden bei Bedarf sofort Sonderkuriere zur Verfügung gestellt. Bei fast allen aufgesuchten Dienststellen kam zum Ausdruck, daß die Polit- und Fachschulung, aber insbesondere die Waffenausbildung völlig unzureichend ist und nicht genügend durch die Abt.SV der BDVP.Halle angeleitet wird, weil die VP.-Angehörigen der Abt.SV am gleichen Tage Schulung durchführen.

Es ist notwendig, daß die VP.-Angehörigen der größeren Dienststellen schnellstmöglich in den Formen der geöffneten Ordnung ausgebildet werden, damit sie in der Lage sind, Provokateurgruppen oder Häftlingszusammenballungen zu zerstreuen und die Ordnung in kürzester Zeit wieder herzustellen.

Ferner ist notwendig, in der Fachschulung den konkreten Bedingungen der UHA., Va. und HAL., die jeweils unterschiedlich sind, mehr Rechnung zu tragen und daß Fachschulungsmaterial nicht wie bisher nur auf die StVA. 1 bis 8 zugeschnitten herausgegeben wird.

Die Sicherungsmaßnahmen in der bisherigen Form werden in allen überprüften Dienststellen als ungenügend angesehen. Der Waffenbestand ist zu erweitern, sodaß jeder VP.-Angehörige eine Waffe erhält, für deren Pflege er verantwortlich ist und mit der er die Schießübungen durchführt, um das Vertrauen zu seiner Waffe für den Ernstfall zu erhalten.

Weiter ist notwendig, auch den Munitionsbestand durch eine bestimmte Reserve, die nur im Verteidigungsfalle angegriffen wird, zu erweitern.

Damit steht im Zusammenhang die Schaffung von Möglichkeiten zur sicheren Unterbringung dieser Waffen. Die Sicherung der Vollzugsgeschäftsstellen stellt sich in den überfallenen Dienststellen als zu schwach heraus. Es macht sich erforderlich, gerade

die Aktenablage der Vollzugsgeschäftsstellen besonders durch feuer- und einbruchssichere Schränke usw. zu sichern.

Außerdem müssen aufgrund der Erfahrungen besonders Schwerpunktsicherungen geschaffen werden, wie z.B. Möglichkeiten, in den UHA. insbesondere, die Lage hinreichend zu überblicken und Schußfeld zu erhalten, was unter den jetzigen Bedingungen und der Art der Anbringung der Vergitterungen nur in unzureichendem Maße möglich ist.

Als hemmend im Nahkampf hat sich für die VP.-Angehörigen der Binder herausgestellt. In verschiedenen Fällen benutzten die Provokateure den Binder, um die VP.-Angehörigen zu würgen oder sie sogar daran aufzuhängen.

(Z i e m a n n)
VP.-Rat

(P e i s e r)
VP.Rat

. . . Anlagen . . . Blatt
nur im Original beigeheftet.

Verteiler:

1 x 1 a
1 x stellv. OP
1 x „ PA.
1 x Chef der BDVP.Halle
1 x Leiter der Abt.SV. der BDVP.Halle
1 x Kontrollabt.

4. Die Einstellung des Kreistages von Naumburg zu den Juniereignissen

Protokoll Nr. 9

Über die außerordentliche Kreistagsitzung am 25. Juni 1953

Beginn: 10.00 Uhr
Ende: 13.15 Uhr

Es waren anwesend: 32 Kreistagsabgeordnete
entschuldigt fehlten: 8 Kreistagsabgeordnete
unentschuldigt fehlten: 2 Kreistagsabgeordnete

Anwesend waren: 47 Bürgermeister
unentschuldigt fehlten: Cauerwits, Gerschen, Holligekreis, Seiselitz, Taugwitz, Uttenbach, Wischroda.

Weiterhin nahmen an dieser außerordentlichen Kreistagsitzung sämtliche Abteilungsleiter des Rates des Kreises teil.

Die Vorsitzende des Rates des Kreises Kolla. Mertens eröffnete die außerordentliche Kreistagsitzung.

Kolla. Mertens führte aus, daß es notwendig sei, auf die vergangenen Tage Rückschau zu halten und die Lehren und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Wir haben nicht das erreicht, was wir wollten. Wir besitzen Staatsfunktionäre, die ihr Letztes für die Arbeiter hergeben. Der Staat ist darauf bedacht, der Menschheit das Beste zu bringen. Wenn unsere Regierung davon spricht, daß sie Fehler gemacht hat, so hat sie nicht etwa den Fehler gemacht, weil sie ein Feind des Volkes ist, sondern weil sie das Beste wollte. Unsere Regierung hatte im Auge, so schnell wie möglich den Sozialismus zu erringen. Wir haben eine Entwicklungstufe übersprungen, dabei haben wir vor allen Dingen nicht verstanden, die persönlichen Wünsche der Menschen mit dem Tempo des Aufbaues in Einklang zu bringen. Wir müssen von der Sowjetunion noch recht viel lernen. In unserer Entwicklung haben wir einige Punkte überschrieben, durch die das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert wurde. Das Tempo unserer Entwicklung war zu rasch, die Bevölkerung hat uns in vielen Fällen nicht mehr verstanden. Wie konnte der Streik und die Unruhe in Berlin ausbrechen? Angefangen hat es in der Stalinallee. Der Lohn war verkürzt von 9,-- DM auf 7,50 DM. Man hat nicht mit der Auswirkung gerechnet. Unsere Arbeiter haben die Lohnherabsetzung nicht verstanden, weil niemand mit ihnen darüber diskutiert hat. Die Provokationen setzten ein, hervorgerufen durch die Machenschaften der amerikanischen Monopolisten. Sie wollten unseren Aufbau sabotieren. Die Streiks und Arbeitsniederlegungen trugen zuerst wirtschaftlichen Charakter. Durch die Mitwirkung der westlichen Provokateure arbeitete sie jedoch zu politischen Streiks aus. Es war nicht nur in Berlin so, auch in Halle verlangten die Arbeiter von der Regierung eine Herabsetzung der Lohn. Man hat auch hier nicht damit gerechnet, daß die Auseinandersetzungen sich zu politischen Streiks auswirken würden. Nur so war es möglich nicht nur nach Berlin, sondern in alle anderen Städte, die Klage des Aufruhrs hineinzugetragen. Die Arbeiter von Land haben z.B. gute Beispiele an den Tag gelegt. Sie haben frühzeitig erkannt, daß von jetzt an Streik gegen die Deutsche Demokratische Republik geführt wurde. Es ging um den Schutz unserer Heimat. Wir wollen daran denken, was gekommen wäre, wenn unsere sowjetischen Freunde uns nicht geholfen hätten.

Protokoll Nr. 9 über die außerordentliche Kreistagsitzung am 25. Juni 1953
(Quelle: Burgenlandkreis, Kreisarchiv)

Die westlichen Imperialisten hätten versucht, gegen unsere befreundeten Nachbarstaaten Aggressionen herbeizuführen, die in einem neuen Krieg enden mußten. Wie gefährlich ist die Spaltung Deutschlands. Es muß deshalb Hauptaufgabe unserer politischen Funktionäre sein, mit der Bevölkerung die Einheit Deutschlands herbeizuführen, damit wir weiter im Frieden arbeiten können. Es ist uns heute klar geworden, daß es im Anfang um die Normen ging und durch die Herbeiführung der politischen Streiks um Krieg oder Frieden ging. Wir haben in dieser Beziehung einen Sieg davon getragen. Es wird nun darauf ankommen, daß das verlorengegangene Vertrauen wieder hergestellt wird. Wir haben im Moment die Ruhe durch militärische Gewalt geschaffen. Wir müssen unsere Bevölkerung davon überzeugen, daß unsere Regierung immer das Beste im Auge hatte. Deshalb wird es Aufgabe von uns allen sein, auf Grund des Kommuniqué der Regierung zu arbeiten. Wir müssen mit der Bevölkerung diskutieren und die Wünsche derselben respektieren. Wir müssen die Anträge seitens der Bevölkerung so unbürokratisch wie möglich behandeln, z.B. die Fragen der Landwirtschaft. Wir haben schon viele Anträge auf Rückgabe der bauerlichen Wirtschaften bekommen. In den nächsten Tagen werden die ersten Wirtschaften zurückgegeben.

Zu den Fragen der Lebensmittelkarten. Es sind große Karten vorgekommen, so daß die Bevölkerung sehr unzufrieden mit den Maßnahmen der Regierung war. Ein Teil der Bevölkerung bekam keine Lebensmittelkarten mehr und konnte im NO aber auch nicht erhalten, was sie brauchten. In besonderen Härtefällen haben wir schon einen Ausgleich geschaffen. Ab 1. 7. erhalten wieder alle Lebensmittelkarten. Kinder, die von der Schule verwiesen worden sind, können zur Oberschule wieder zurück, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Wir werden in der Diskussion Stellung zu allen Fragen nehmen. Gerade die Bürgermeister müssen aufklärend auf dem Lande wirken. Der Bürgermeister und der Kreistagsabgeordnete müssen uns ein klares Bild geben von den Zuständen, sowie der wahren Meinung der Bevölkerung. Es sind bisher falsche Berichte gegeben worden. Wir können versprechen, daß in der Zukunft anders wird. Dann wird es der Bevölkerung möglich sein, ihre Schlussfolgerungen zu ziehen und es wird vieles gebessert werden. Ich glaube wir können sagen, daß wir das Vertrauen zu unserer Regierung nicht verloren haben. Das gibt es bei einem kapitalistischen Staat nicht, sie kommen nur durch militärische Gewalt zum Ziel.

In der Diskussion sagte der Koll. Zimmer, daß der Vorschlag der Kolla. Mertens richtig ist. Ich bin der Meinung, daß man eine Analyse ziehen und auch in kritischen Situationen Stellung nehmen muß. Wie weit haben unsere Funktionäre das innere Vertrauen zu unserer Regierung gehabt? Ich sage dies deshalb, weil bei meiner Patengemeinde Massenhausen der Kreistagsabgeordnete Iffland veranlaßt hat, daß die Kollegen vom Lande in Naumburg demonstrieren sollten. Ich bitte, daß er mal Stellung dazu nimmt. Er zeigt hiermit, daß er nicht zu unserer Regierung gestanden hat.

Koll. Iffland sagte, daß er am Mittwoch gehört habe, daß die Bauern nach Naumburg zur Demonstration wollten. Wenn ich mit beteiligte gewesen wäre, wäre ich nicht hier. Ich bin zu einem Bauern hingegangen, als ich wußte, daß er nach Naumburg wollte und habe gesagt, wenn die Bauern Forderungen haben sollten, so sollten sie ein Delegation von 5 Kollegen nach Naumburg entsenden. Ich ging nach Hause und hörte dort, daß jemand nachgefragt hätte und ich sollte an der Demonstration mit teilnehmen. Ich bin nach Punschrau gegangen und habe gesagt, daß es keinen Zweck habe, nach Naumburg zu fahren. Sie holten sich nur blutige Köpfe und die Landwirtschaft steht allein da.

Kolla. Mertens: Wie konnten Sie diskutieren, wenn ihr nach Naumburg fährt, holt ihr euch blutige Köpfe? Das ist falsch. Es wäre gut gewesen, wenn Sie uns Bescheid gesagt hätten, wie waren hinaus gekommen

und hätten mit den Bauern diskutiert. Sie hätten uns verstanden und wir wären auf eine gemeinsame Basis gekommen. Mit einem Aufruf oder einer Demonstration kann man die Dinge nicht klären.

Koll. Iffland: Ich habe nicht überlegt, was daraus entstehen konnte. Erst als ich hörte, dass in Naumburg der Ansehenszustand verhängt worden ist, das habe ich gesagt, ihr sollt euch blutige Köpfe.

Koll. Repp: Eine Diskussion von einem Kreistagsabgeordneten stelle ich mir anders vor, als der Kollege Iffland diskutiert hat. Als Kreistagsabgeordneter ist Koll. Iffland unmöglich. Kollegin Albrecht von der Schokoladenfabrik sagte, daß der Kollege Iffland ihr erzählt hat, daß er an der Demonstration teilgenommen hat und geflüchtet ist, als die Polizei gekommen ist.

Koll. Kautz: Wer hat die Demonstration organisiert?

Koll. Iffland: Koll. Bornschein war der Mann der organisiert hat.

Koll. Kautz: Es ist die Pflicht eines Kreistagsabgeordneten, im entscheidenden Augenblick richtig zu entscheiden zu können. Es muß in der Lage sein, richtig zu diskutieren und auf die Wünsche der Bevölkerung einzugehen. Ich bin mit der Einstellung des Kreistagsabgeordneten nicht einverstanden.

Koll. Hopfstock: Das was unsere Kreistagsabgeordnete gesagt hat, läßt eine klare Linie erkennen. Koll. Iffland hatte Interesse daran, daß die Demonstration durchgeführt wurde. Ich weiß, daß der Kreistagsabgeordnete Iffland Telefon hat. Er hat es nur benutzt, wenn es zu seinen Interessen führt. Weshalb hat der Kreistagsabgeordnete Iffland die Vorsitzende nicht verständigt? Er ist am Donnerstag nach Pannschrau gefahren, das gibt zu denken. Deshalb stelle ich den Antrag den Kreistagsabgeordneten Iffland aus dem Kreistag zu entfernen.

Der Ausschluß wurde einstimmig abgekommen und somit der Beweis erbracht daß der Koll. Iffland nicht mehr das Vertrauen besitzt.

Koll. Iffland verließ die Sitzung.

Koll. Bürgermeister von Massenhausen stellte fest, daß der Koll. Iffland im Dorf herumgelaufen ist und wahrscheinlich organisiert hat. Ich hatte mich schon gewundert, daß der Koll. Iffland nicht verständigt hat. Er hat nur nach den Lebensmittelkarten gefragt, da er keine bekommen hatte.

Koll. Mertens: Ich bin froh, daß es zu dieser Klärung gekommen ist. die Situation hat Gutes und Schlechtes gebracht. Erst dann, wenn die Situation schwer ist, sehen wir was wir für Menschen in unseren Reihen haben. Kollege Iffland ist einer von denen, denen wir keine Träne nachweinen brauchen.

Koll. Fürtze: Wir haben an dem Koll. Iffland gesehen, was eintreten kann. In weiterer Diskussion führte Kollege Fürtze aus, daß er sogleich nach dem 17. Juni ohne Anleitung seinen Kollegen in der Schulungskommune hat, das wir vor allen Dingen Vertrauen zu unserer Regierung haben sollen.

Koll. Schikowski: Seit 1945 haben die werktätigen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik unter Einsatz aller Kräfte den Schulhaufen, den uns Hitler hinterlassen hat beseitigt. Diese große Leistung konnte nur vollbracht werden, weil wir Vertrauen zu unserer Regierung hatten. Das große Problem "Frieden" bedeutet für die Kapitalisten das Ende. Sie haben alles versucht, unsere Aufwärtsentwicklung zu unterbinden. Es ist ein grundsätzlicher Fehler ge-

nacht worden. Die großen Leistungen einer ökonomischen Epoche zu überspringen. Das war gefährlich und das änderte der Gegner aus. Ich bin Augenzeuge gewesen! Die berechtigten Forderungen der Arbeiter wurden durch die Verordnung vom 11. 6. 1953 anerkannt. Es war kein Anlaß mehr zum streiken. Man muß diese Menschen gesprochen haben, dann konnte man erkennen, wer Arbeiter und wer Provokateur war. Wir haben versucht mit den Menschen zu diskutieren. Wir wurden von dem Mob geschlagen und an die Wand gedrückt. Das waren dieselben Gesichter, die wir 1952, 1953 vor uns hatten. Das waren die Mörder von gestern und sind die Mörder von morgen. Niemand von diesen werden wir zum Ribbenverleihen bewegen können. Das soll uns veranlassen, mehr wie bisher Wachsamkeit zu üben. Wir stehen als Funktionäre genau wie vorher zum Besten der Arbeiter und Bauern. Wie stehen dafür, daß die Ernährung gesichert ist.

Koll. Mertens: Es ist wichtig die Fragen der Landwirtschaft zu klären. Als das Kommuniqué von unserer Regierung erlassen wurde, entstanden in unseren Gemeinden ein Durcheinander und eine Unruhe. Hinzu kamen die Großbauern mit ihren Forderungen, ihre Felder wieder zurück zu erhalten. Es wurde diskutiert, daß die ihre Felder in 14 Tagen wieder zurück haben. Einige unserer Genossenschaftsbauern wollten ihre Arbeit niederlegen. Daraufhin haben wir uns zusammengesetzt und sind zu dem Entschluß gekommen, die Lage der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu besprechen. Unsere Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften haben nicht bewährt. Sie hängen an der genossenschaftlichen Arbeit. Wir sind dabei, den Wünschen dieser Bauern, die aus der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft austreten wollen, Rechnung zu tragen. In Wethau sind 70 % der Bauern ausgetreten. Jeder ist auf sein Feld gegangen und es hat sich keiner um den anderen gekümmert. Durch unsere Entwicklung müssen die anderen überzeugt werden, daß wir recht hatten. Ein schwieriger Punkt ist die Vorbereitung der Ernte. Die letzten Ereignisse haben uns in unserer Arbeit gehindert, d.h. es wurde die Arbeit nicht so vorangetrieben wie es hätte sein müssen. In erster Linie steht die Beendigung der Hackarbeit vor uns. Wir haben die Verwaltung eingespannt, so daß wir es nicht mehr verantworten können. Wir müssen versuchen, nochmals an unsere Betriebe heranzutreten, um zu helfen. Die Vorbereitung des Bruchplatzes ist nicht so befriedigend wie wir es gedacht hatten. Durch die neue Verordnung sind die Bürgermeister unsicher geworden. Die neuesten Verordnungen der Regierung sind so, daß die Rückstände von 1951 und 1952 gestundet werden.

Koll. Feix: Es besteht dadurch eine große Gefahr. Die Bauern werden wegen Singsperren können sie uns nicht mehr und sie werden nachlässig werden.

Koll. Mertens: Wenn die Regierung Anordnungen herausgibt, so sind sie gut durchdacht. Wenn wir jetzt die Rückstände verlangen, dann rechnen wir mit unrealen Zahlen. Die Bauern waren nicht mehr in der Lage ihren Verpflichtungen nachzukommen. Auf Grund des Kredites der den Bauern gegeben wird, können sie ihren Hof neu aufbauen.

Koll. Bürgermeister von Badelitz: Er sagt, daß vorgestern die MTS auf dem Feld war, um Haps zu bauen. Die Maschine ging kaputt. Der Schmeid lehnte es ab, die Maschine zu reparieren, weil er vom vorigen Jahr noch 57. — DM zu bekommen hatte. Wir waren gezwungen nach Naumburg zu fahren, um die Maschine schweißen zu lassen. Als sie wieder anfliegen zu arbeiten, verloren sie einen Holzst. in 8 1/2 Stunden wurden 2 Morgen Haps gebauen.

Koll. Bassin: Die Diskussion wurde bisher nicht mit den richtigen Voraussetzungen geführt. Wir müssen den Weg beschreiten, mit den Bauern zu sprechen, daß sie die Notwendigkeit erkennen und nicht lüderlich werden. Der Bauer hat jetzt eine Erleichterung. Wir müssen sie darauf aufmerksam machen, alles zu tun, um die Ernährung zu sichern.

Koll. Leickert: Ich möchte anknüpfen an den ersten Teil der Diskussion, die sich auf die Situation in Rehansen und Massenhausen erstreckt. Unsere Meinung ist noch nicht so durchschlagen und es ergibt sich für uns gleichzeitig die Aufgabe, wie wir in Zukunft zu verfahren haben.

- 1. Die Fragen der gemeinschaftlichen Arbeit, die noch nicht genügend Fuß gefaßt hat.
- 2. Die Frage der planmäßigen Arbeit
- 3. Die Frage der Unterstützung und der Realisierung der Aufgaben hinsichtlich der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die noch nicht die notwendigen Aufgaben erhalten haben.

Wir müssen unser Augenmerk darauf richten, daß keine Rückstände mehr entstehen. Es kommt darauf an, Kreisabgeordnete und Bürgermeister für die planmäßige Arbeit und Kontrolle zu popularisieren. Dazu bedürfen wir die Durchführung der Erntearbeiten. Wir müssen überall darauf achten, daß besonders in dieser Jahr der Plan erfüllt wird. Wir müssen jetzt aufpassen, wie die Ablieferung der Milch und die Ablieferung der Eier vor sich geht. Wir müssen diese Frage in Zusammenhang mit unserer politischen Arbeit sehen. Je mehr wir Eier auf den Markt bringen, umso mehr wird die Fleischversorgung gesichert. In Massenhausen haben wir festgestellt, daß die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft gefestigt ist. Die ökonomische Basis ist schwach, da die Arbeitseinheiten zu niedrig werden. Wir haben etwas anderes festgestellt, daß die reaktionären Elemente sich mehr und mehr isolieren, daß es Leute gibt, wo eine gute landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ist, die sich den wiederkommenden Großbauern zu Verfügung stellen und dessen Arbeit machen. Wenn wir aus der Stadt 600 - 800 Personen einsetzen und im Dorf nicht eine Hand vorhanden ist, die mithilft, dann ist das falsch. Wir hätten das Hilfenverhältnis geschafft, wenn das Letztere günstiger gewesen wäre. Gestern konnten 300 Menschen nicht eingesetzt werden und heute 500. Bei der Ernte können wir uns das nicht leisten.

Koll. Kautz: Ich bin der Meinung, daß die Verordnung unserer Regierung durchaus richtig ist. Die zurückliegenden Tage haben uns klar gezeigt, daß verschiedene Arbeiter nicht mehr einverstanden waren. Vorher haben die Arbeiter verlangt, daß die Großbauern ausziehen und jetzt stehen sie z.T. auf der Seite der Großbauern. Jetzt können sie unter Beschränkung stellen, wie ihre Ablieferung gestätigt wird.

Koll. Bassin: Wir haben heute eine Panne erlebt mit dem Einsatz der Jugendlichen. Wenn dem Rat des Kreises 80 gestellt werden und es dann mit den Autos nicht klappt, so können wir nicht arbeiten. Es muß im Dorf bekannt sein, ob wir am nächsten Tage arbeiten können oder nicht.

Koll. Abrecht: sagte, wir haben unsere Belegschaftsmitglieder soweit gebracht, daß sie mit Begeisterung daran geben. 20 Belegschaftsmitglieder waren von morgens 7 Uhr bis abends 19 Uhr eingesetzt. Unsere Kollegen erzählten, daß die Genossen von der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft nur herumgebart und mit Schmutzklappen geworfen haben. Zum Beispiel Genosse Römer. Die Kollegen von der Schokoladenfabrik hatten dadurch keine Lust zu Arbeiten.

Koll. Förster: Die Kollegen fingen um 1/2 3 Uhr an, wann ist den gesamten Feldbestand. Um 1/2 4 Uhr haben sich 80 % an den Wegrand gesetzt und nicht mehr gearbeitet.

Koll. Mertens: Es ist klar, daß bei dem Großenteils viele Fehler und Schwächen aufgetreten sind. Es ist eine sehr schwere Aufgabe 500 - 600 Menschen hinzuzuschaffen und daß die Wagenplanung auch in Ordnung geht. Und wenn das so weiter geht, dann müssen wir in 8 Tagen die Ernte umbrechen. In diesem Jahr wird die Erfassung nicht so einfach sein. Wir wollen uns nicht den Vorwurf machen lassen, daß wir etwas versäumt haben.

Koll. Lorenz: Durch das Kommuniqué des Polit-Büros des ZK der SED an die Vorkommung unserer Regierung der Deutschen Demokratischen Republik können jetzt bereits Maßnahmen getroffen werden, welche für die Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte eine wesentliche Hilfe bei der Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht bedeuten. In einzelnen werden daher folgende Maßnahmen festgelegt.

Sierablieferung durch Gewerbe und Handwerksbetriebe usw.
Alle Gewerbe- und Handwerksbetriebe, welche im Jahr 1953 mit der Ablieferung von 400 Eiern veranlagt wurden, und nur eine geringe

Anzahl von Eiern im Besitz haben, werden von der Pflichtablieferung befreit. Es besteht zur Zeit für die Bürgermeister die Aufgabe, durch die Veranlagung entstandenen Härten festzustellen, diese Fälle genau zu überprüfen und der Abteilung Erfassung und Verkauf darüber Bericht zu erstatten. Als Richtzahl ist hier eine Zahl von 5 Eiern anzunehmen. Betriebe, welche mehrere Eiern haben aber über eine starke Familie verfügen, sind ebenfalls auf die Erfüllbarkeit ihrer Veranlagungsmenge an Eiern zu überprüfen und über festgestellte Härten ebenfalls der Abt. Erfassung und Verkauf Bericht zu geben.

Gemüserückstände aus dem Jahre 1952

Die Abdeckung der Gemüserückstände aus dem Jahre 1952 kann nur noch bis 30. 6. 1953 erfolgen.

Diese Abdeckung kann bis zum genannten Termin jedoch nur auf freiwilliger Basis erfolgen.

Allen Erzeugern, welche ihre Gemüserückstände aus dem Jahre 1952 in natura nicht mehr abdecken können, werden die Rückstände gestrichen. Die zur Streichung kommenden Mengen sind der Abt. Erfassung und Verkauf unter wesentlicher Benennung der Erzeuger bis zum 10. 7. 1953 zu berichten.

Trotz dieser Begünstigung können die Erzeuger, welche noch Rückstände abzudecken haben, auf Grund der zu erwartenden Gemüseschwenne ihr Gemüse an den WRAB außer ihrer Sollablieferung 1953 zur Ablieferung bringen. Letzter Termin ist jedoch 30. 6. 1953.

Rückstände von Zuckerrüben aus dem Jahre 1952

Allen Erzeugern, bei denen nachgewiesen werden kann, daß sie ohne eigenes Verschulden einen Rückstand in Zuckerrüben zu verzeichnen haben, werden diese Rückstände gestrichen. In allen Fällen wo jedoch festgestellt wurde, daß das Zuckerrübensoll besetzt nicht abgedeckt wurde, muß das dafür veranlagte Joll an Schweinefleisch gebracht werden.

Die Vertragsberichtigungen haben bis zum 15. 7. 1953 durch den Rat des Kreises zu erfolgen. Die Bürgermeister werden angewiesen, bis zum 12. 7. 1953 der Abt. Erfassung und Verkauf Vorschläge über die Vollberichtigungen unter wesentlicher Aufstellung der Erzeuger und die jeweiligen Mengen, sowie die nachveranlagte Schweinecollenmenge anstelle von nichtgelieferten Zuckerrüben anzugeben.

Rückstände von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen aus dem Jahre 1952

Die Abdeckung der Rückstände der landwirtschaftlichen Betriebe in pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen ruht für das Jahr 1953 damit eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der Betriebe erfolgen kann. Die vorhandenen Rückstände werden gestundet, müssen jedoch in den Jahren 54 und 55 mit abgedeckt werden.

Aufkauf von Gemüse durch Erwerbsgärtner

Ab sofort können alle Erwerbsgärtner, welche ihr monatliches Gemüse soll erfüllen, das mehrerzeugte Gemüse am Hof bzw. auf dem Bauernmarkt verkaufen. Die Bürgermeister werden angewiesen, genaue Kontrolle bei den Erwerbsgärtnern durchzuführen.

Schlachtgenehmigungen

Um die ~~Ver~~ Versorgung der Landarbeiter mit Fleisch für die kommende Ernte zu sichern, ist bei der Erteilung von Schlachtgenehmigungen großzügig zu verfahren. Dementsprechende Anträge sind mit einer Stellungnahme des Bürgermeisters der Abt. Erfassung und Aufkauf einzureichen.

Koll. Wimmer: Wir haben Schwierigkeiten mit der Bierablieferung. Die Auktuaer kaufen die Bier auf dem Lande auf, ohne sich zu überzeugen, ob das Soll bereits erfüllt ist.

Koll. Mertens: Die Kollegen werden bestraft, die eine Arbeitsweise an den Tag legen, die unseren Bestimmungen zuwiderlaufen. Wir ist so ein Fall noch nicht bekannt. Die Arbeitsweise der VEBs war nicht immer so, wie sie hätte sein sollen. Wir liegen unter dem gesetzlichen Erfüllungstand, den wir bringen müssen. Wir liegen immer noch anteilmäßig 2 % unter dem Soll.

Koll. Keck: Es erweckt den Anschein, als ob im Kreis Naumburg nur kleine Bier gelegt werden. Wir haben im Kreis Naumburg 92.000 kleine Bier im jetzigen Bestand, was kein normaler Zustand ist. Der Kreis Naumburg hat einen Rekord an kleinen Bieren.

Koll. Kautz: Wir können unseren Arbeitern nicht zumuten, daß sie auf die Karte weniger bekommen, als ihnen zusteht.

Koll. Hopfstock: Auf Beschluß unserer Regierung wird eine wesentliche Erleichterung in Bezug auf Interzonenpässe und Aufenthaltsgenehmigungen ~~gewährt~~. Aufenthaltsgenehmigungen erteilt der Rat des Kreises für Bürger aus Westdeutschland, die sich hier aufhalten wollen. Die Anträge selbst sind am 11. 6. 1953 eingegangen, sie haben einen derartigen Umfang genommen, daß eine sofortige Bearbeitung nicht vorgenommen werden kann. Ich bitte deshalb die Bevölkerung aufzuklären, vorerst nur in äußerst dringenden Fällen einen Antrag zu stellen. Bei Todesfällen wird die Aufenthaltsgenehmigung sofort gegen Bezahlung von 1.-- DM ausgestellt. Die Anträge auf Erteilung von Interzonenpässen wird grundsätzlich beim Bürgermeister abgegeben. Sie werden gesammelt, mit einer Liste in dreifacher Anfertigung beim Rat des Kreises vorgelegt. Es ist notwendig, daß 1.-- DM beigelegt wird. Die Regierung hat beschlossen die Anträge weitgehendst zu berücksichtigen.

Zu den Sprechtagen unserer Abgeordneten:

Die Org. instr. Abteilung hat unsere Abgeordneten bereits benachrichtigt. Bisher sind nur 15 Abgeordnete erschienen. Für diese Ab-

geordneten konnten nun die neuen Sprechstunden festgelegt werden. Es ergibt sich die Notwendigkeit, daß der Rat des Kreises die Kreis-tagesabgeordneten tatkräftig unterstützt.

Koll. Schikowski: Die heutige Diskussion hat gezeigt, daß wir einmal vergessen haben die ideologische Schulung. Ich spreche von der staatspolitischen Schulung. In den Städten geht es in den Gemeinden liegt es brach. So könnt ihr eure Arbeit nicht richtig ausführen, ihr müßt die Arbeit in der staatspolitischen Schulung aufnehmen.

Koll. Pirchau: In meinen vorletzten und gestrigen Sprechtagen mußte ich feststellen, daß in Bad Kösen keine gute Stimmung herrscht. In Bad Kösen wird viel an Patienten vermietet. Man ist dazu übergegangen den alleinstehenden Rentnern das Zimmer noch abzuhacken, was sie nun nicht mehr vermieten können. Wenn eine große Wohnung dadurch gewonnen werden kann, dann bin ich dafür. Ich möchte bitten, daß man Rücksicht nimmt auf die soziale Lage der Rentner.

Koll. Mertens: Wir haben festgestellt, daß sich in letzter Zeit sehr viel beschwert haben. Im Moment soll Abstand genommen werden. Man kann es nur mit dem Einverständnis der Bevölkerung, wenn wir den Wohnraum ändern müssen.

Gen. Ulbrich: Eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsfunktionäre ist, mit den Massen zu reden und eine klare politische Linie durchzuführen. Die Politik, die seit der 2. Parteikonferenz durchgeführt wurde, war vollkommen falsch. Die neue Linie, die Linie mit den werktätigen Menschen und der Bauernschaft soll angefangen werden. Deshalb sind folgende Punkte zu bewältigen.

Es ist notwendig, mit den werktätigen Menschen zu arbeiten und das Bündnis der Arbeiterklasse zu festigen und daß die Funktionäre die Bindung mit den werktätigen Bauern herstellen, d.h. das Wirms um 180 Grad drehen. Alle Funktionäre des Staatsapparates werden eingesetzt, mit den Menschen zu diskutieren und über die Lage zu sprechen. Eine der wichtigsten Fragen ist, die Politik auf dem Land zu verändern dort wo der Großbauer nicht im Stande war, sein Soll zu erfüllen, haben wir gesagt, du mußt es bringen.

Betrachtet in dieser Situation folgendes: Wir sind bemüht in der Deutschen Demokratischen zu erreichen, daß in den Schaufenster mehr steht als in Westdeutschland, aber unsere Arbeiter auch das Geld haben, um zu kaufen. Einem Großbauer haben wir alle Arbeitskräfte abgezogen, weil sie in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ein wesentlich besseres Leben haben. Er ist aber nicht in der Lage 100 oder 200 Morgen zu bestellen. Wir schaffen uns Feinde in der Deutschen Demokratischen Republik und wollen die Einheit Deutschlands. In einem geeinten Deutschland ist ein besseres Leben.

Die Leute es zu diesem schandhaften 17. 6. 1953 kommen; Die Provokationen die die Auslösung des 3. Weltkrieges sein sollten, waren von langer Hand vorbereitet. Der Gegner hat jetzt den Schlag geführt und ist auf Grund der Wachsamkeit der Funktionäre des Staatsapparates verechlagen worden. Wer waren diese Provokateure in Berlin, Halle und in unseren Kreis Naumburg. In Berlin, waren es amerikanische Spione, SS-Jedites in amerikanischer Uniform unter den Demonstranten in Halle waren es Besatzter, die die Bauernarbeiter und Leiharbeiter aufstehen. Auch ich habe Schuld, daß die Wünsche der Bevölkerung nicht richtig beachtet wurden. Ich erinnere daran, als ein Teil der Bevölkerung keine Lebensmittelkarten sehr bekam, versuchten wir es den Leuten klar zu machen. Wir müssen die gesamte Bauernschaft für unsere Interessen heranziehen. Wir werden in unseren Versammlungen dazu übergehen, offen und klar die Meinung zu sagen. Es herrscht eine besondere Stimmung über die Brotfrage. Der Rat des Kreises wird nachsehen festlegen, das das neue Mischbrot abgeschafft wird. Alle Brote sind noch den alten Preisen und alten Qualitäten zu machen.

Die Großbauern, die nichts gemacht haben und aus Westdeutschland wieder-



5. Ein historischer Tag aus persönlicher Sicht

5.1. Die Arbeiter der Industriezentren marschieren

Joachim Fiedler

Ludwigshafen, 12. Mai 2002

Ich bin wie immer an dem Tag von Naumburg nach Leuna zur Arbeit mit der Bahn gefahren. Bin dann in meine Werkstatt. Ich war in der Siedlungswerkstatt, die außerhalb des Werkes lag. Hier war ich als Elektro-Monteur beschäftigt. Mein Arbeitsplatz war zur Zeit die Berufsschule vom Werk, da hatte ich Installationsarbeiten zu verrichten. Gegen 10 Uhr kam der Hausmeister Herr Uhnold zu mir und sagte, am Bau 24 Haupteingang vom Werk, ist eine Kundgebung, es soll jeder hinkommen. Da habe ich mich auf den Weg gemacht, hier stand der Lautsprecherwagen vom Werk und sehr viel Menschen.

Vom Werk Süd kamen die Arbeiter mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und Gesang anmarschiert. Es wurden allerhand Forderungen an die Regierung Ulbricht und an die Werksleitung gestellt. Der alte Werksdirektor Dr. Eckard wurde von den Arbeitern auf den Schultern von seiner Wohnung ins Werk

getragen. Der neue politische Direktor war schon verschwunden. Auf einmal wurde von einem Arbeiter in das Mikrofon gerufen: „Das Werk muss abgestellt werden.“ Das war für mich der Augenblick um einzugreifen. Ich bin an das Mikrofon und habe die Menge mit den Worten beruhigt: „Das Werk kann man nicht ganz abstellen, sondern nur auf halbe Kraft fahren, sonst geht unser Arbeitsplatz in die Luft.“ Das wurde verstanden.

Dann habe ich folgende Forderungen gestellt:

1. Freilassung aller politischen Häftlinge
2. Ein einiges Deutschland
3. Mehr Lebensmittel
4. Mehr Rente
5. Entfernung der politischen Spitzel in den Werkstätten
6. Herunter mit den Arbeitsnormen

Die Arbeiter hatten verstanden. Jetzt musste ich die Menge von aufgebrachten Arbeitern noch wegbringen, sonst wäre wahrscheinlich ein Unglück geschehen. Da hörte ich, dass die Arbeiter von Buna nach Merseburg zogen. Ich habe sofort geschaltet und die Menge, das waren nicht bloß Arbeiter, sondern auch Anwohner von Leuna, zu einem Marsch nach Merseburg organisiert, um sich mit den Arbeitern von Buna zur Kundgebung zu treffen.

Von jeden Betrieb wurde ein Mann in den großen Saal im Bau 24 berufen. Jetzt wurde die Streikleitung gewählt.

Das waren folgende Werksangehörige:

- Günter Rux, Elektriker,
- Joachim Fiedler, Elektriker,
- Otto Rohrbacher, Klempner,
- Richard Kaufmann, Schlossermeister,
- Josef Pucek, Kesselschweißer,
- Hans Tippmann, Angestellter.



Als das alles geschehen war, wurde später mit dem russischen Werksdirektor eine Besprechung angesetzt. Bei der Besprechung mit dem technischen Direktor Dr. Wirth und dem russischen Direktor war ich dabei. Wir wurden gefragt, was wir wollten. Da die russische Besatzung im Manöver war, hatten wir freien Rücken. Wir haben gesagt, dass die Normen zu hoch sind und die politischen Aufpasser aus den Betrieben müssen. Bessere Lebensbedingungen. Von der russischen Besatzung wollen wir nichts, sondern von unserer Regierung. Er hat uns versprochen, etwas zu tun.

Nun war es Nachmittag geworden und die Arbeiter kamen von der Kundgebung von Merseburg zurück. Nun wurde gefragt: Wie geht es weiter? Wir halten unsere Forderungen aufrecht. Es sind in der Nacht einige Arbeiter dageblieben, um den Funktionären nicht den Platz zu überlassen.

Da die Eisenbahn nicht mitgestreikt hatte, kam am 18. Juni früh, als wir weiter verhandeln wollten, die russische Besatzung aus dem Manöver mit Panzer und Fußtruppen ins Werk. Ein Offizier fragte aus dem Panzer heraus, auf gut deutsch: „Was macht ihr hier?“ Wir haben das alles erklärt, und er sagte: „Gut macht weiter, war bei uns in Rußland schon drei Mal.“ Aber dann kamen die Russen mit MP und Panzer und haben uns an die Arbeit getrieben. Einige Leute sind noch in der Nacht über Berlin in den Westen geflüchtet. Ich selbst habe meine Arbeit wieder aufgenommen. Es folgten nun Tage für mich mit dem Gedanken, was wird noch kommen. Auf einmal wurde der Justizminister Fechner abgesetzt und inhaftiert. Dann kam die „rote Hilde“ (Benjamin) und hat uns alle überwachen lassen. Ich habe gemerkt, dass immer dieselbe Person auf meinen Arbeitsweg mit war. Später habe ich es erkannt – die Person war bei der Verhaftung dabei.

Meine Verhaftung erfolgte am 1.9.1953., um sechs Uhr früh in Naumburg, als ich zur Arbeit fahren wollte. Mit vier PKW war meine Straße von allen Seiten besetzt und von jeder Seite kamen zwei Mann auf mich zu. Sie fragten nach meinen Namen und sagten: „Sie sind verhaftet.“ – Wie einen Verbrecher hat man mich in einen PKW geschoben. Dann hat man mich nach Merseburg gebracht. Ich wurde noch nachts vernommen und am anderen Tag nach Halle in den Roten Ochsen gebracht, in Einzelhaft. Nun folgten Vernehmungen – Tag und Nacht, zu jeder Stunde wurde ich aus der Zelle geholt. Da wurde alles aufgerollt, was wir gemacht hatten. Man fragte uns auch immer wieder, wer aus dem Westen dahinter stecke, nach Namen wurde gefragt, aber da kannte ich keine, da die Leute alle aus dem Werk zusammen gestellt waren, so dass wir früher keine Verbindung hatten. Dann hat man mir zur Last gelegt, dass ich 1952 mit meiner Frau in Westberlin war. Schon hatte man einen Grund, mich mit der VOS und den freiheitlichen Juristen zusammenzubringen.

In der Zelle ein Stahlbett mit Strohsack, ein Kübel für die Notdurft, ein Schemel, ein Klapp Tisch. Tagsüber durfte man nicht auf das Bett. Essen durch die Türklappe. Wenn man Mittags zur Vernehmung musste – ein bis zwei Stunden, das war die Regel – war das Essen kalt und nicht mehr zu genießen. Dann kam der Prozess. Wir wurden in einen Gefangenenwagen mit Einzelzellen ins Gericht transportiert. Hier wurde ein Schauprozess mit Öffentlichkeit durchgeführt. Hier haben wir unsere Angehörigen das erste Mal wieder gesehen, sowie alle anderen Angeklagten.

Wir waren angeklagt auf Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der DDR in Verbindung mit KRD 38, Abschn. II, Art. 3.

„Der Strafsenat des Bezirksgerichts Halle/S. in der Sitzung 29., 30., 31. Dez. 1953, an der teilgenommen haben: Oberrichter am Bezirksgericht Kretschmar als Vorsitzender, Margarete Beer, Kaderleiterin Halle/Saale, Kurt Kunert, Streckenmeister Halle/Saale, Staatsanwalt Jürgens als Vertreter des Bezirks-

Joachim Fiedler aus der Siedlungswerkstätte

aktiver Nazi bis 1945 und Obergesellschaftsführer der faschistischen Hitlerjugend. Von 1945 bis 1950 wurde er wegen seiner verbrecherischen Tätigkeit als aktiver Nazi interniert. Er war mit dem bekannten Haupträdelführer Schorn in einem Internierungslager zusammen. Am 17. Juni 1953 gehörte er zum sogenannten Streikkomitee. Er posaunte die faschistischen Forderungen nach der Stilllegung der Produktion und der Beseitigung der Gewerkschaft durch den Lautsprecher, und forderte die



Freilassung von Staatsfeinden und solcher Verbrecher gegen die Menschlichkeit, wie die ehemalige SS-Kommandeuse Dorn.

Quelle: Leuna Echo vom 2.9.1953

staatsanwaltes, Justizangestellter R. als Protokollführer, hat für Recht erkannt:

Der Angeklagte
 Günther Rux 5 Jahre Zuchthausstrafe,
 Joachim Fiedler 3 Jahre,
 Richard Kaufmann 5 Jahre,
 Josef Pucek 3 Jahre,
 Hans Tippmann 2 Jahre und 6 Monate,
 Otto Rohrbach 1 Jahr
 mit Sühnemaßnahme für 5 Jahre.
 Die Kosten tragen die Angeklagten.“

Nach der Verurteilung kam ich zurück in den „Roten Ochsen“ – erst in eine Einzelzelle, dann ein paar Tage später kam ich in eine Zelle, die mit vier Mann belegt war. Diese Männer hatten an der Kleidung rote Ringe – es waren zum Tode verurteilte, zum Teil Mörder. Ich brauche nicht zu sagen, was in mir vorging, aber es hat mir keiner etwas getan, als sie erfuhren, warum ich verurteilt worden war.

Nach drei Wochen wurde ich aus der Zelle geholt und in einen anderen Block verlegt. Da kein Elektriker da war, wurde ich den Halleschen Kleiderwerken zugeteilt und musste Reparaturen und neue Installationen verrichten, an den Bändern der Schneiderei. Da habe ich ein paar Mark verdient, davon wurden die Kosten und Sozialversicherung abgezogen. Dann habe ich auch den ersten Besuch von meiner Frau erhalten. Hier habe ich erfahren, was man noch alles gemacht hatte – Haus- und Wohnungsdurchsuchung. Dabei hatte man einen Karton Unterwäsche (neu), eine Briefmarkensammlung und eine Münzsammlung (Weimarer Republik, „Drittes Reich“ und Kaiserreich), den Führerschein (LKW, PKW) sowie sämtliche Sportabzeichen beschlagnahmt. Man hat gesagt, das sei nicht mehr zeitgemäß. Ohne Quittung.

Ein Artikel im „Leuna-Echo“ ging auf uns los; wir seien die Agenten Adenauers: „Leunaarbeiter schlägt den Klassenfeind. Hinweg mit den Provokateuren des Tages X. Sie haben in unserem Werk nichts zu suchen. Die Entfernung der Agenten und Provokateure sichert unsere friedliche Aufbauarbeit zur Verwirklichung der deutschen Einheit.“ Also wir waren die Staatsfeinde Nr. 1.

1954 wurden die Männer alle verlegt, und es blieben nur noch 30–40 Männer als Handwerker da. Der „Rote Ochse“ wurde zum Frauengefängnis. Wir Handwerker kamen in Block C, in einen kleinen Teil, der abgeschlagen war. Wir waren dann zu fünf Mann auf der Zelle. Ich wurde dann – da ich als einziger Elektriker für die Schneiderei da war – auch nachts aus der Zelle geholt, um Reparaturen an den Bändern in der Schneiderei durchzuführen. Und das immer

Ihr Anliegen war ein Beitrag zur Schaffung von mehr Freiheit und Menschenwürde

Vor drei Monaten beging unser Unternehmen sein 75jähriges Jubiläum.

Bei den Darstellungen aus diesem Anlaß zeigte sich im besonderen Maße, wie wechselhaft das Schicksal des Unternehmens in dieser Zeit gewesen ist und welche schwierige Periode die Zeit nach dem letzten Weltkrieg war.

Ein wesentliches Datum aus dieser Nachkriegszeit war auch der 17. Juni 1953. Nicht wenige Menschen, die damals auf die Straße gingen und sich für Freiheit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, Erhalt des Arbeitsplatzes und Menschenwürde einsetzten, wurden als Verbrecher und Provokateure bezeichnet. Sie hatten sich als langjährige Mitglieder der Gewerkschaft und gewählte Vertrauensmänner im Betrieb für die Rechte der Arbeiter und Gewerkschaften eingesetzt.

So ging es ihnen am 17. Juni 1953 um die Rücknahme der Normerhöhung sowie um die Entfernung der Spitzel aus den Betrieben und

um mehr Lebensmittel für die Bevölkerung.

Auch das „Leuna-Echo“ mußte damals über die Geschehnisse am 17. Juni 1953 berichten und unsere damaligen Belegschaftsmitglieder

**Oskar Fechner
 Joachim Fiedler*)
 Hans Tippmann*)
 Alfred Balasus
 Horst Schuricht
 Paul Uhlig
 Josef Pucek
 Wilhelm Kaufmann
 Otto Rohrbach**

als Provokateure, Agenten und Volksfeinde darstellen.

Wir können heute die Anliegen dieser Mitarbeiter wieder anders bewerten, nämlich als einen Beitrag zur Schaffung von mehr Freiheit und Menschenwürde.

Wir wünschen, daß sie auch ihre strafrechtliche Rehabilitierung noch erfahren werden.

*) Im Sonderdruck des „Leuna-Echo“ vom 2. September 1953 fälschlicherweise als „Richard“ Tippmann ausgewiesen.

Quelle: Leuna Echo vom 30.8.1991

mit einem Wachtmeister. Wegen des 17. Juni wurde ich ab und zu von einigen Wachleuten angepöbelt – ich habe nie etwas dazu gesagt.

Am 31.8.1956 wurde ich entlassen – ich musste meine Strafe voll absitzen, andere haben Strafnachlass bekommen, wahrscheinlich weil sie sich mit dem Personal gut verstanden haben. Mein Urteil hatte man mir abgenommen und auch bei der Entlassung verweigert. Als ich wieder nach Naumburg kam, habe ich mich gleich wieder um Arbeit bemüht. Die Leuna-Werke haben mich abgelehnt, die Halleschen Kleiderwerke haben auch abgelehnt, andere Versuche waren ebenso zwecklos. Dann musste ich mich bei der Stasi in Naumburg zweimal in der Woche zur Vernehmung melden. Das war zuviel für mich – keine Arbeit und überwacht. So habe ich mit meiner Familie am 7. Oktober 1956 die DDR verlassen, mit Glück und Hilfe von Freunden – dem Hausarzt und einem Tierarzt aus Ostberlin.

Nachdem ich mir nach der Wende meine Stasiakte und mein Urteil besorgt hatte, stellte ich fest, dass ich auch Überwachung von Post und Telefon hatte. Es wurde jeder Brief geöffnet.

In der Bundesrepublik bin ich gut aufgenommen worden; nur die kleineren Behörden machten Schwierigkeiten. Dann später, nach einem Jahr, hatte ich voll Fuß gefasst. Nur eines wurde bis jetzt von keiner Regierung eingelöst: Volle Befriedigung der politischen Häftlinge.

Jetzt bin ich 85 Jahre und hoffe, dass von Seiten der Regierung noch etwas geschieht. Versprochen war es, aber dabei ist es geblieben. Man hat nur immer große Veranstaltungen für die Öffentlichkeit gemacht, aber ohne uns mal dabei zu haben. Das ist sehr schlecht – Versprechen kann man viel, man sollte es aber auch halten.

Das war der 17. Juni 1953, der für die Freiheit war, aber sehr schlecht geendet hat.

Walter Fuckert

Der Bericht wurde bereits publiziert in: Fuckert, Walter, „Der 17. Juni 1953 in den Leunawerken. Mit einer Darstellung der Ereignisse an diesem Tage“, Projekte Verlag, Halle 1996, S. 12ff.

Die Arbeiter und Angestellten in meinem Arbeitsbereich, den Koksgasfabriken Me 1 und Me 240 und der Gaszentrale Me 380, erschienen wie immer pünktlich und vollzählig zur Arbeit. Nicht anwesend waren nur die Urlauber und die Kranken. Die meisten waren über die Ereignisse des Vortags in Berlin und über den dort ausgerufenen Generalstreik für den 17. Juni 1953 auf die ver-

schiedenste Art, aber hauptsächlich durch den Berliner Rundfunk, unterrichtet und warteten nun voller Spannung darauf, wie die Kreisleitung der Leuna-Werke und die Werksleitung darauf reagieren würden. Wie täglich üblich, begann ich meinen Rundgang zur Kontrolle des Fortgangs der Instandhaltungsarbeiten bei den Reparaturbrigaden in Me 1 und anschließend in Me 240. Es wurde überall wie an den Tagen zuvor gearbeitet. Ich konnte auch sehen, dass die Produktionsarbeiter vollzählig an ihren Plätzen waren. Gegen 9.00 Uhr, zum Frühstück, kam erstmals in den Aufenthaltsräumen Unruhe auf. Kollegen, die in der Hauptwerkstatt Bau Me 15 zu tun hatten, berichteten, dass zu den angesetzten Beratungen über die Normerhöhungen der Arbeitsdirektor Halt nicht erschienen war. Nach dem Frühstück zogen daraufhin viele Arbeiter aus Me 15 zum Bau Me 24, dem Verwaltungsgebäude und Sitz der Direktionen. Sie versammelten sich auf der Ostseite und forderten in Sprechchören das Erscheinen des Arbeitsdirektors Halt. Der Zug der Arbeiter aus Me 15 nach Me 24 sprach sich wie der Blitz in allen Betrieben herum, und gegen 10.00 Uhr war der Platz mit etwa 8.000 bis 10.000 Demonstranten angefüllt. Da sich auch von der Kreisleitung der SED niemand zeigte (es hieß später, sie hätten sich im Keller des Lehrkombinates verbarrikadiert), wurden die Forderungen der Sprechchöre massiver. Sie riefen jetzt „Zurücknahme der Normenerhöhung“, „Senkung der HO-Preise“ und, immer hitziger, „Absetzung aller Gewerkschaftsfunktionäre“, „Absetzung der Parteifunktionäre“. Gegen 10.30 Uhr stimmten dann die Anwesenden das Deutschlandlied an. Es war fast im ganzen Ort Leuna zu hören. Gegen 11.30 Uhr kam unser AGL-Leiter Dathe und berichtete mir folgendes: „Auf Beschluss von 20.000 vor Me 24 versammelten Leunarbeitern sind ab sofort alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre ihrer Posten enthoben. Um 13.00 Uhr soll von der Betriebswerkstatt Niederdruck eine Abordnung von drei Mann die Forderungen der Arbeiter in Me 24, Zimmer 231 vorbringen.“ Zu diesem Zwecke wurde für 12.30 Uhr eine Versammlung im Aufenthaltsraum Bau Me 224 einberufen. Da OI Sommer auf Dienstreise und sein Vertreter DI Zeigner nicht auffindbar war, habe ich diese Versammlung geleitet. Es war sehr schwierig, die Kollegen nach den Vorgängen am Vormittag so ruhig zu halten, dass eine halbwegs sachliche Diskussion zustande kam. Nach meiner Aufforderung, Vorschläge für geeignete Kollegen zu machen, wurden vorgeschlagen und anschließend gewählt:

Koll. Toost	Me 29 (eine Gegenstimme)
Koll. Fassian	Me 137 (einstimmig)
Koll. Wendt	Me 38 (einstimmig)
Koll. Uhlig	Me 38 (einstimmig) /Kaufmann/.



10.00 Uhr: Mitarbeiter sammeln sich vor Bau 24. Im Hintergrund über dem Portal der von den Demonstranten veränderte Schriftzug: „Wir wollen die Freiheit“. (Quelle: Stadtarchiv Leuna)



11.00 Uhr: VP hat Kontrolle am Haupttor eingestellt. (Quelle: Stadtarchiv Leuna)



12.00 Uhr: Der Marsch nach Merseburg beginnt. (Quelle: Stadtarchiv Leuna)



16.00 Uhr: Die ersten Russenpanzer treffen auf dem Haupttorplatz ein. (Quelle: Stadtarchiv Leuna)

Anschließend wurde diskutiert, welche Forderungen von diesen Kollegen in Me 24 vorzubringen sind. Hier wurde es wieder sehr turbulent, aber es kristallisierten sich folgende neun Forderungen heraus:

- 1) Alle Spitzel, bezahlte und unbezahlte sind sofort zu beseitigen
- 2) Keine Abführung der Gewerkschaftsbeiträge mehr an die jetzigen Stellen
- 3) Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen
- 4) Rücktritt der gesamten Regierung
- 5) Bessere Bezahlung für kaufmännische Angestellte
- 6) Ablösung der jetzigen TAN-Bearbeiter
- 7) Wiedereinführung der bezahlten Frühstückspause
- 8) Neuregelung der Bezahlung der Lohngruppen 1 bis 4
- 9) Regelung über Schwerarbeit von Frauen.

Die Versammlung war um 13.25 Uhr beendet. Die Namen der vier Gewählten als Vertreter der Betriebswerkstatt Niederdruck wurden von mir um 13.30 Uhr dem Büro des Technischen Direktors Dr. Wirth durchgegeben. Daraufhin bat Herr Schwale, die gewählten Vertreter sofort nach Me 24 zu beordern. Kurz vor Schluss der Versammlung kamen noch zwei Vertreter aus Me 137, die bei vorlaufenden Verhandlungen der Demonstranten bei Me 24 teilgenommen hatten. Sie erklärten folgendes: Die sowjetische Generaldirektion hat zugesagt:

- 1) Die Normerhöhung von 10 % wird sofort beseitigt
- 2) Wegen der Frühstückspause erfolgen noch Zusagen. Über die Stellung unserer Regierung können sie nicht bestimmen.

Als ich gegen 13.45 Uhr zum Mittagessen meine Wohnung in der Haberstraße 51 aufsuchte, hatten die Posten am Werkseingang ihre Dienstjacken abgelegt und kontrollierten nicht mehr. Vor dem Klubhauseingang lagen viele weggeworfene SED-Parteiabzeichen („Rötchen“). Meine Frau hatte zu Hause von all den Vorgängen im Werk nichts mitbekommen und fragte mich, wer da so laut das Deutschlandlied gesungen hätte, und warum. Gegen 14.30 Uhr war ich wieder im Werk und machte meine zweite Kontrollrunde. Die zu meinem Betrieb gehörenden Brigaden fand ich vollzählig wieder an ihren Arbeitsplätzen, wo sie auch bis zum Feierabend tätig waren. Auch die Gaserzeugungsanlagen produzierten wie immer, wie ich sehen konnte. Um sicher zu gehen, dass sich kein Unberufener nach Feierabend in meinem Bereich zu schaffen macht, blieb ich bis gegen 19.00 Uhr dort. Da alles ruhig blieb, ging ich anschließend wieder in meine Wohnung.

Rudolf Werner

Bericht von Rudolf Werner, von 1990 bis 1996 erster demokratisch gewählter Bürgermeister der Gemeinde Schkopau, für die Ortschronik Schkopau verfasst.

Die Ereignisse an und um diesen Tag herum wurden je nach politischer Einstellung und je nach dem damaligen Wohnsitz in der DDR sehr unterschiedlich bewertet. Darüber soll hier nicht befunden werden. Der Chronist erlaubt sich, seine persönlichen Erlebnisse als Schkopauer zu diesem Tage aufzuzeichnen und dem Leser anzubieten.

Ich arbeitete zu dieser Zeit als Brigadier in einem anwendungstechnischen Laboratorium im Bunawerk. Es gab in unserer Abteilung auffällige Unterschiede im Entlohnungssystem. Wir Prämienlohnempfänger hatten Arbeitsleistungsvorgaben, die einheitlich bei einem festgelegten Prämienatz lagen. Dieser war kaum veränderlich, doch ziemlich niedrig. Anders war das bei unseren Kollegen/innen in Prüfstellen oder Technika, die im Leistungslohn arbeiteten, wo also eine Arbeitsnorm vorgegeben war, die überboten werden konnte. Diese Möglichkeit wurde ausgenutzt und man erhielt gegenüber dem Prämienlohn deutlich höhere Lohnanteile. Da es schon immer Diskussionen über diese Lohnformen gab und manche Schichtarbeiter sehr zu ihrem Vorteil das System nutzten, wollte man „Überprüfungen“ vornehmen. Man setzte deshalb vermehrt Normierer ein, die die Leistungslohnnormen kontrollieren und unter Umständen drücken sollten. Das ergab verständlicher Weise Unmut bei den Spitzenverdienern. Normerhöhungen erhielten die entsprechenden Kritiken. Überhaupt war man mit den allgemeinen Lebensbedingungen, die sich in der DDR hinsichtlich der Versorgung kaum weiterentwickelt hatten, unzufrieden, da man im Vergleich das Wirtschaftswunderland Westdeutschland vor Augen hatte. Dagegen offen aufzubegehren, wäre trotzdem niemandem eingefallen. Um so überraschender waren die nun folgenden Ereignisse.

Ich war von einer Bekannten am 16. Juni 1953 zu ihrem Abiturabschlussball, der in B 13 stattfand, eingeladen. Die dafür üblichen Ansprachen vom Schulleiter und FDJ-Sekretär waren passé und man gab sich dem Tanzvergnügen und den bescheidenen Erfrischungen hin.

Gegen 21.00 Uhr wurde es auffällig, dass man an einigen Tischen mehr diskutierte als sich am Tanz beteiligte. Von den Mädchen wurde festgestellt, dass als besonders fortschrittlich bekannte Pauker viel mit sich bildenden Gesprächsgruppen sehr freundschaftlich sprachen. Dann erfuhr man, dass in Berlin Bauarbeiter, die mit ihren Arbeitsbedingungen unzufrieden waren, ihre Arbeit niedergelegt hatten (das Wort Streik war uns noch unbekannt).

Auf diese Weise verlief der Abschlussball nicht ganz so, wie man es gewollt hatte und war vielleicht auch etwas kürzer als üblich.

Am nächsten Morgen begann die Arbeit mit dem üblichen Einstechen der Stechkarte. Im Labor wurden die Ereignisse schon diskutiert. Wir bemerkten mehr Bewegung auf den Werkstraßen als sonst um diese Tageszeit.

Kollegen/innen aus anderen Bereichen kamen auf Kurzbesuch. Die übliche Tätigkeit am Arbeitsplatz war nicht mehr gewährleistet. Das alles führte zu inoffiziellen Versammlungen der Kollektive und zu Meinungen, dass auch wir mit Hilfe unserer Gewerkschaftsfunktionäre Wünsche und Forderungen bei höherer Stelle vortragen müssten. Plötzlich hieß es, schaut doch mal nach draußen. Auf den Werkstraßen zogen die Arbeitskollegen hin und her. Einige Arbeiter aus C 17, C 19 und B 18 folgten dem Vorschlag, sich in D 52 (dem Lager und Versandbetrieb der damals in der ATA integriert war), zu treffen und unser Verhalten zur Lage zu beraten. Auch ich lief dahin und wir trafen uns in einer größeren Lagerhalle. Neben einigen anderen Funktionären der Partei und Gewerkschaft war auch Kollege Leonhardt, ein Bruder des bekannten Parteisekretärs, dabei. Er versuchte, die Wogen zu glätten. Dies erregte noch mehr Unmut und die Versammlung löste sich auf.

Ein Teil lief nun wieder zu unseren Betrieben zurück, vorbei am „Kreml“ (so wurde der Steinbarackenteil, in welchem die SED-Kreisleitung und die Betriebsgewerkschaftsleitung untergebracht waren, genannt), der verschlossene Türen und Fenster aufwies. Später erzählte man, dass die höheren Funktionäre sich unter Tischen verkrochen hätten. In der Straße 2 wimmelte es nur so von Bunesen und ganz plötzlich formierte man sich und zog, so wie man auf Arbeit bekleidet war, in Richtung Werkstore, die – sonst geschlossen – offen standen.

Vom B-Tor wälzte sich der Zug über die F 91 in Richtung Dörstewitzer Straße, in die man einbog. Mein Arbeitskollege Horst B. rief mich zu sich und wir eilten dem Zug voraus in seine Wohnung (Fachwerkhaus in der Merseburger Straße). Vom Fenster aus fotografierten wir die vorbei marschierenden Massen, da wir spürten, dass wir mit den Fotos Dokumente schaffen könnten (am Nachmittag, als die Sache schief ging, vernichtete B. den noch nicht entwickelten Film.). Durch diese Tätigkeit kamen wir nunmehr an den Schwanz des Zuges. Am Makarenko-Haus, der FDJ-Zentrale des Ortes, waren die Dekorationen abgerissen und die Funktionärsbildnisse lagen auf dem Pflaster. Der Zug der Arbeiter marschierte nun nach Merseburg und schwenkte an der Poststraße ab, wo bekanntlich die Staatssicherheit residierte und im rückwärtigen Hofgebäude die Zellen politischer Häftlinge lagen.

Als ich ankam, stürmte man gerade die mit hohem Tor geschlossene Einfahrt. Vor dem Objekt stauten sich die Massen. Nach einiger Zeit kamen vereinzelt befreite Gefangene heraus, die sich zumeist in Richtung Bahnhof absetzten. Einigen von ihnen soll die Flucht in den Westen gelungen sein. Ich traf nun Bekannte aus der Stadt. Gemeinsam beobachteten wir einige Zeit, wie aus den Fenstern des Verwaltungsgebäudes (nach der Wende war das Arbeitsamt hier untergebracht) die Akten flatterten. Dann nahm die Wirtin des „Alten Dessauers“ einige unseres Bekanntenkreises zu einem kleinen Frühstück mit, wir waren ja in Unkenntnis der Ereignisse ohne Proviant losgezogen. Danach liefen wir alle den anderen nach und landeten auf dem noch un bebauten Gelände des Nulandplatzes. Wer hätte weiter laufen wollen, dem wären die inzwischen ankommenden Leunaarbeiter im Wege gewesen.

Hier kam es nun zu einer sporadischen Kundgebung der Versammelten. Die wenigen Redner, alles ohne Tontechnik und schwer verständlich, bewiesen das Gegenteil von dem, was später immer wieder propagiert wurde, dass nämlich die Ereignisse des Tages vom Klassenfeind organisiert gewesen seien. Es gab kein Konzept und die Aufrufe waren ohne Ziel. Ich hatte das Gefühl, dass damit alles zu Ende war, wofür die Massen sporadisch auf die Straße gegangen waren.

So trottete ich wieder zurück zur Poststraße und begann, die noch lesbaren Akten zu durchforsten. Damit bekam ich im Original vermittelt, wie die Staatssicherheit im alltäglichen Leben jedes Einzelnen von uns ihre Finger hatte. Angefangen von Denunziationen über gezielte Beobachtungen mit schriftlicher Berichterstattung bis zu Aktionen, wie man mit Hilfe von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern über Provokationen alles Wissenswerte über Gruppen oder Einzelne erfahren konnte. So saß bzw. hockte ich an den vergitterten Kellerfenstern etwa eine Stunde auf dem Bürgersteig.

Plötzlich drang ein zwar längere Zeit nicht mehr gehörtes aber sofort einzuordnendes Geräusch an mein Ohr: Kettengerassel! Also waren sowjetische Panzer in der Nähe. Alles liegen lassend, bewegte ich mich auf Umwegen über den Stadtpark in Richtung Schkopau. Meine Kleidung, ich war im weißen Laborkittel, hätte ja sofort verraten, woher ich gekommen war. So war ich dann gegen 15–16 Uhr in meiner Wohnung in der Schkopauer Eisenbahnstraße angekommen.

Viel später begab ich mich dann noch einmal in Werksnähe. Gegenüber dem Haupttor waren Haubitzen, Rohrrichtung Einfahrt, aufgestellt, die Tore waren geschlossen. Über Radio kamen dann Nachrichten über einige Tagesereignisse und die Aufforderung zur normalen Arbeitsaufnahme am morgigen Tag.

Also begab ich mich wie üblich ins Werk. An der Stechuhr in B 18 stand ein Kasernierter Volkspolizist mit aufgepflanztem Gewehr. Das war allen so ungewöhnlich, dass kaum einer seine Stechkarte einstach. Am Arbeitsplatz wurden natürlich die Ereignisse eruiert. Kurz vor acht Uhr kam die Betriebsleitung in Begleitung eines mit einer Kalaschnikow bewaffneten Armisten, um uns endgültig und unmissverständlich zur Aufnahme der Arbeit aufzufordern.

Kurze Zeit darauf wurde in der Bunaprüfstelle für den Bereich C 17, C 19, B 18 eine Versammlung einberufen. Ein linientreuer Parteigenosse forderte uns zur Diskussion auf. Dabei wurden die einzelnen Forderungen zu Papier gebracht. Dieser Katalog war nach D 922 zu überbringen. Der „Kreml“ arbeitete also! Man wählte als Überbringer den Hausmeister unseres Gebäudekomplexes, eine Spülfrau und mich. Als wir an der Abgabestelle ankamen, empfing man uns freundlich und bat uns Platz zu nehmen. Ich konnte mich umsehen, bemerkte eine offene Tür zu einem Nebenraum, in dem gerade Tonbandgeräte vorbereitet wurden. „Halte bloß deine Klappe“ – dachte ich und versuchte, meine beiden Mitarbeiter zu informieren. Die schnatterten aber schon ganz offen drauf los. Nach Übergabe des Forderungskataloges entließ man uns gnädig.

Am nächsten Morgen war nur ich am Arbeitsplatz, die beiden anderen fehlten. Sie kamen erst nach zwei Wochen wieder und waren äußerst schweigsam. Somit wusste man Bescheid. Übrigens hatten infolge der Ereignisse mehrere SED-Parteigenossen ihre Mitgliedsbücher abgegeben. Die meisten von ihnen zogen aber ihren Austritt zurück, um nicht ihre leitenden Positionen zu verlieren.

Im Katalog war auch die Forderung enthalten, dass die Antworten spätestens in vier Wochen vorliegen sollten. Am 18. Juli fehlten sie immer noch. Inzwischen war aber der „Neue Kurs“ der Regierung propagiert und Vergünstigungen aller Art angekündigt worden. Mit uns hatten natürlich ungezählte andere Arbeitskollektive Forderungen abgegeben. Am 18. Juli gab es das für uns Bunaarbeiter ungewöhnlichste Ereignis, das einer kosmischen Erscheinung gleichzusetzen war: Der Karbidschornstein zeigte keine Rauchfahne! Somit hatten also auch die bevorzugten Karbidkumpel die Arbeit niedergelegt. Am 19. Juli gab es eine Delegiertenversammlung mit Spitzenfunktionären der DDR im Saal von B 13. Die übrige Belegschaft konnte mittels Betriebsfunkübertragung dabei sein. Wir saßen im Aufenthaltsraum in B 18 und hörten mit. Einige Normerhöhungen wurden zurückgenommen und einige Verbesserungen der Lebensqualität für die Bevölkerung angekündigt. Die DDR hatte ihren normalen Alltag wieder, die BRD einen neuen Feiertag.

Dass alles nicht glatt lief, bewies die außerordentliche Fluchtbewegung vieler DDR-Bürger über Westberlin, von denen einige auch zu meinem Bekanntenkreis zählten. An anderen Orten hatte es Tote und Verletzte gegeben und bald waren die Gespräche über die Geschehnisse Tabuthema.

Ich war gut davon gekommen und trat mit meinem Freund eine wunderschöne Rennsteigwanderung an.

Ganz offiziell wurde die Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni als Sieg des sozialistischen Aufbaus in der DDR über den Klassenfeind und alle imperialistischen und kapitalistischen Störversuche gewertet und ging so in alle Geschichtswerke und Schulbücher des sozialistischen Lagers ein.

Helmut Hänsch

Erlangen, o. J., Quelle: Stadtarchiv Leuna

Der 17. Juni 1953 in Leuna und BUNA

Als damaliger Krafffahrer bei den BUNA-Werken Schkopau war ich vom 14. bis 17. Juni 1953 mit einem Ingenieur der Sowjetischen Generaldirektion im Bau B 13 in den BUNA-Werken in Berlin-Weißensee (Askania-Haus). Als wir am 16. Juni in der Mittagszeit aus der Brunnenstraße über den Alexanderplatz in Richtung Weißensee fuhren, passierten wir am „Alex“ eine Kolonne mit Transparenten. „Was ist hier los?“ wurde ich gefragt. „Nun, vielleicht eine Demonstration für den Frieden“, antwortete ich nichts ahnend. In Weißensee angekommen bestürmten mich nach dem Ausstieg aus dem EMW die dort stehenden Fahrer. „Kommst du jetzt aus der Innenstadt?“ „Ja.“ „Hast du Demonstrationzüge gesehen?“ „Ja, am Alex.“ Nun wurde ich von meinen Kollegen darüber aufgeklärt, was sich im Zentrum Berlins abspielte. Die Leute waren bestens informiert, weil einige Fahrer in ihrem Wagen ein Autoradio hatten und natürlich über RIAS bestens informiert wurden. Mein Fahrgast sagte mir später, dass ich erst am nächsten Tag wieder hier sein sollte. So fuhr ich wieder in die Innenstadt und meldete mich im BUNA-Büro Berlin, das sich nur wenige Meter vor dem Checkpoint-Charlie befand. Meinen Obermeister L. im BUNA-Werk konnte ich telefonisch informieren, dass bei mir und dem EMW alles in Ordnung sei und wir am Abend des 17. Juni wieder im BUNA-Werk sein würden.

Dass der 17. Juni 1953 in Berlin turbulent verlief, ist bekannt, Als ich dann am Lustgarten zufällig den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung BUNA, den „einarmigen Banditen“ Hartmann sah und bei ihm vom Krafffahrerbetrieb den FDGB-

Obmann Hohndorf (Spitzname Huckelinzki) und noch eine weitere Person, habe ich mich schnellstens aus der Sichtweite gemacht.

Wie weit sich der Streik in Leuna entwickelte kann ich nicht sagen. Aber Zeitzeugen müsste es in Leuna noch reichlich geben. Telefonisch war Leuna von BUNA aus nicht mehr erreichbar, so dass auf diesem Weg keine Kommunikation möglich war. Wahrscheinlich hatte es sich in Leuna auch herumgesprochen, dass in Höhe Merseburg-Freimfelde und Erich-Mühsam-Straße in Schkopau an der ehemaligen F 91 (heute B 91) russische Panzerabwehrkanonen mit Rohrrichtung nach Merseburg in Bereitschaft standen.

Und während im BUNA-Werk „die Räder still standen“, versuchte die Sowjetische Generaldirektion zusammen mit Kräften der Roten Armee den Streik zu beenden. Ein General der Roten Armee wurde zur Energie-Hauptwerkstatt zur Diskussion mit der BUNA-Streikleitung gefahren und es rollte auch ein Russen-Panzer durch das F-Tor, an der Feuerwache Bau F 12 vorbei, über die F-Straße zur Energie-Hauptwerkstatt.

Nachmittags fand dann im großen Saal von B 13 eine Versammlung der „Bunesen“ statt, auf der Minister Selbmann die Wogen glätten sollte. Als nach „brotlosem Gerede“ die Menge mit „Die Versammlung ist beendet! Alle raus!“ Selbmann niederschrie, war wohl auch der Streik so gut wie beendet, weil man die Streikleitung im Keller der Werkfeuerwehr Bau F 12 festgesetzt hatte.

Walter Saal

Merseburg, am 18. September 1994, Quelle: Historisches Stadtarchiv Merseburg

Der 17. Juni 1953 auf einer Baustelle im Bunawerk

Am Vorabend des 17. hatte ich mich ganz normal von meinem Oberbauleiter K. verabschiedet, infolge dessen war ich früh um 7 Uhr des 17. Juni ganz erstaunt, dass an meinem Arbeitsplatz ein Zettel mit dem Vermerk „Bin am 17. dienstlich unterwegs!“ lag.

Der Tag begann für mich wie immer: Nach kurzen Absprachen mit dem Büropersonal ging ich wie gewohnt meine Baustellen, die fast sämtlich im Westteil des Bunawerkes lagen, ab. Im Werk selbst war noch gegen 8 Uhr der normale Verkehr auf den Straßen zu bemerken, doch schien sich langsam Unruhe zu verbreiten. Die von mir zuerst aufgesuchte Maurerbrigade Honig war beim Vorwerfen, sie sagten mir, dass sie von Bunaarbeitern zum Streik

aufgefordert worden seien und zum Zug nach Merseburg. Aber was eigentlich los sei, hätten ihnen die Kollegen auch nicht sagen können, ich war ja auch genau so ahnungslos. Von der Regierung geplante Normenkürzungen waren schon einige Tage im Gespräch, aber deren Ausmaße kannten wir nicht. Erzählt wurde jedoch, dass die Bauarbeiter der Berliner Weberwiese mit einem Riesenbesen demonstriert hätten. Den Sinn einer solchen Demonstration kannten wir, den Arbeitern war die Richtfestfeier verweigert worden, aber in BUNA war uns schon jahrelang keine derartige Feier vom Werk aus gestattet worden.

Die Brigade hatte gehofft von mir etwas mehr zu erfahren und wollte auch wissen, was sie selbst tun sollten. Ich konnte nur vorschlagen, dass sie bei einer Streikteilnahme am besten das Vorgeworfene erst wieder abkratzen sollten, um sich später keine Erschwernisse einzuhandeln oder aber weiterzumachen. Letzteres taten sie auch, vielleicht auch dadurch erklärbar, dass alle Brigademitglieder über 50 Jahre alt waren.

Die nächste besuchte Arbeitsstelle war mit einer Tiefbaubrigade besetzt, die aus 6 männlichen und 2 weiblichen Mitgliedern bestand. Bis auf einen Arbeiter waren sie jünger. Da sie gerade frühstückten, suchte ich sie in ihrer Baubude auf, es war bereits gegen 9 Uhr geworden. Auch hier wurde beratschlagt, was zu tun sei. Mir nicht weiter verwunderlich beschlossen sie zu streiken und sich auch am Zug nach Merseburg zu beteiligen. Über das, was dort geschehen sollte, wusste freilich niemand von den Brigademitgliedern Bescheid. Ein Stellplatz für den Zug nach Merseburg war auch nicht bekannt. Bei der geschehenen Verzettung in der Unterrichtung der Arbeiterschaft muss der Zug sehr auseinander gezogen gewesen sein. Auch eine verantwortliche Gesamtleitung war nicht auszumachen. Erst nach 10 Uhr soll ein Wagen der Werksfunkstelle durch den Betrieb gefahren sein und zur Niederlegung der Arbeit aufgefordert haben. Danach dürften um diese Zeit noch in einzelnen Betrieben gearbeitet worden sein.

Der Zug der Bunaarbeiter sollte zum Merseburger Nulandtplatz gehen, wo man sich mit den Leunaarbeitern zu einer gemeinsamen Demonstration vereinigen wollte. Das hat aber nicht so recht geklappt. Wenn in Leuna genau so schlecht wie in Buna die Organisation war, war das nicht verwunderlich. Vollkommen unverständlich für mich waren derart schlechte Absprachen, da beide Werke durch ein gemeinsames Telefonnetz verbunden waren. Eine der beiden Frauen der vorerwähnten Tiefbaubrigade: Lieschen, die zwar im allgemeinen sehr verträglich war, aber auch gern mal krakeelte, hat mir Tage

später ihre Teilnahme an dem Zug geschildert. Das für sie Interessanteste müssen für sie die Geschehnisse im Merseburger Volkspolizeikreisamt gewesen sein. Die Diensttuenden und Posten müssen vollkommen verdattert überrumpelt worden sein. Von einer Gegenwehr wurde auch später nichts berichtet. Aktiv hatte sich Lieschen an der Durchsuchung sämtlicher Zimmer beteiligt und dabei mitgeholfen die Bilder von den Wänden abzuhängen und durch die Fenster auf die Straße zu werfen. - Ein großer Teil der Arbeiter muss aber danach, zum Teil wohl auch schon früher, den Weg nach Haus gefunden zu haben.

Bei meinen telefonischen Anfragen in der halleschen Zentrale der Bau-Union war keiner der vorgesetzten Sektionsleiter zu erreichen. Ich habe später den Eindruck gewonnen, dass sie wie mein Oberbauleiter sehr frühzeitig von den Berliner Geschehnissen erfahren hatten, was die normale Arbeiterschaft im Rundfunk nicht mitbekommen hatte, da 1953 noch der alte Volksempfänger das verbreitetste Radiogerät war.

Meine anderen Brigaden habe ich an dem Tag gar nicht weiter aufgesucht, da es mir sinnlos erschien. Aber noch gegen 11 Uhr konnte ich einen Sowjetsoldaten am B-Tor beobachten, der seine Wache teilnahmslos regelrecht absaß. – Bereits kurz vor Feierabend konnte das Scheitern der Aktion festgestellt werden. Am stärksten habe ich das am Verhalten des Parteisekretärs Elsmann feststellen können. Auch diese Großschnauze hatte früh seine Arbeitsstelle auf dem Holzplatz verlassen, war auch noch bis vor das Werkstor gezogen, aber nicht weiter, und hatte sich hier voll laufen lassen. Kurz vor Feierabend rief er an und wollte von mir wissen, was ich zu tun gedächte. Ich konnte nur mit dem bekannten Zitat aus dem Götz antworten und ihm erklären, dass ich mich mit einem Besoffenen nicht unterhalte.

Als ich dann 2 1/2 Jahre später von der Baustelle und auch vom Betrieb wegstrebte, weil nur noch Genossen ohne sonderliche Fachkenntnisse bestimmten, versuchte Eismann mir Schwierigkeiten zu bereiten. Beim offiziellen Abschlussgespräch platzte mir dann der Kragen und ich hielt ihm vor, einmal an sein Verhalten vom 17. Juni 1953 zu denken. Er konterte mit der Bemerkung, dass er dafür eine Parteistrafe erhalten habe, von der freilich keiner etwas wusste.

Natürlich waren an dem Tage auch die Verkehrsverbindungen eingestellt. Trotzdem gab es Arbeiter, die versuchten rechtzeitig ihre Nachtschicht anzutreten, so mein Nachbar August Warnicke aus der Gräfendorfer Straße in Neumark, der in der Karbidfabrik tätig war und die 16 km bis ins Werk gelaufen ist.

Nachträglicher Zusatz

Merseburg, am 16. November 1994

In der Wochenpost Nr. 46 vom 10. November 1994 berichtet Jürgen Petschul über die Flucht (Desertation) des US-Soldaten Stephan Wechsler, der wegen Mitgliedschaft in mehreren verbotenen kommunistischen Organisationen vor ein Kriegsgericht geladen war. Am Tage der angesetzten Verhandlung, dem 13. August 1952, floh er in den sowjetisch besetzten Teil Österreichs, von wo er in die DDR verbracht wurde und hier den Namen Victor Großmann annahm.

Dieser sicher noch unbeeinflusste ehemalige US-Gewerkschafter erlebte den 17. Juni 1953 in Bautzen mit gemischten Gefühlen. „Der Zorn der Arbeiter wegen der Normerhöhung war berechtigt, aber erst durch Provokateure und durch westlichen Einfluss wurde er zum politischen Eklat.“ In der Waggonfabrik wird weiter gearbeitet, nur einmal hört er Schüsse in der Stadt.

Diese Beobachtungen erklären wohl auch die Geschehnisse in Buna und Leuna und vor allem die Nichterreichbarkeit meiner Vorgesetzten, die mit besseren Geräten westliche Sendungen empfangen hatten.

Wilhelm Fiebelkorn

Die beiden folgenden Zeitzeugenberichte von Wilhelm Fiebelkorn, Sprecher des Kreisstreikkomitees in Bitterfeld, und von Franz Lohfink, Streikführer in Bitterfeld, weisen an einigen Stellen eine große Ähnlichkeit auf. Beide Berichte sind aus der Erinnerung geschrieben: Wilhelm Fiebelkorn hat seinen Bericht am 10.10.1991 dem Stadtarchiv Bitterfeld übergeben, Franz Lohfink übergab seinen am 25.02.1992.

In der Folge des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 flohen beide Männer in die Bundesrepublik und blieben in Kontakt. Wilhelm Fiebelkorn lebt heute in Waldkappel bei Kassel und Franz Lohfink lebte bis zum seinem Tod 1993 in Kassel.

Quelle: Stadtarchiv Bitterfeld, Wilhelm Fiebelkorn, Erinnerungen an die Vorgänge des 17. Juni 1953, STAB, Sign. 3557; dazu ergänzendes Material von Herrn Fiebelkorn 1997 übergeben, STAB, ZGS Sign. 4233

...

9.³⁰ Uhr die Arbeiter kommen

Dann aber, es war so gegen 9.³⁰ Uhr, schob sich eine schwarze Wand wogend vorwärts über die Bahnüberführung dicht an unserer Schule. Die Arbeiter kamen! Vor Erregung schlug mein Herz bis zum Hals. Ich sah, dass die Arbeiter sich gegenseitig untergehakt hatten. Ein jeder zog und schob jeden. Die Fühlung, die Masse, machte sie stark und mutig. Vor der schwarzen Menschenmasse ging ein einzelner Mann: Paul Othma.

...

Ich war wie in einem Rausch. Zuerst stand ich an der Hoftür. Schüler stürmten aus der Schule. Fenster wurden aufgerissen. Einige Lehrer standen plötzlich neben mir. „Machen wir mit?“, fragte ich sie. Sie standen da, offenbar von dem Ereignis völlig überrascht, unfähig etwas zu sagen. Vielleicht dachten sie in diesem Augenblick weiter als ich. Sie blieben passiv.

Mit einem inneren Ruck löste ich mich aus der Lehrer- und Schülerschar, trat auf die Spitze des Zuges zu und rief der ersten Reihe entgegen: „Ich bin auch einer von Euch! Ich denke wie Ihr! Ich erkläre mich mit Euch solidarisch! Ich will mit Euch marschieren!“ „Lehrer sind 100 %ige!“ rief einer. Othma rief mir zu: „Reihe Dich ein!“ Ein anderer rief: „Gleich in die zweite Reihe! Wenn es knallt, dann bist Du auch dran!“

Ich beteiligte mich an den Sprechchören. Als ich merkte, dass diese sich wiederholten, formulierte ich neue. Das war die Aufgabe, die ich mir nun selbst stellte. Wir kamen an der Feuerwehr vorbei. Arbeiter rissen die bolschewistischen Embleme ab. Ich sah es mit innerer Genugtuung. In diesem Augenblick formulierte ich die erste gegen die Regierung gerichtete Forderung: Wir fordern den Rücktritt des Ulbricht-Regimes!“ Eine Stimme erscholl von hinten: „Nicht so scharf! Wir streiken gegen die Norm-, Preis- und Steuerschraube!“ Mich kümmerte das nicht. Die Begeisterung riss mich mit. Ich schrie meinen angestauten Zorn gegen die korrupten kommunistischen Funktionäre heraus. Sie sollten weg. Ganz weg! „Rücktritt der SED-Regierung!“ Kaum ein Fenster der Wohnstraßen blieb geschlossen. Alle waren offen. Frauen warfen Blumen auf die Streikenden. Viele winkten, da die Taschentücher zu klein waren, mit Bettlaken. Von dieser Flut der Begeisterung wurden alle angesteckt. Die Bitterfelder Einwohner reihten sich ein. Geschäfte schlossen, die Besitzer und Angestellten gingen mit. Die Stadt befand sich in einem Begeisterungstau. Nicht nur von mir, sondern von allen Seiten wurden nun politische Forderungen erhoben, von den Sprechchören angenommen und durch die Straßen geschrien. Othma, der vorher rückwärts gegangen war, um den Zug im Auge zu behalten, ging nun selbst vorwärts. Er führte den Zug der Streikenden auf die Binnengärtenwiese.

Auf der Binnengärtenwiese, 10.³⁰ Uhr

Ein Lautsprecherwagen der AGPA stand uns zur Verfügung. Othma sprach. Er redete u. a. über diesen erhebenden Tag, der eine einzigartige Solidarität der Arbeiter zeigte.

Was war nun weiter zu tun? Wie sollte es weiter gehen? Der nächste Schritt bahnte sich an, Ein Streikender sagte plötzlich neben mir: „Im Rathaus befin-

det sich der Anschluss für den Stadtfunk.“ Das teilte ich Othma mit und bat ihn, die Menge ein wenig hinzuhalten. Ich hätte die Absicht, den Stadtfunkanschluss zu holen. Mit zehn Mann liefen wir zum Rathaus. Die Tür war verschlossen. Wir pochten dagegen. Eine Frauenstimme hinter der Tür fragte nach unserem Begehren. Wir forderten das Öffnen des Rathauses und die Herausgabe des Anschlusses für den Stadtfunk. Das wurde uns verweigert. Ich rief: „Dann brechen wir die Tür auf!“ Darauf die Frau: „Wir haben Kinder für unseren Schutz als Geiseln eingeschlossen!“ Ich: „Passiert denen etwas, geht es Euch schlecht!“ – „Wir machen nicht auf!“, schallte es zurück. „Dann holen wir alle!“ Aufgrund dieser Drohung wurde uns geöffnet. „Wo sind die Kinder?“, war meine erste Frage. „Das haben wir nur aus Angst gesagt“, antwortete die Frau. Man händigte uns den Stadtfunkanschluss aus, und ab ging es zum Platz. In eine paar Minuten war der Anschluss hergestellt. Das Mikrofon wurde auf das Dach eines Traktors gestellt. Othma und andere sprachen zu den Menschen. In der Zwischenzeit schrieb ich mir eine Rededisposition auf. Als ich auf den Traktor steigen wollte, drängte sich der gerade herabsteigende Sowada an mich und sagte: „Gib her! Ich erledige das sofort für Dich!“ Ich lehnte das ab mit den Worten, ohne Böses zu denken: „Ein jeder muss das, was er heute sagt, selbst verantworten.“ Als ich dann auf den Traktor stieg, wusste ich: Ich spiele mit vollem Einsatz. Siegen wir, dann ist alles in Ordnung. Bleibt der Russe und das Ulbricht-Regime an der Macht, dann ist Heimat, Arbeit, Freiheit, u. U. das Leben in Gefahr. Dann gibt es nur noch eines: Flucht nach West-Berlin. Das waren meine tatsächlichen Gedanken, als ich vor dem Mikrofon stand.

...

„Deutsche Schwestern und Brüder! Seit acht Jahren warten wir auf die versprochene Einheit und Freiheit, auf ein demokratisches Deutschland. Statt der Demokratie erleben wir eine Neuaufgabe der Diktatur. Statt der braunen herrscht heute die rote. Nur die Farbe, nicht aber die Art hat sich verändert. Die Angst lastet auf uns. Heute nun sind wir endlich frei. Heute haben wir unsere Geschicke selbst in die Hand genommen. Heute sind wir frei und wollen frei sein. In den Schulen soll nicht mehr der Marxismus, sondern auch der Idealismus gelehrt werden, damit sich die heranwachsende Jugend ihr eigenes Weltbild aufbauen kann. Wir wollen nicht mehr für die Zukunft arbeiten, wir wollen nicht mehr für die Zukunft unserer Kinder arbeiten, wir wollen für uns arbeiten. Wenn es uns gut geht, dann geht es auch unseren Kindern gut, dann ist auch die Zukunft gesichert. Wir erheben die folgenden Forderungen:



Kundgebung auf der Binnengärtenwiese (Quelle: Stadtarchiv Bitterfeld)

1. Ende der Norm-, Preis- und Steuerschraube!
2. Beseitigung der Schlagbäume an der Zonengrenze und freier Reiseverkehr in beide Teile Deutschlands.
3. Rücktritt der Ulbricht-Regierung!
4. Zulassung der im Westen befindlichen demokratischen Parteien!
5. Wahl einer gesamtdeutschen Regierung auf demokratischer Basis!
6. Wahl einer provisorischen Regierung für die SBZ bis zur Neuwahl! Die Bundesregierung wird bis zur Neuwahl die Interessen der SBZ bei den vier „Hohen Kommissaren“ vertreten.
7. Sofortige Freilassung aller politisch, religiös und aus sogen. wirtschaftlichen Gründen Verfolgten.
8. Meinungs- und Pressefreiheit.
9. Auflösung der SED und Auflösung der Volksarmee.
10. Fortführung des Generalstreiks. Keine Repressalien gegen Streikende.
11. Das Deutschlandlied ist ab sofort unsere National-Hymne.

Über alle Punkte wurde einzeln abgestimmt, weil ich der Meinung war, was die Menschen wissen sollten, was gefordert wurde. Sie sollten bewusst die Hand heben. Meine Forderungen wurden einstimmig mit der Zustimmung der rund 45.000 Menschen verabschiedet.

Danach forderte ich die Streikenden auf, Gruppen zu bilden, die in andere Städte fahren sollten. Sie sollten dort mit den Betrieben Kontakt aufnehmen, damit der für den 18. Juni geplante Generalstreik Erfolg hätte. Insbesondere sollten sie unseren Forderungen den richtigen Nachdruck verleihen. Anschließend wurde von mir die Anweisung erteilt: das Krankenhauspersonal, das E-Werk-, Wasser- und Gaswerkpersonal sowie das Versorgungspersonal bleiben in Arbeit. Die Belegschaften übernehmen die Betriebe. Es wird weiter gestreikt. Während dieser Anweisungen gab es den ersten Zwischenfall: Der Kulturdirektor Hellwig EKB hatte sich mit Gewalt an den Traktor gedrängt und wollte über das Mikrofon zur Menge reden. Ich lehnte sein Ansinnen mit den Bemerkungen ab: „Herr Hellwig, wir kennen uns doch. Bei der letzten geheimen Wahl haben Sie aus 32 % Ja-Stimmen 68 2/3 % gemacht. Sie haben acht Jahre lang gelogen, Sie haben die Wahl gefälscht, Sie sind ein Wahlfälscher! Für solche Arbeiterlumpen und Arbeitverräter ist her oben kein Platz mehr.“ Einige Männer packten ihn und wollten ihn durchprügeln. Das unterband ich mit den Worten: „Wer ein Verbrechen begangen hat, soll vor ein ordentliches Gericht gestellt werden. Wir machen uns an einer solchen Kreatur nicht die Finger schmutzig. Acht Jahre lang haben wir auf die Demokratie gewartet. Demokratie bedeutet Humanität und Toleranz, aber

auch Freiheit und Recht. Wir wollen nicht mit Blut beginnen. Hitler begann mit Blut und endete unter Mitnahme von Millionen im Blut. Macht eine Gasse und lasst ihn laufen!“

Um die Forderungen auch zur Durchführung zu bringen, musste ein Streikkomitee gewählt werden. Ich schlug vor, dass der Führer Paul Othma ins Komitee gewählt werden sollte. Begeistert fand er die Zustimmung aller. Die einzelnen Betriebe sollten einen Mann nach vorne schicken, der dann gewählt werden sollte. Ich wollte mit dieser Schauwahl verhindern, dass sich trübe Elemente einschlichen. Othma übernahm die weitere Wahl. Zu den Männern gehörte auch Sowada, An irgendeiner Stelle wurde auch ich von Paul Othma hochgerufen, vorgestellt, vorgeschlagen und gewählt. 18 waren es insgesamt.

Eine Polizeiaktion führt zur nicht geplanten Wende

Nachdem ich das Deutschlandlied zu unserer Nationalhymne erklärt hatte, sangen wir sie jetzt. Darauf wollte ich die Streikkundgebung gerade beenden, als sich ein Zwischenfall ereignete. Irgend jemand rief: „Man verhaftet am Rande des Platzes Streikteilnehmer!“ In diesem Augenblick standen Göricke, Sowada und Othma hinter mir auf dem Dach des Traktors. Göricke wandte sich mit einer Spontanforderung an mich: „Die holen wir raus! Die befreien wir!“ Ich teilte den Tausenden dieses Ereignis und die Forderung mit und fragte sie: „Wollen wir zulassen, dass man unsere Brüder verhaftet? Wir holen sie raus! Wir befreien sie!“ Ich wusste, dass ich mit dieser Forderung jetzt gegen die bestehende Staatsgewalt vorging. Diese sahen wir aber alle schon schwinden. Wir glaubten an unsere gerechte Sache. Jubelnder Beifall, wütende Zustimmung war die Antwort der Menge. Ich gab dann den Einsatz: „Die links auf dem Platze Stehenden marschieren zum Kreispolizeiamt!“ Sowada zu mir: „Ich übernehme die Führung.“ Der Menge rief ich zu: „Der Streikführer Sowada übernimmt das Kreispolizeiamt. Ich übernehme das Gefängnis. X übernimmt das SSD-Gebäude rechts am Bahnhof.“ Beim Runtersteigen vom Dach sagte Othma zu mir: „Ich gehe mit zum Polizeiamt.“ Seine Gründe nannte er nicht. Erst viel später erfuhr ich, warum er mitgehen wollte.

Sowada war früher einmal bei der Polizei gewesen. Es sagte mir aber nichts. Die Lawine rollte. Die Menschenwogen wälzten sich ihren Zielen entgegen. Als ich in die Leninstraße (früher Lindenstraße) kam, kippten Arbeiter einen Polizeibereitschaftswagen um. Einige Polizisten verschwanden in voller Ausrüstung. Sie wurden von keinem Arbeiter irgendwie belästigt. Ich eilte, so schnell wie nur möglich, zum Gefängnis.

Sturm auf das Gefängnis

Die Toreinfahrt zum Gefängnis stand offen. Der Hof hatte eine rechte Winkelform; etwas zurück lag der Eingang zum Gefängnisgebäude. Im Abstand von fünf bis sieben Metern standen wir nun. An der Rückseite kletterten einige die Mauern hoch. Das konnte ich nicht sehen. Zwischen uns und einer von der Gefängnisverwaltung vorgeschobenen Inhaftierten, an ihren beiden Seiten standen Gefängnisbeamte mit angelegtem Gewehr, entspann sich folgender Disput: Frau: „Wenn Ihr nicht verschwindet, soll ich Euch sagen, dann wird geschossen. Die Gefängnisverwaltung will auch so alle Inhaftierten freilassen.“

„Es werden nur wenige getroffen; dann kann ich für deren Leben, das so nicht in Gefahr ist, nicht mehr garantieren!“, rief ich hoch. Schnell gab ich einigen kräftigen Männern die Anweisung, vorzuspringen. Dann befanden sie sich im toten Winkel der Gewehre. Auf ein Zeichen sprangen sie vor. Von Rückwärts kamen da schon einige mit Brechstangen an, und die Tür wurde aufgebrochen. Die Masse strömte herein. Als ich das Gefängnis betrat, trat mir ein Gefangenenaufseher entgegen mit der Bemerkung, dass man ihn geschlagen und am Kopf verletzt habe. Er sah mir aber recht gesund aus. Als man auf meine Anweisung den Verband abnahm, hatte er eine kaum sichtbare Schramme. Er muss wohl gegen etwas gestolpert sein. Dann betrat ich das Büro. Einige Streikende hatten Stricke mit Schlingen in der Hand. Flugge, der Staatsanwalt, den ich von anderen Dingen her kannte erkannte mich und rief: „Herr Fiebelkorn, helfen sie mir und uns. Wir haben nur unsere Pflicht erfüllt. Mord ist doch nicht in Ihrem Sinne!“ – Mit einem Satz war ich auf dem Schreibtisch, unterband Übergriffe. Die Stricke wurden verschlossen, dann sagte ich zu Herrn Flugge: „Verstehen kann ich die Arbeiter, Mord wollen wir aber nicht.“ Flugge: „Die Strafsakten habe ich hier schon geordnet. Hier sind drei Stapel. Der erste enthält die zur Entlassung kommenden, der zweite die Zweifelfälle und der dritte die, die bleiben sollen.“ Es waren insgesamt 86 Akten. Ich blätterte mit einigen Streikenden die Akten durch, und wir entschieden die Entlassung von 80 Häftlingen. Sechs sollten bleiben, denn diese waren wegen krimineller Delikte eingesperrt.

...

Sie alle fielen sich vor Freude und weinend um den Hals. Einer fragte, was er nun machen solle. „Bin ich frei? Kann ich nach Hause?“ – „Fahrt nach West-Berlin und wartet ab,“ war meine Antwort. Streikende kamen und berichteten, dass die Zellen alle auf und leer seien. Flugge unterschrieb die bereits

vorbereiteten Entlassungsurkunden. Dann kam der Gefängnisdirektor und meinte, dass die Versorgung der sechs Kriminellen nicht sichergestellt sei. Man solle sie beurlauben. Man wolle sie, wenn sich alles beruhigt habe, wieder zur Strafverbüßung holen.

...

Die Waffen, zwei Gewehre und einige Pistolen, kamen unter Verschluss. Dann verließ ich das Gefängnis. Den Beamten wurde kein Haar weiter gekrümmt.

Am Tor kletterte ich auf den Pfeiler und verkündete, dass das Gefängnis geräumt sei. „Die Insassen sind vom Staatsanwalt Flugge selbst entlassen worden. Die Kriminellen hat die Gefängnisverwaltung von sich aus nach Hause geschickt. „Inhaftierte Streikende waren nicht im Gefängnis. Bei den letzten Worten werde ich an der Hose gezupft. Ein Arbeiter spricht zu mir herauf: „Du sollst ins Rathaus kommen!“ Das bedeutete, dass die Streikenden das Rathaus besetzt hatten.

Im Rathaus, ca. 13.³⁰ Uhr

Als ich dort erschien, war das Rathaus voll von Menschen. Am T-Tisch saßen die gewählten Kreisstreikführer. Es herrschte eine unruhige Atmosphäre. Wie ich gar bald erfasste, ging es um die Wahl eines Vorsitzenden. Ich trat an den Tisch und gab bekannt, dass das Gefängnis geöffnet sei, dass die Gefangenen ordentlich von Staatsanwalt Flugge entlassen worden seien und dass er auch verfügt habe, die Insassen des Frauenzuchthauslagers zu entlassen. Das wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ich hatte meinen Bericht kaum beendet, da schlug mich der Kreisstreikführer Heinz Göricke zum Vorsitzenden und Sprecher des Kreisstreikkomitees vor. Ich war völlig überrascht. Man stimmte ab, und ich war gewählt. Wie ich merkte, war meine Wahl eine Lösung für alle. Ich nahm meinen Platz am Rednerpult ein und sagte u. a.: „Ich bin glücklich, das Vertrauen zu besitzen. Ich sehe meine Stellung aber nicht als die eines über alles bestimmenden Führers an, sondern als die eines Gleichberechtigten unter 18.“ Einige im Saal Befindliche, darunter der ehemalige Schulrat Selle, quittierten meine Wahl mit unverhohlener Begeisterung.

Nachdem sich die Erregung ein wenig gelegt hatte, ging ich zur Tagesordnung über. Da waren die auf dem Platz erhobenen Punkte, die auf eine Realisierung warteten. Meine erste Amtshandlung war die Bekanntgabe, dass sich der zweite Bürgermeister zur Verfügung gestellt habe. Er wurde im Amt

belassen. Da ich ihm aber nicht das Vertrauen entgegenbringen konnte, wurden vier sachkundige Streikende bestimmt, die ihn überwachten. Dann schlug ich vor, einen provisorischen Oberbürgermeister zu wählen. Ich schlug Herrn Selle vor. Das Komitee beschloss einstimmig seine Einsetzung. Er nahm an. Zum provisorischen Landrat wurde Herr Lieber gewählt. Er war im Finanzamt tätig. Dann warf ich die Frage auf, wie wir mit den anderen mitteldeutschen Städten in Verbindung treten könnten, denn ein Telefonat sei nicht der richtige Weg. Herr Geye von der Bauunion meldete sich zu Wort und sagte, dass sie über einen großen Wagenpark verfügten, und dass Streikenden mit den Autos nach Halle, Leipzig, Magdeburg, Leuna und Dessau fahren könnten. Gleichzeitig schlug er eine motorisierte Stadt-Warnsicherung vor. Geye übernahm die Durchführung dieses Einsatzes. Lieber, Streikführer vom Finanzamt, schlug vor, mit einigen Streikenden zur Zeitung zu gehen, um ein Streikblatt drucken zu lassen.

Eine große Gefahr sah ich im Alkoholkonsum. Deshalb schlug ich dem Komitee vor, ein generelles Ausschankverbot zu erlassen. Daneben wurde auch die Schließung der Banken bis auf weiteres beschlossen. Viele notwendige Verordnungen sind mir entfallen. Es waren aber solche, die der Sicherheit und Ordnung dienten. Alle Verordnungen wurden sofort über den Stadtfunk bekannt gegeben. In der Zwischenzeit hatte sich die Menschenmenge im Sitzungssaal merklich gelichtet. Man hatte einen Überblick über die Anwesenden. Eine wichtige Frage hing über unserem Tun und Vorhaben: Wie verhält sich der Russe? Wir betrachteten den Streik als eine innerdeutsche Angelegenheit, die in keiner Weise die Interessen der Besatzungsmacht berührte. Um auch hier Klarheit zu schaffen, um einige Bedenken aus dem Wege zu räumen, verfasste ich verschiedene Telegramme. Ihr Wortlaut war sinngemäß folgender:

An die
Regierung der DDR
Berlin Ost-Wilhelmstraße

Im Auftrage der Bevölkerung von Stadt und Kreis Bitterfeld teilen wir Ihnen mit, daß Sie für abgesetzt erklärt worden sind. Die Verwaltung übernimmt eine noch zu wählenden provisorische ostdeutsche Regierung.

Das Kreisstreikkomitee
des
Kreises Bitterfeld
gez. Fiebelkorn
Vorsitzender u. Sprecher

An den
Hohen Kommissar der UdSSR

Eure Exzellenz!

Wir, die Werktätigen, haben heute die Regierung der DDR abgesetzt, weil diese die Interessen der arbeitenden Menschen nicht vertritt. Unser Streik richtet sich nicht gegen die UdSSR. Wir erwarten, daß Sie sich mit den fortschrittlichen Arbeitern der DDR solidarisch u. zur Zusammenarbeit bereit erklären.

Das Kreisstreikkomitee
des
Kreises Bitterfeld
gez. Fiebelkorn
Vorsitzender u. Sprecher

Gleichlautende Telegramme gingen an die Hohen Kommissare der USA, Frankreichs, u. Großbritanniens:

Eure Exzellenz!

Wir bitten Sie, sich bei Ihrer Regierung zu verwenden, daß diese gegenüber der UdSSR und in der UNO ihren Einfluss geltend macht, daß unser Streik keine faschistische Erhebung ist, sondern ein demokratisches Begehren der mitteldeutschen Bevölkerung. Sie will die Einheit in Freiheit, auf die sie seit acht Jahren wartet und die ihr vorenthalten worden ist.

Das Kreisstreikkomitee
des
Kreises Bitterfeld
gez. Fiebelkorn
Vorsitzender u. Sprecher

Die Besorgung dieser Telegramme übernahmen Sowada, Beyer und Göricke. Als sie zurückkehrten, teilte uns Sowada mit, dass er erst Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Die Telegramme sind durchgegeben und ihre Annahme ist bestätigt worden. Gleichzeitig habe er die Post besetzen lassen. Damit wir auch von der Bahnseite keine Überraschung erlebten, schlug ich die Besetzung des Bahnhofes vor. Eisenbahner erklärten sich für diese Aufgabe bereit. Sie richteten auch eine Nachrichtenstaffette ein, falls das Telefon unbrauchbar sein sollte. Ihre Order lautete, den Verkehr sofort stillzulegen, wenn Truppen mit der Eisenbahn transportiert werden sollten. Alle Signale sollten auf Halt

gestellt werden. Dazu ist es aber nicht gekommen, denn die Russen kamen später mit Panzern.

In einem weiteren Telegramm wurde auch der UNO-Präsident gebeten, sich für die Freiheit der mitteldeutschen Bevölkerung bei allen Regierungen zu verwenden. Die Übermittlung übernahm Herr Lieber. Alle Telegramme fanden die Zustimmung der Anwesenden, jetzt aber

nicht mehr vollzähligen Kreisstreikführer. Diese waren zum Teil im Einsatz, organisierten und griffen, wo es notwendig war, an verschiedenen Stellen der Stadt und in den Betrieben ein. Sie beauftragten z. B. Betriebsstreikführer dafür zu sorgen, dass besondere Öfen nicht ausgingen usw. Nachdem die anstehenden hauptsächlichen Forderungen und einiges mehr erfüllt waren und die Dinge liefen, trat eine gewisse Entspannung ein. Man war beruhigter und wartete ab.

...

Gegen 15.³⁰ h erschien eine Delegation aus einem der Wolfener Werke. Ein Angestellter stellte sich und die Delegation vor und sagte: „Ich komme im Auftrage der Verwaltung und der Ingenieure unseres Werkes und teile Ihnen mit, dass auch wir uns mit den Streikenden solidarisch erklären. Wir erwarten von Ihnen sofort und laufend Anweisungen, damit wir unsere Arbeit aufeinander abstimmen können.“ Diese Delegation wurde von mir über alle getroffenen Maßnahmen unterrichtet. Dann fuhr sie ins Werk zurück, um die dort Wartenden zu unterrichten. Ein wenig später kam ein Streikender mit der Frage: Ein Russe fragt an, ob er mit dem EKB telefonieren dürfe.“ Er bekam die Erlaubnis mit der Einschränkung: Ja, aber nur in deutscher Sprache.“ Der Streikführer wiederum bekam den Auftrag: „Überwachung des Gesprächs. Sobald es gefährlich wird, sobald der Russe einen für die Streikenden gefährlichen Auftrag gibt, dann unterbrich das Gespräch.“

Gleich darauf gab es eine Bewegung am Eingang. Es wurde laut und erregt. Ich fragte nach der Ursache. Die Antwort:

Ausnahmezustand für Berlin und für die ganze SBZ erklärt!

Wer dagegen verstoße, habe mit harten Strafen zu rechnen. Alles war wie gelähmt. Der Sitzungssaal füllte sich wieder mit den Kreisstreikführern. Ich besprach mit Paul Othma die neue Situation. Was wir sagten, weiß ich heute nicht mehr. Ich war bedrückt und erkannte die auf uns zukommende Gefahr. Mit unterdrückter Erregung analysierte ich die neu entstandene Lage und unterbreitete den Streikführern folgenden Vorschlag: „Wir müssen aufgeben. Es gibt für uns nur noch einen Weg, wenn wir nicht nach Sibirien oder

an die Wand gehen wollen: Flucht nach West-Berlin!“ – Schweigen. Dann stand betont langsam der Kreisstreikführer Heinz Göricke auf und sagte: „Wenn Gefahr droht, dann kneift die Intelligenz, dann lässt sie den Arbeiter im Stich, denn dann haben sie vor Angst die Hosen voll! Wir streiken weiter!“ – Ich antwortete: „Das soll keiner von mir sagen. Ich bleibe im Rathaus bis der Russe kommt. Ich erwarte aber, dass alle Kreisstreikführer mit mir ausharren!“ – Ein irrationaler Beschluss: Warten auf den Henker, warten dass er uns alle abführte. Ich kann mir vorstellen, dass Göricke den Ernst der Lage nicht richtig einschätzte. Den meisten war diese bestimmt klar. Ich schlug eine Pause vor. Wir wollten abwarten und sehen, wie sich die Lage veränderte. Kuriere wurden ausgeschickt mit dem Auftrag, die Stadtwachen von der neuen Lage zu unterrichten. Diese sollten auf anrollende Panzer achten und uns, falls sie kämen, sofort im Rathaus Nachricht geben. Dann stand plötzlich Sowada auf und ging aus dem Sitzungssaal, um gleich wieder zurückzukehren mit dem Vorschlag: „Es muss einer nach West-Berlin fahren, um dem RIAS Mitteilung von den hiesigen Vorkommnissen zu machen.“ Ich war gar nicht damit einverstanden. Ich wollte, dass er sich an den unmöglichen Beschluss hielt: Alles bleibt, bis der Russe kommt.

...

Da sprach aber schon Sowada: „Ich habe ein Motorrad. Ich bin schnell da. Dann kann ich über den RIAS oder Leute vom RIAS selbst den Generalstreik für die ganze Zone durchgeben.“ Er bekam mit Zustimmung der übrigen Streikführer den Auftrag, als Kurier nach West-Berlin zu fahren.

Das war gegen 16.³⁵ h. Da Sitzungspause war, unterhielten sich die Anwesenden in kleinen Gruppen. Ich benützte die Zeit, um Othma klarzumachen, dass die von mir erhobene Forderung: „Alles bleibt hier!“ reiner Selbstmord wäre. Ich schlug ihm vor, die Streikführer in die Betriebe zu schicken. Sie sollten die Arbeiter dort über die neue Lage unterrichten. Im Werk, in der Masse, seien sie sicherer. Mir ging es darum, die Streikführer aus dem Rathaus zu bekommen. Othma willigte ein. Die Streikführer bekamen den Auftrag, in die Betriebe zu gehen, den Arbeitern die neue Lage zu schildern und neue Order abzuwarten. Der neue Vorschlag wurde mit Zustimmung angenommen. Die Kreisstreikführer verließen den Sitzungssaal, um in ihrer Betriebe zu gehen.

Vier von ihnen blieben mit mir zurück. Othma verabschiedete sich von mir: „Dann bis morgen!“

Kurz darauf erschienen einige Kriminalbeamte. Allerdings nicht, um jemand zu verhaften. Sie wollten nur die Ausweise und die Erkennungsmarken wiederhaben. Einer von ihnen sagte, dass ein Streikender ihn erkannt und ihm

diese Dinge abgenommen hatte. Die Gegenstände lagen bei mir auf dem Pult. Ich hatte sie schon ganz vergessen und händigte sie nun den Beamten aus. Was sollte es noch? Es ging, das fühlte ich untrüglich, seinem Ende zu. Die Beamten aber gingen nun nicht, sondern blieben. Arbeiter waren genügend da. Angst vor einer Verhaftung brauchten wir nicht zu haben.

17.⁰⁰ Uhr: Die sowjetischen Panzer kommen

Gegen 17.⁰⁰ h kam dann die Mitteilung: „In Bitterfeld rollen Panzer und Mannschaftswagen ein. Der Russe besetzt Bitterfeld.“ Dann überschlugen sich die Meldungen: „Der Russe hat den Bahnhof besetzt! Der Russe hat das Gefängnis besetzt! Auf dem Dach des Gefängnisses sind MG postiert. Der Russe biegt mit seinen Panzern auf den Rathausplatz ein!“ Innerlich aufgeregt, äußerlich ruhig, gab ich meine letzten Anweisungen an die vier noch ausharrenden Streikführer: „Haut ab! Hinten über die Mauer! Lasst Euch nicht vom Russen schnappen!“ Dann ging ich. Hinter mir zwei Kriminalbeamte. Die anderen beiden mit Dienstausweis und Erkennungsmarke waren inzwischen gegangen. Einer fragte: „Warum laufen die denn so?“ Gemeint waren die vier Streikführer. „Ihnen tut doch niemand etwas!“ Ich wusste nicht, woran ich war und erwiderte: „Ich kann es verstehen. Wahrscheinlich laufen sie um ihre Freiheit und das Leben!“

Ich ging die Treppe hinunter. Im ersten Stock ein Krach und Auflauf. Ein sowjetischer Offizier (Major (?)) sieht mich, schreit mich an: „Was, Du Schwein hier? Du Schwein raus!“ Erleichtert ging ich die Treppe weiter hinunter. Was tun? Die beiden Beamten gingen hinter mir. Wollten die mich unten vor der Tür verhaften? Am Portal blieb ich stehen. Ich tat so, als ob ich auf die Proklamation des Ausnahmezustandes hörte. Ich war so unentschlossen, so unfähig, einen klaren Gedanken zu fassen, so regten mich die beiden Beamten, die wie Kletten an mir hingen, auf. Dann plötzlich erscholl wieder die schreiende Stimme des Offiziers: „Wo sein Fiebelkorn? Wo sein der Chief?“ Wir, die Beamten und ich guckten uns an. Wortlos drehten sich die beiden um und gingen nach oben, und ich stieg die Rathausvortreppe hinunter.

Vor dem Portal standen zwei Mannschaftswagen, voll besetzt mit Sowjetarmisten. Auf dem Vorplatz des Rathauses saßen die Arbeiter im Schneidersitz auf dem Boden. Still waren sie und ruhig und – wie ich es damals sah – herausfordernd still. Ich ging durch die Arbeiter und verließ den Platz. Mein erster Gedanke war: „Zur Schule, das Fahrrad holen, nach Hause und umziehen und dann versuchen, nach Berlin durchzukommen.“ Ich holte das Fahrrad und fuhr von der Schule in Richtung Anhaltsiedlung die Dessauer Straße

entlang. Als ich an die Bahnüberführung kam, hielt kreischend ein Auto. Es war mit Streikführern besetzt. Schnell teilte ich ihnen mit, dass der Russe das Rathaus besetzt und Soldaten und Panzer an besonderen Punkten positioniert habe. Außerdem habe der Russe den Auftrag, mich zu verhaften. Sie forderten mich auf einzusteigen. Ein Junge, der mich kannte, und der wusste wo ich wohnte, brachte mein Fahrrad nach Hause. Ich stieg in den Wagen und fuhr mit den Streikführern, die eigentlich zu mir ins Rathaus kommen wollten, nach Wolfen. Hier traf ich Othma wieder. Ich erstattete Bericht. Othma: „Ist das alles? – „Ja,“ war meine Antwort. Dann riet ich allen anwesenden Streikführern dringend aufzugeben und sich nach West-Berlin abzusetzen. Othma entgegnete: „Unsere Forderung war und ist: Streik! Weiter streiken! Wir bleiben! Ich habe als 12-jähriger in Schlesien den Männern, die da kämpften, die Munition gebracht. Ich habe da auch nicht gekniffen. Hier ist das noch etwas anderes. Hier kämpfen wir nicht mit Waffen, sondern mit Geist. Was will der Russe? Das ist eine deutsche Angelegenheit. Wir haben mit ihm nichts zu schaffen. Wir schaden ihm ja nicht als Besatzungsmacht!“ Davon war ich nicht überzeugt. Ich fragte: „Wie soll es weitergehen?“ Othma entgegnete: „Wir streiken in den Betrieben. Hier sind wir in Massen. Die Masse gibt uns Mut!“ Ich war nicht so optimistisch. Leider sollte ich recht behalten. Gegen 20.00 h fuhr ein Streikauto nach Bitterfeld. Der Autofahrer behauptete, dass er eine wichtige Angelegenheit zu erledigen habe.

Othma sagte: „Willi“, gemeint war ich, „fahre mit, damit er, der Fahrer, keine Dummheit macht, und komme dann mit ihm wieder heraus.“ Ich nickte. Othma tat mir leid, aber auch die anderen. Hier enttäuschte ich ihn. In der Anhaltsiedlung hielt der Fahrer. Er sagte, dass er bald wiederkäme. „Gut“, sagte ich, „warte auf mich, wenn Du eher da bist als ich. Ich will schnell essen.“ Mein Gedanke war nur: Umziehen! Andere Kleider an, da man mich nicht so schnell identifiziert. Das Umkleiden muss sehr schnell vor sich gegangen sein. Übereilt verlies ich das Haus. Die Hauswirtin hörte ich noch rumoren. Dann war ich weg. An Brot habe ich nicht gedacht. Die Erregung ließ keinen Hunger aufkommen. Ich steuerte auf das Auto zu. Ich sah es noch da stehen. Hatte ich überhaupt noch die Absicht, mit zurückzufahren? Sah ich schon Gespenster? Am Ende der Straße tauchten Männer auf. Sie liefen auf das Auto zu und zogen den Fahrer heraus. Ich sprang schnell in eine Hausnische und verschwand. Nicht über die Hauptstraße, sondern über einen Feldweg, ging ich in die Stadt zurück. In einer Querstraße der Feldstraße suchte ich ein mir bekanntes Rentnerhepaar auf. Dort wollte ich übernachten. Als die beiden von meinem Ansinnen erfuhren, lehnten sie es ab, mit dem Hinweis: „Das können wir nicht machen. Wir sind auf unsere Rente

angewiesen.“ Es war 20.50 h. Ich stand wieder vor der Haustür. „Wohin?“, dachte ich. Die Straßen waren menschenleer. Ich war unfähig, dass Nächstliegende zu denken. Plötzlich hörte ich das

Knattern eines Motorrades. Ich drückte mich in den Türschatten. Auf dem Krad saßen ein Mann und eine Frau. Es hielt vor der Tür, vor der ich stand. Da erkannte ich Sowada. Eine Frau, Kochhilfe im EKB, stieg ab. Sowada wollte wieder losfahren. „Nimm mich mit!“, bat ich. „Steig auf!“, sagte er. „Wohin willst Du?“, fragte ich. „Ich weiß selbst nicht, wohin!“, antwortete Sowada. „Sieh zu, dass wir erst einmal aus Bitterfeld in Richtung Wittenberg herauskommen. Wir können beide bei Freunden übernachten.“ Die Muldebrücke war noch nicht gesperrt. Wir kamen unbehelligt rüber und übernachteten in Mühlbeck. Ein Freund und seine Eltern nahmen uns auf. Zuerst bekamen wir Essen vorgesetzt. Anschließend wurden Ereignisse des Tages noch einmal durchgesprochen. Es stellte sich heraus, dass mein Freund auch dabei gewesen war. Die nächste Frage war natürlich: Wie geht es nun weiter? Ich sagte: „Wir müssen den Morgen abwarten.“ Gegen 23.00 h trennte sich Sowada von uns. Er wollte bei einem Bekannten in Friedersdorf übernachten. Wir legten uns zur Ruhe. Ich fühlte mich erleichtert und sicher. Zu einer durchschlafenen Nacht sollte es jedoch nicht kommen. Gegen 3.00 h früh klopfte es an die Tortür. Erschreckt wachte ich auf. Die Mutter des Freundes rief, dass man an das Tor poche. Ich nahm meine Sachen, um durch ein Loch in der Dachgiebelwand zu entkommen. Da rief aber schon mein Freund: „Bleib, es ist Horst Sowada!“ Atemlos und erregt kam er ins Zimmer. „Ich bin durch das Hinterfenster in den Garten entwischt. Man ist hinter mir her!“ Angst stieg auf. Gespannt warteten wir auf jedes Geräusch. Ist Horst den Verfolgern unerkannt und ohne Spur entkommen? Mit der Morgendämmerung des 18. Juni legte sich die Erregung. Die ersten Arbeiterbusse fuhren. Sie waren mit Arbeitern besetzt, die zur ersten Schicht fuhren. Ein Funke glomm in mir auf: Weitermachen! Gegen 6.00 h fuhr mein Freund in die Stadt. „Ich will erst einmal die Lage peilen. Dann könnt Ihr Euch entscheiden, was Ihr tun wollt,“ sagte er. Gegen 8.00 h kam er zurück. Ernst sah er aus. „Willy, Du musst weg! Der Stadtfunk plärrt alle paar Minuten Deinen Namen. Er fordert die Arbeiter, aber auch die Kinder, auf, sich an Dich zu klammern, wenn sie Dich sehen.

...

Mich beruhigte nur eines: Hier in Mühlbeck suchte man mich nicht. Man vermutete mich in Bitterfeld. Gleichzeitig wurde meine Gewissheit bestätigt, dass es für mich wie für alle Streikführer nur eine Chance gab, unsere Frei-

Wilhelm-Fiebelkorn, Lehrer
Meckbach/Krs.Bad Hersfeld
Schule

Meckbach, den 4.1.1959

Erklärung.

Ich erkläre und bestätige hiermit, daß der Bäckereimeister Herr Franz Lohfink, jetzt wohnhaft in Berlin, Marienfelder Allee 80, vor seiner Flucht aus der DDR, wohnhaft in Bitterfeld, mir seit 1946 bekannt ist. Vielfach vertrauliche Unterredungen mit ihm und seine gesamte Haltung in der Öffentlichkeit haben stets eine hohe demokratische Gesinnung und kompromißlose Ablehnung des SED-Regime in der sowjetisch besetzten Zone erwiesen. Getreu seiner Gesinnung beteiligte er sich an Klebe-, Flugblatt- und Übermalaktionen. Auftragsgemäß hielt er sich am 17. Juni 1953 als Streikführer zurück und beteiligte sich nur als aktiver Streikteilnehmer. Er hatte den Auftrag, bei Müllingen des Volksaufstandes, wieder eine Widerstandsgruppe zu bilden.

Franz Lohfink bildete nach dem 17. Juni 1953 die Widerstandsgruppe "17. Juni". Ihre Aufgabe war, verfolgte Streikteilnehmer und Streikführer sicher nach West-Berlin zu bringen und deren Angehörigen mit Geld und Lebensmitteln zu unterstützen. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Aktion Anfang August 1953 hin, als unter seiner Leitung in Zusammenarbeit mit dem "Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen" noch ein aktiver Streikteilnehmer nach West-Berlin geschleust wurde. Weiterhin weise ich darauf hin, daß Herr Lohfink Personal- und Arbeitsakten vom SED-Spitzele, die am 17. Juni 1953 in unsere Hände fielen, nach West-Berlin brachte, die dann von mir beim Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen hinterlegt wurden.

In der Folgezeit sah die Widerstandsgruppe ihre Aufgabe darin, politisch verfolgte nach West-Berlin zu bringen, Angehörige von auch später inhaftierten zu unterstützen und mit denen nach dem Westen Geflüchteten die Verbindung aufrecht zu erhalten.

Ich kann auf die Art dieser Verbindung nicht besonders eingehen, um Arbeit und Verbindungsleute in der Zone nicht zu gefährden.

Erklärung von Wilhelm Fiebelkorn zu Franz Lohfink vom 4.1.1959 (Quelle: Stadtarchiv Bitterfeld)

Franz Lohfink gehört zu den relativ wenigen, aufrechten, entschlossenen und aktiven Männern, die tatsächlich ^{nur} bei akuter Gefahr ihre Existenz und Heimat aufgeben.

Vorstehende Angaben habe ich unter Anlegung eines strengen Maßstabes und gestützt auf persönliche Feststellungen, die ich seit 1946 bis jetzt machte, abgegeben.

Wilhelm Fiebelkorn
Vorsitzender und Sprecher des Kreisstreikkomitees
in Bitterfeld, jetzt
Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses
Freiheitlicher Juristen

Wilhelm Fiebelkorn

Die eigenhändige Unterschrift des Wilhelm Fiebelkorn wird hiermit bescheinigt!

Bad Hersfeld, den 5.1.1959



[Signature]
(SCHAPPLAND)
Polizeiobermeister

heit und unser Leben zu behalten: wir mussten nach West-Berlin fliehen. Ich hoffte sehr, dass die anderen ebenso dachten und diesen Weg gehen würden. Ganz besonders dachte ich an Othma. Hoffentlich würde sein kluger Menschenverstand an die Stelle des Heroismus treten!

Die Mutter des Freundes machte uns Brote. Es hatte angefangen zu regnen. Die Kirchturmuhre in Friedersdorf schlug neunmal, als wir uns auf das Motorrad setzten. Ich dachte an die Frau, die Schwiegermutter und die Kinder. Es stieg heiß auf. Ich wusste jedoch sehr genau, was ich tat. Ich musste den Weg gehen.

Einen Blick noch schickte ich in die Richtung meiner Angehörigen. Ich sagte innerlich „Auf Wiedersehen!“, dann stieg ich auf das Motorrad, und ab ging es. Es ist ein Glück, dass man nicht weiß, was einem unterwegs alles so begegnet. Wir gedachten, am Abend in West-Berlin zu sein, auch wenn wir Nebenwege, d. h. Feldwege, benutzen wollten. Die Hauptstraßen wollten wir meiden. Aber erst am 28. Juni um 16.59 h sollten wir schließlich die Mitte der Glienicker Brücke in Richtung West-Berlin überschreiten.